

SOmmER

Zentral-Organ für die Interessen
der im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
Publikations-Organ des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.

Erscheint jede Woche Sonntags.
Einzel-Abonnement pro Quart. franko geg. franko 1,50 M.
Der Courier ist in die Postzustellungsliste eingetragen.

Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21.
Telephon: Amt Moritzplatz, 950 und 11864.
Geöffnet von 9 Uhr vorm. bis 4 Uhr nachm., Sonntags geschl.

Redaktionschluss
am Montag Morgen vor Erscheinen des Blattes.
Unverlangte Manuskripte werden nicht zurückgesandt.
Zuschriften und Reklamationen an die Schriftleitung.

Nr. 31.

Berlin, den 4. August 1912.

16. Jahrg.

Wir wollen schirmen das Recht, befreien den Knecht, verteidigen die Wahrheit und schaffen Gerechtigkeit, bis daß unser Augenlicht im Tode bricht!

Durch Bildung zur Freiheit!

Die Zeitungschmucks der sogenannten staatsverhaltenden Kreise verbreiten sich oft in ganz begeisteter Weise über den heutigen Stand unserer allgemeinen Volksbildung und preisen dabei aufs angelegentlichste das Zeitalter des Kapitalismus als das erhabenste und das vollkommenste. Jeder Hirtenjunge und jedes Gänsemädchen werde heute in die heiligen Hallen der Volksbildung eingeführt, sie erlernen alles, was ein normaler Mensch zu seinem Fortkommen brauche. Und vergleichend erinnert man an die „Edlen“ und „Besten“ aus den Zeiten des romantischen Mittelalters. Mancher stahlgepanzerte Ritter konnte damals weder lesen noch schreiben und mußte der mühsamen Pflicht der Unterschrift einer Urkunde durch Hinkriechen dreier Kreuze genügen...

Nun wollen wir ja gern zugeben, daß das allgemeine Bildungsniveau der Menschen sich in erfreulichem Maße gehoben hat. Die Wissenschaft und die moderne Technik haben heute einen achtunggebietenden Stand erreicht und der Gradmesser der Bildung, die moderne Presse, repräsentiert heute eine Macht, wie sie früher kaum auszubedenken war.

Dieser Bildungsfortschritt ist aber nicht etwa das Verdienst irgend einer Klasse. Es ist der stete Drang nach größerer Erkenntnis und Wahrheit, der diesen Fortschritt verursacht hat. Er schuf auch das vervollkommnete Zeitalter der modernen Maschinenteknik und die ins Große gehende kompliziertere Produktionsweise, die heute oftmals mehr Kopf- als robuste Handarbeit und damit intelligente Arbeiter erfordert. Hieraus resultiert auch die Konzeption an das Proletariat, es mit größerem Wissen auszustatten.

Dieser Konzeption sind die bestehenden Klassen nur recht widerwillig nachgekommen. Landjunker und Geistliche, der an vornehmlichste Einflußsphäre auf dem platten Lande liegt, wo die Arbeiter noch sehr oft in den primitiven Formen des Mittelalters ihre Handarbeit verrichten und deshalb zur Ausführung dieser Arbeit nur eines geringen Bildungsgrades bedürfen, sind fast durchgängig die wütendsten Feinde jedes geistigen Fortschrittes der Arbeiterklasse. Man wittert ganz instinktiv, daß erhöhtes Wissen auch eine größere Erkenntnis der Dinge mit sich bringt und damit die Arbeiter mehr und mehr der altgewohnten Anspruchslosigkeit entzieht. Das aber sucht man mit allen Mitteln zu verhindern und hält vor allem fest an der alten Tradition, daß sich der nunmehr unvermeidbare Schulunterricht zu drehen hat um die Achse des altbekanntesten Entfugungsliedes. Die Kalkulation der Feudalherren und ihrer Verbündeten kulminiert in folgendem Grundsatz: Je mehr ein Mensch mit der Kirchenlehre und asketischer Entfugung durchtränkt wird, um so mehr glaubt er. Je mehr er glaubt, um so weniger weiß und kann er, denn Wissen ist das Gegenteil vom Glauben. Je weniger der Mensch aber weiß und kann, um so dümmere ist er. Und je dümmere er ist, um so löstlicher ist es um seine widerstandslose Ausbeutung bestellt. Der dümmste Arbeiter ist der beste...

Anderes liegt es beim Großindustrialismus und Großhandel. Hier braucht der Kapitalismus einen

guten Stamm auserlesener und intelligenter Arbeiter. Diese müssen über ein bestimmtes Maß von Wissen und Bildung verfügen, denn die Grundlagen der heutigen modernen Produktionsform beruhen in der Erkenntnis der Naturgesetze. Diese Erkenntnis und der sonstige Elementarunterricht muß dem Arbeiter beigebracht werden. Deshalb ist die politische Interessenvertretung der Kapitalistenklasse darauf bedacht, etwas mehr als in früheren Zeiten für die allgemeine Volksbildung zu tun. Das ist nötig, um mit Hilfe eines Stammes intelligenter Arbeiter die einheimische Industrie auf der Höhe zu halten und konkurrenzfähig zu gestalten. Hier aber haben wir auch den Schlüssel zu den Ursachen der allgemein verbesserten Volksbildung.

Die Letztere resultiert also aus den wirtschaftlichen Verhältnissen und Fortschritten. Nicht Liberalismus oder Humanität haben die bestehenden Klassen veranlaßt, in der Volksbildung mehr als in früheren Zeiten zu tun, sondern der eiserne Zwang, einen den komplizierteren Produktions- und Verkaufsmethoden gewachsenen intelligenten Arbeiterstamm zu haben, führte zur obligatorischen Einführung der Volks- und Fortbildungsschulen und deren fortgesetztem Ausbau. Im Grunde seines Herzens stimmte der Großkapitalist mit dem Landjunker völlig in dem Grundsatz überein, das Volk in absoluter Unwissenheit zu erhalten. Er kann aber aus den angeführten Gründen diesem Grundsatz nicht folgen, hängt sich deshalb ein liberal-humanes Mäntelchen um und strebt für ein gewisses Maß von Volksbildung.

Allerdings nur für ein gewisses Maß. Denn, wie gesagt, auch der „liberale“ Großindustrielle oder Großkaufmann vertritt den Standpunkt, daß „das Volk nicht weiter unterrichtet werden darf, als es zu seiner Arbeit paßt“. Diesem Grundsatz des ehemaligen preussischen Unterrichtsministers v. Naumer huldigen noch heute die verschiedenen Klassen der Besthenden aller Länder. Nur über das Maß ist man verschiedener Meinung, denn ein Buchdrucker, Modelstitcher oder flotter Verkäufer in einem modernen Warenhause braucht mehr Intelligenz zur Ausführung seines Postens als ein einfacher Landarbeiter.

Im Grunde genommen sucht man also auch heute noch „das Volk nur so weit zu unterrichten, als es zu seiner Arbeit paßt“. Die Pforten vollkommener Wissenschaft bleiben wie früher dem Proletariat verschlossen. Von Gleichheit in geistiger Fortbildung ist heute so wenig wie früher die Rede. Die künftige Lebensstellung und vor allem der mehr oder minder straffe Geldbeutel des Vaters bestimmen den Maßstab des Bildungsgrades. Die herrschende Klasse ist bemüht, ihren Sprößlingen und späteren Repräsentanten den möglichst höchsten Bildungsgrad zu verschaffen in besonderen, auf der Stufe hoher Entwicklung stehenden Bildungsanstalten, und sie beansprucht ferner für sich das Recht des Einflusses auf die Volksschulen, daß das Volk keineswegs ein höheres Maß von Wissen erlangt, als es zu seiner Arbeit bedarf. Und man achtet mit aller Strenge darauf, daß neben der notwendigen Dosis Elementarunterricht besonders auf die „sittliche“ Pflicht der Unterwürfigkeit, des Ge-

horsams, der irdischen Knechtseligkeit und des Surra-patriotismus gelehrt wird.

Universitäten wie Volksschulen sind vom Klasseninteresse der Bourgeoisie abhängig. „Wer die Schule hat, dem gehört die Zukunft.“ Nach diesem Grundsatz sucht man zu verfahren und hält die Vertreter der arbeitenden Klassen mit ängstlicher Vorsicht von jedem einschneidenden gesetzgeberischen Einfluß auf die Schulen fern. So kommt es, daß die Söhne und Töchter der Bourgeoisie in den Gymnasien und Hochschulen so viel Wissen und Bildung eingeträchtelt erhalten, als nur irgend möglich ist, während beim Proletariat der Schulunterricht nach dem Rezept vor sich geht, daß jeder höhere Verus einiger Tropfen Weisheit mehr bedarf, aber nie zu viel. In den Landgemeinden ist der Schulunterricht am miserabelsten, und er ist besser in den Volksschulen der Großstädte. Alle Schichten aber werden (abgesehen von dem Unterricht in den Elementarschulen) gleichmäßig zur späteren Unterwürfigkeit und Demut präpariert durch große Dosen ganz besonderen Geschichtsunterrichts, worunter 95 Prozent vaterländischer Monarchen- und Heldenkunde und 5 Prozent fremder Völkerrunde. Kulturgeschichte hingegen taugt gar nichts für die Proletarierjugend, an ihrer Stelle sind aber noch ganz andere Kübel althergebrachter Seelenarznei notwendig — das Volk soll nur so weit unterrichtet werden, als es zu seiner Arbeit paßt...

Der Kapitalismus braucht intelligente Arbeiter. Er erzieht sie sich in den von ihm beherrschten Volksschulen. Er vergißt aber dabei nicht, den Gesamtunterricht so zu gestalten, daß neben der erforderlichen Dosis Intelligenz auch die dem Kapitalismus nützende Bedürfnislosigkeit, Bescheidenheit, Zufriedenheit, Unterwürfigkeit und duldbende Demut den Kindern des Proletariats nach Kräften eingepflegt wird. Das halten die bestehenden Stände für notwendig, um möglichst für alle Zeiten ihre Herrschaft zu konservieren. Dem Volke gezient Bildung, aber nur so weit es den bestehenden Klassen frommt.

So sucht der Kapitalismus in jeder Weise seinen Einfluß auf die Volksbildung auszuüben. Er weiß, daß Wissen Macht bedeutet und daß Bildung zur Freiheit führt. Deshalb sucht er die Quelle der Wissenschaft nur sich und seines Sippe zugänglich zu machen und den breiten Volksschichten vorzuenthalten. Er beherrscht die Schulen. Er leidet nur die Gelehrten auf den Kathedern, die Wissenschaft im kapitalistischen Sinne predigen. Er bildet nur solche Staatsbeamten, die ihre Ämter im Sinne der bestehenden Klassen verwalten. Und nicht zuletzt sucht er auch die so bedeutende Quelle der Wissenschaft und Erkenntnis, die Presse, zu beherrschen. Der Kapitalismus sucht also seinen geistigen Einfluß nicht nur auf die Kinder des Proletariats, sondern auch auf die Erwachsenen in ihm günstigsten Sinne auszuüben.

Doch hierüber in einem besonderen Kapitel.
Die Presse repräsentiert heute eine Großmacht im vollsten Sinne des Wortes. Sie beeinflusst und regiert die öffentliche Meinung. Sie bespricht alle wichtigen politischen und wirtschaftlichen Vorkommnisse, lobt hier, tadelt dort und wäre also in höch-

stem Maße geeignet, wirkliche Volksbildung und Kultur zu verbreiten und die gesamte erwachsene Bevölkerung einer höheren Stufe der Erkenntnis zuzuführen.

So könnte die Presse wirken, wenn sie unabhängig wäre. Aber auch sie hängt vom Kapitalismus ab, entweder in direkter oder indirekter Form. In direkter Form, wenn sie von irgend einem Kapitalistenbesitzer ohne weiteres ausgehalten wird und dann tritt sie im Interesse dieses Käufers, also in volksfeindlichem und volksverdummendem Sinne. Aber auch in indirekter Form hängt die gesamte bürgerliche Presse vom Kapitalismus ab. Das Pressewesen wird in den sogenannten staatsbehaltenden Kreisen eben nicht als Aufklärungs- und wahrhaftes Erziehungsmittel, sondern als Geschäft aufgefaßt. Da gibt es so vieles, was den Verleger einer Zeitung veranlaßt, das Blatt so redigieren zu lassen, daß es beileibe nicht bei der Bourgeoisie Anstoß erregt.

Zunächst verlangt diese eine eben so fade als leichte Unterhaltung. Obwohl technisch auf dem Höhepunkt, hat es den Anschein, als ob die bestehenden Klassen ihren geistigen Abstieg begännen. So verlangt das honette Bürgerthum vor allem den jedem wahrhaft Gebildeten höchst gleichgültigen Hofkutsch, ausführliche Verbrecherchroniken, interessante Skandalprozesse der halben und ganzen Welt oberflächlich und fälschlich anstellende Romane, Börsenberichte und — Inserate. Vor allem das letztere frommt aber auch dem Verleger. Denn das bringt Geld und das ist schließlich die Hauptsache. Inserate aber gehen fast ausschließlich nur die Besitzenden auf und deshalb ist der Verleger gezwungen, seinen Redakteuren anzuweisen, als Gegenleistung ihre Federn nur im Sinne der bestehenden Klassen zu führen. Eine Hand wäscht die andere, jeder verdient Geld, und Volksbildung ist Nebenfache...

Nun gibt es auch noch eine bürgerliche Presse, die sich „unparteiisch“ nennt. Das sind in der Regel Zeitungen, die einen gemischten Leserkreis haben und grundsätzlich erklären, die Bildung „unparteiisch“ verbreiten zu wollen. In der Praxis gleicht der Inhalt dieser sogenannten unparteiischen Presse ganz der soeben geschilderten. Denn auch hier ist das Geschäft die Hauptsache und Geld bringen nur die großen Inserate des kapitalkräftigen Publikums. Mit dem darf es also nicht verdoeben werden und die Erfahrung lehrt, daß gerade die sogenannte unparteiische Presse in der Volksverdummung und in der Bekämpfung von Volkerechten mehr leistet als ein ausgesprochen politisches bürgerliches Blatt. Wie könnte es auch schließlich anders sein? Genau betrachtet ist ja auch jeder Verleger bürgerlicher Blätter Kapitalist, und er wird sich schon hüten, gegen die Interessen der eigenen Klasse schreiben zu lassen. Und seine Redakteure? Die haben jede eigene Meinung zu unterlassen und sich einfach dem Geschmaek des kapitalistischen Publikums anzupassen...

So steht es also um die Aufklärung der breiten Volksmassen recht traurig aus. Schule und Presse, diese beiden Volksbildungsmittel, werden vom Kapitalismus beherrscht in dessen ureigenstem Interesse. Die von servilen Schmoocks gefeierte Bildung und Wissenschaft räkelt sich in den Salons und Hörsälen der Besitzenden und bringt nicht in den großen Naturgarten des arbeitenden Volkes. Vielmehr sucht man dieses nach einem raffiniert ausgeklügelten System trotz notwendiger besserer Schulbildung in aller Unterwürfigkeit und Zufriedenheit zu erhalten. Wahres Wissen und wirkliche Bildung hält man dem Volke fern. Und die Anechtenschaft soll auf ewig konserviert werden.

Doch so trostlos steht es ja nun erfreulicherweise nicht aus. Es wäre so, wenn nicht zugleich mit dem Kapitalismus die moderne Arbeiterbewegung entstanden wäre. Diese hat schon längst gegen die systematisch betriebene Volksverdummung in zielsicherer Weise Front gemacht. Sie sorgt dafür, daß eine wirklich gute wissenschaftliche Arbeiter zur Verfügung steht und sie allgemach zu einer höheren Stufe wissenschaftlicher Bildung emporhebt. Zahlreiche von Arbeiterorganisationen begründete Bibliotheken sind heute das geistige Mammut der Proletarier und Proletarinnen. Vor allem aber ist es die von jedem kapitalistischen Einfluß befreite publizistische Arbeiterpresse, der heute schon Hunderttausende von Arbeitern ihren Aufstieg zur wirtschaftlichen und politischen Erkenntnis und damit zur Bildung zu verdanken haben. Unsere moderne Arbeiterpresse wird so redigiert, daß jedes erscheinende Blatt dem Leser Aufklärung und neues Wissen bringt. Sie vermeidet den byzantinischen Hofkutsch, die Börsenberichte und leichte Abhandlungen über irgendwelche Themas. Sie behandelt vor allem mit Ernst und Geschick alle politischen Ereignisse,

untersucht, kritisiert, lobt, verurteilt und begründet. Ähnlich handelt unsere moderne Gewerkschaftspresse vorwiegend in wirtschaftlichen Fragen. Und weiter sucht die moderne Arbeiterschaft auch in alle sonstigen Gebiete der Wissenschaft, Kunst und Literatur einzudringen und die größten Geister und Schriftsteller ihren Lesern näher zu bringen. Mit Inseraten ist sie nicht besonders reich gesegnet. Dadurch gewinnt sie an kostbarem Raum, den sie vortheilhaft im Interesse der Bildungsarbeit für das Proletariat anwendet.

So ist denn dem modernen Giftbaum der Volksverdummung, der Kapitalistenpresse, ein ganz gewaltiger Gegner entstanden. Schonungslos reißt unsere Arbeiterpresse dem kapitalistischen Staat und dessen Kulturhebern die heuchlerische Maske vom Antlitz. Scharf beleuchtet sie die vorhandenen Zustände, und laut und vernehmlich fordert sie immer wieder die Arbeiter auf, sich durch ihre Organisationen eine größere Machtposition zu verschaffen und sich mit ihrer Hilfe ein besseres Los zu erkämpfen, daß die Arbeit frei werde und mit ihr die Wissenschaft und die wahre Kultur. Unermüdblich steht sie im vordersten Treffen des großen Kampfes für die Befreiung der arbeitenden Klassen. Und die Freiheitskämpfer, die der kapitalistische Staat in brutaler Weise auf die geistigen Führer des Proletariats niederprasseln läßt, werden mit kühler Gelassenheit verhöhnt und in die Wreische springen neue Kämpfer...

Die moderne Arbeiterpresse ist heute zu einer achtungheischenden Großmacht avanciert. Sie wirkt für Aufklärung, für Wissen und Bildung und damit für die Emanzipation des Proletariats. Dank das letztere aber auch diese aufopfernde Tätigkeit in vollem Umfange?

Es ist für jeden logisch denkenden Arbeiter sonnenklar, daß es eine seiner obersten Pflichten ist, die moderne Arbeiterpresse zu unterstützen. Er abonniert sie, agitiert für ihre Weiterverbreitung und nützt sich damit selbst in doppelter Weise. Er sorgt für seine geistige Weiterbildung und damit für den weiteren Aufstieg der Arbeiterklasse. Und die für das Zeitungsabonnement ausgeworfene geringe Summe kommt wieder den modernen Bestrebungen der Arbeiterschaft zugute.

Man sollte meinen, daß jeder Arbeiter diesen Weg als den einzig richtigen und gangbaren betrachten müßte. Aber leider wird auch hier einmal wieder das Unzulängliche zum Ereignis. Die Arbeiterschaft unterstützt noch in ihrer Mehrheit die Presse der Besitzenden, jene Presse, die es auf die ewige Volksverdummung abgesehen hat und die das gerechte Streben der Arbeiterschaft tagtäglich mit Hohn und Spott überschüttet. Diesem gefährlichen Feinde unterwirft heute noch die Masse der Arbeiter ihren Geist. Als Zeugnis dieser geistigen Beschränktheit paradiert der Abonnementbolus, der dem schmunzelnden Verleger noch als besondere Extragratisifikation in den aufgesperrten Kapitalistenrahmen geworfen wird.

Und es sind nicht nur jene Arbeiter, bei denen es bisher noch immer möglich war, sie von wahrer Erkenntnis fernzuhalten. O nein, auch sich organisiert nennende Arbeiter unterstützen noch immer dieselbe Presse, die sie durch ihre Proletarierorganisation bekämpfen wollen und verrichten somit vollendete Sisyphusarbeit. Auf der einen Seite stehen sie zur proletarischen Organisation und sie kämpfen damit für den Fortschritt und gegen die Finsternis. Auf der andern Seite aber unterstützen sie wieder ihren unversöhnlichen Gegner, den Kapitalismus, und stärken dessen vornehmstes Agitationsmittel, die bürgerliche Presse. Sollte man einen solchen Widerspruch für möglich halten?

Dieser Widerspruch ist eben leider noch vielfach vorhanden. Und es muß eine der Hauptaufgaben des aufklärten Proletariats sein, diesen Widerspruch, der zugleich ein trauriges Zeichen ist für die noch vorhandene geistige Armut vieler Arbeiter, zu beseitigen. Jeder vorwärts strebende Arbeiter muß immer und stets dafür eintreten, daß die volksvergiftende Unternehmerpresse aus jeder Arbeiterwohnung verschwindet. Ueberläßt den bestehenden Klassen ihre Presse und mag sie sich darin über die „Schlechtigkeit“ der Arbeiter austoben nach Herzenslust! Sorgt aber auch dafür, daß diese auch überflüssige Presse von Arbeitern nicht mehr gelesen wird! Sagt jedem Arbeiter, daß er sich pekuniär sowohl wie geistig schädigt, wenn er die Unternehmerpresse abonniert und liest. Sagt ihm, daß zur Hebung seines Wissens und seiner geistigen Bildung nötig sei, seine, unsere Arbeiterpresse zu lesen! Sagt ihm, daß

Wissen und Bildung die Vorbedingung zur Befreiung der Arbeit sind und alles getan werden muß, um Dummheit und Anecht aus den Reihen der Arbeiter zu bannen!

Es müßte mit dem Teufel zugehen, wenn die Arbeiterschaft das nicht begreifen würde. Und hat sie es erst in ihrer Gesamtheit begriffen, dann sind der Bourgeoisie die Gistzähne ausgebrochen und die wahrhafte Bildung der erwachsenen Arbeiter befragt dann die Arbeiterpresse. Und dann kann es nicht mehr lange dauern und die wachsende Erkenntnis und der stete Fortschritt werden dafür sorgen, daß die Arbeiterschaft auch auf den Unerreichten ihrer Ziele einen entscheidenden Einfluß erhält.

Dann schreitet das arbeitende Volk durch Bildung zur Freiheit. Und dem Kapitalismus kummet das Sterbeglocklein...

Antilicher Terrorismus der an Willigung grenzt.

Ueber angeblichen Terrorismus der organisierten und namentlich der streikenden oder ausgesperrten Arbeiter, habe man nirgends in der großen, weiten Welt so lebhaft und mit so guter Ausdauer, wie in unserem gelobten Preußen Deutschland. Die „Edelsten und Besten“ schreiben sich die Rechte und nach neuen Buchstaben, nur um dem „weite Kreise unseres Volkes beunruhigenden Terrorismus der auffässigen Arbeiter“ wirksamvoll entgegenzutreten zu können. Und behörliche Organe stimmen aus purer „Unparteilichkeit“ mit in dieses Scharfmachergezwimmer ein. Ausgerechnet behörliche Organe und noch dazu in Preußen Deutschland. Als ob behörliche Willkür und Provokationen, behörlicher Terrorismus, der oft genug an Willigung grenzt, bei uns vollkommen unbekannte Begriffe wären. Aber bisher noch im Rahmen dieser Illusion gelebt haben sollte, denn ist hienichtlich gelegentlich des letzten Rheinisch-Preussischen Streiks der Star gestochen worden.

Während dieses vierwöchentlichen Streiks hat in den Rheinischen das System v. Rheinbaben toller wie tolle Wüten gezeigt; die Polizeiwillkür und behörliche Allmacht hatte Zustände herbeigeführt, die geradezu anarchische Einbrüche machten und auf dem Gebiete alles bis dahin erlebte weit in den Schatten stellten. War in der Rheinisch-Preussischen jahrelange Bestreben der Schiffsahrtsgesellschaften, ihrer pflichtigen und behörlichen Verbindeten, den Rheinischen das Koalitionsrecht selbst illusorisch zu machen, an dem unbeugsamen Willen der Rheinischen selbst täglich gescheitert, so glaubte man jetzt den glücklichen Zeitpunkt für gekommen, den Rheinischen die Streikmöglichkeit und namentlich alle mit dem Streikpostenstehen und der Fernhaltung des Zuganges im Zusammenhange stehenden Maßnahmen der Streikenden, mit Gewalt und schamloser Willkür niederzuschlagen zu können. Leider mit dem erwünschten Erfolge. Die kapitalistische Anerkennung den „objektiven“ Behörden gegenüber ist ja nun am letzten Ende auch nicht ausgeblieben. Der Arbeitgeberverband der Rheinischen (Sich Ruhrort) hat z. B. der Duisburger Polizei für ihre Schneidigkeit im Kampfe gegen die streikenden Rheinischen, schriftlich und mündlich seine vollste Anerkennung ausgesprochen, welchem Lobe sich die Scharfmacherpresse verständnisvoll anschloß. Der Dank der Scharfmacher dem System v. Rheinbaben spricht Wände.

Und Wände schwindete die Scharfmacherpresse über die schauerlichsten terroristischen Schandtaten und Verbrechen der streikenden Rheinischen zusammen; so groß, so augenfällig und handgreiflich, daß selbst ein bürgerliches Blatt („Frankfurter Zeitung“ Nr. 148 vom 30. Mai), gegen diese Terrorismusmissethungen und sonstigen phantastischen Mähergeschichten der behörlichen-kommen Scharfmacherreptilien, Einspruch erhob. Ueber die Willkür und den Terrorismus der behörlichen Organe schrieb sich der Scharfmacherjournalist natürlich aus — auf Befehl natürlich, da eine Hand die andere wäscht und die eine Liebe der anderen wert ist.

Wir halten es deshalb für unsere Pflicht, zunächst nur an einem einzigen Beispiel den Grad der behörlichen Willkür und des an Willigung grenzenden Terrorismus zu illustrieren. Bei einem Rheinischerstreik genügt zu seiner exakten Durchführung das Streikpostenstehen am Lande nicht, die Fahrzeuge müssen selbst bewacht und kontrolliert werden, und soweit das möglich ist, müssen die Streikbrecher während der Fahrt über die Situation aufgeklärt werden. Zu diesem Zwecke hatten die streikenden Rheinischen an den Hauptstationen stehende Streikposten und Kontrolleure in kleinen Fahrzeugen aller Art auf dem Rhein stationiert. Zum größten Verdruss der Steuer- und der Behörden, die dann ihrer Willkür die Zügel schießen ließen, die Posten und Kontrolleure stürzten und die kleinen Fahrzeuge ohne jeden hinreichenden Grund beschlagnahmten. Von letzterem Schicksal wurde auch die den Streikenden bereitwillig zur Verfügung gestellte Schaluppe eines Probiantenhändlers in Westert bei St. Goar a. Rh. ereilt.

Dem braven Probiantenhändler waren die russisch-preussischen Zustände in dieser „an der Spitze aller Kulturstaaten marschierenden“ Junter-, Pfaffen- und Industriemagnaten-Domäne noch nicht klar zum Bewußtsein gekommen und er wandte sich als naiver Staatsbürger an den Königl. Landrat in St. Goar und bat in seiner „gottgewollten Abhängigkeit“ diesen erklaffigen Diener des Preußenstaates um die Freigabe seiner Schaluppe. Aber so ein Probiantenhändler in Preußen denkt und der Königl. Landrat in St. Goar und der Bürgermeister in Wopparde lenkt.

Von letzterem erhielt er folgendes echt preussisches Rechts- und Kulturdokument zugestellt:

„Vopparb, den 15. Mai 1912.

Die Polizeiverwaltung.
Der Bürgermeister.

Auf Ihren bei dem Königl. Landratsamte St. Goar zu Protokoll gegebenen Antrag auf Freigabe eines beschlagnahmten Nachen, teile ich Ihnen in dessen Namen mit, daß Sie den beschlagnahmten Nachen zurückerhalten können, wenn Sie sich mir gegenüber verpflichten, (!) den Nachen nicht wieder (!) an den Deutschen Transportarbeiterverband oder eine an dem Streik der Rheinschiffer beteiligte dritte Person (!) zu vermieten und mittels des Nachens in keiner Weise (!) der Förderung des Streiks zu dienen, insbesondere nicht zu dulden, daß dritte Personen sich des Nachens bemächtigen. (!!)

Sie können diese Verpflichtungserklärung entweder hier an Amtsstelle, was das einfachste wäre, oder unter diesem Schreiben beim dortigen Bürgermeisteramt, genau im Wortlaut dieses Schreibens, zu Protokoll geben und mir einreichen lassen.

Bevor ich die Erklärung in Händen habe, gebe ich den Nachen nicht frei. (!!)

F e h e r, Bürgermeister.

(Die Amtsbezeichnung ist im Original nicht angegeben.)

Leider wurde dem Provianthändler geraten, die geforderte schriftliche Erklärung abzugeben, was er dann auch tat. Richtiger wäre es auch gewesen, man hätte dem Manne geraten, dieses nicht nur omnino, sondern ständliche Schriftstück des Vopparder Bürgermeisters sofort der Staatsanwaltschaft einzurücken und gegen den Bürgermeister und seine Auftragsgeber Strafanzeige wegen Mißbrauch ihrer Amtsgewalt, wenn nicht gar wegen M ü t i g u n g zu erstatten. Hinterher hätten Bürgermeister und Landrat für den gesamten dem Provianthändler erwachsenen Schaden noch regresspflichtig gemacht werden müssen. Daß das nicht geschieht, bedauern wir, um so mehr, als hier Amtspersonen bewußt dem Recht Gewalt angetan hatten. Das durfte selbst in Preußen nicht ungesühnt bleiben.

Nachdem der Provianthändler die rechtswidrig geforderte schriftliche Erklärung abgegeben hatte, erhielt er vom Bürgermeisteramt in Vopparb folgendes der behördlichen Dreifachheit die Krone auflegendes Schriftstück:

„Vopparb, den 17. Mai 1912.

Der Bürgermeister.

F. M. F.

Der in Salzig beschlagnahmte Nachen kann dem Eigentümer Johann Joseph Karbach aus Kreiert wieder ausgehändigt werden.

Stempel.

F. M. F. P. U. z.

Herrn Johann Joseph Karbach.
Kreiert.

Der Mann erhielt sein rechtmäßiges Eigentum erst wieder, nachdem man ihm in rechtswidriger Weise eine gegen seine Interessen, seine Ueberzeugung und freie Willensbestimmung verstößende schriftliche Grundgebung förmlich abgepreßt hatte, was der landrätliche Bürgermeistliche Terror triumphierte straflos. — Eine moralische Strafe allerdings kann man darin erblicken, daß sich diese amtlichen Terroristen für ihre „Heldenthaten“ post festum noch den Dank der Scharmacher gefallen lassen mußten. Allerdings paarte sich der Dank der Scharmacher mit der „Mch tung“ des denkenden Proletariats.

Die Ursachen der Unfallgefahren im Fuhrgewerbe.

Die Fuhrwerksberufsgenossenschaft hat alljährlich den höchsten Prozentsatz der Unfälle zu verzeichnen. Während nämlich die Durchschnittsziffer der gemeindlichen Unfälle bei allen Berufsgenossenschaften 51,59 auf 1000 Arbeiter beträgt, sind bei der Fuhrwerksberufsgenossenschaft 84,66 Unfälle auf 1000 beschäftigte Arbeiter zu verzeichnen.

Unzweifelhaft ist der Beruf besonders gefährlich. Daneben sind jedoch die Ursachen für diese enorm hohe Unfallziffer in erster Linie auf die rücksichtslose Profitgier der Unternehmer und auf die mehr wie Lage Kontrolltätigkeit der Berufsgenossenschaft zurückzuführen. Die Profit- und Gewinngier der Fuhrunternehmer kommt zunächst in einer geradezu unbegrenzten Arbeitszeit zum Ausdruck. Bei den Erhebungen des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes im Jahre 1903 wurde eine durchschnittliche Arbeitszeit im Sommer für 82,4 pCt. und im Winter für 75,6 pCt. der befragten Arbeiter von mehr als 14 Stunden täglich festgestellt. Wie die jährliche Statistik des Verbandes beweist, hat sich bis auf den heutigen Tag in dieser Beziehung wenig oder gar nichts geändert. Noch heute finden wir zahlreiche Betriebe, in denen Arbeitszeiten von 16, 18 und 20 Stunden üblich sind. Dazu kommt noch eine Arbeitszeit von 5—10 Stunden an Sonn- und Feiertagen. Am allertraurigsten sind die Zustände in den Betrieben, in denen noch das patriarchalische Rast- und Logiswesen herrscht. Von regelmäßigen Ruhepausen, wenn auch nur von wenigen Stunden, ist in solchen Betrieben überhaupt nichts zu merken. Ob Alltags- oder Feiertag, ob Tag oder Nacht, zu jeder Stunde muß der „Fuhrmann“ dem Unternehmer zur Verfügung stehen. Diese ungeheuerliche Ausbeutung, deren Folge eine ununterbrochene physische Ueberanstrengung und geistige Depression der Arbeiter ist, erhält die Arbeiter in einem erschreckenden Stadium von Gleichgültigkeit und Widerstandslosigkeit gegenüber den zahlreich lauerten Unfallgefahren.

Das Schlafen auf den Wagen während der Fahrt, das Auf- und Absteigen während der Fahrt, das Sitzen auf den Wagendeckeln usw. erfordern Jahr für Jahr viele Opfer.

Bei dieser durch die Ausbeutung der Arbeiter erzeugten Gleichgültigkeit gegenüber den Unfallgefahren muß die planmäßige Ueberachtlaffung der Unfallverhütungsvorschriften durch die Unternehmer geradezu als verbrecherisch bezeichnet werden. In dem Verwaltungsbericht der Fuhrwerksberufsgenossenschaft vom Jahre 1911 wird diese Tatsache unumwunden zugestanden. Es heißt da:

„Nebenbei wie in früheren Jahren ist auch diesmal die Wahrnehmung zutage getreten, daß von den Inhabern der größeren Betriebe die Unfallverhütungsvorschriften in der Hauptsache befolgt werden, in diesen Betrieben auch die vorgeschriebenen Schutzvorrichtungen angebracht sind, daß dagegen bei den Inhabern der kleineren Betriebe vielfach noch das Verständnis für die Wichtigkeit der bestehenden Vorschriften fehlt, auch wohl bisweilen Mangel an gutem Willen vorliegt.“

Der Eine und der Andre.

Der Eine spricht:

Wüßt ist die Welt; es raffelt rings
Von der Maschinen Stampf und Stoß,
Das Zweimal-zwei-ist-viere ließ
Graugrimmig alle Seufel los;
Mit Rechenfingern, Knöchern, dürr,
Und Augen, allen Lebens leer,
Schwirrt Türen ein und Türen aus
Das lustverlassene Sclavenheer.
Die Nützlichkeit sitzt auf dem Thron,
Die Göttin, die Geschäfte macht;
Ihr erst Gebot heißt: Raffe zu!
Ihr erst Verbot: Weh dem, der lacht!
Ein Wollack ist, darauf sie sitzt,
Ihr Bannerstamm ein Riesenflot,
Von dem der Rauch als Fahne weht,
Der Rußgistrauch der reichen Not.
Das schwarze Zeichen schlingt sich fest
In alles Leben droffelnd ein,
Und keine Farbe siehst du mehr
Und nicht der Sonne lichten Scheln.

Der Andre spricht:

Ich sehe alles, was du siehst,
Und sehe doch: es ist nicht wahr!
Laß nur den Ruß dir nicht ans Herz,
So siehst du auch das Heute klar.
Sie schwingt den Hammer, diese Zeit,
Und ihre Seele die ist schnell. —
Doch hinter ihrem grauen Dunst,
Da liegt das Leben glüh und hell.
Kriech' nur nicht in der Niederung!
Steig auf die Höh'n und blicke weit!
Noch ringt sie mühsam und gebückt,
Doch richtet sie sich auf, die Zeit,
Und sie empfindet, was ihr not
Und daß sie sich vergebens quält.
Wenn ihrem lauten Werkgedröhn
Das Wehllicht der Schönheit fehlt,
Dann wirft sie um den Wollackthron
Und richtet neue Götter sich
Und feiert ihre Neugeburt
Mit hohen Festen königlich.
Sei unverzagt und glaube stark!
Glaube und schaffel Jede Tat
Aus frohem Herzen ist ein Korn,
Ein goldenes, für der Zukunft Saat.

Bei der Revision der Betriebe gab die Beschaffenheit und Einrichtung der Betriebsräume in zahlreichen Fällen Anlaß zur Beanstandung, während teilweise auch die Beschaffung ordnungsmäßiger Leitern und die Anbringung fester Geländer an Treppen, in Speichern usw. zu wünschen übrig ließ. Zu bemängeln war ferner das Fehlen von Schutzvorrichtungen an Maschinen, Fahrstühlen usw., der Mangel an ausgebildeten Weibern und Schlägern, die Nichtführung bzw. mangelhafte Führung eines Lohnbuches, das Fehlen von Halen an Wagenrungen, von Feuerlöschapparaten und Sandbücheln, der Mangel an explosionsfähigen Gefäßen und gebrauchsfähigen Hemms- und Bremsvorrichtungen.“

Und weiter:
„Die Vorschrift, betreffend Anbringung von festen Ausstiegsleitern und Fußbrettern begegnet auch jetzt noch bei zahlreichen Unternehmern harinrückigem Widerspruch. Dieser Widerspruch ist offenbar nicht zum geringsten Teil eine Folge der Kostenfrage.“

Wenn man sich aber diese, von der Berufsgenossenschaft selbst abgegebenen zahlreichen Verträge gegen die gesetzlichen Bestimmungen vergewissert, dann muß einen die Art und Weise, wie sie die

Kontrolle über die Betriebe ausübt, aufs höchste bestreben.

Der Fuhrwerksberufsgenossenschaft waren im Jahre 1911 angeschlossen 36 571 Betriebe mit 109 844 Arbeitern, gegen 36 709 Betriebe mit 105 600 Arbeitern im Jahre 1910; Revisionen wurden im Berichtsjahre aber nur in Lage und schreibe 6654 Betrieben mit 28 551 Arbeitern vorgenommen. Also von den vorhandenen Betrieben wurden, trotz der im Bericht selbst zugegebenen, durch das Verhalten der Unternehmer bedingten Notwendigkeit der Kontrollen, nur 18,19 pCt. gegenüber 12,42 pCt. im Vorjahre revidiert. Die geringe Steigerung des Prozentsatzes vermag dabei nicht die Bedenken gegen diese Art von Kontrolle hinwegzutäuschen. Die Bedenken müssen sich aber zu einem scharfen Mißtrauen verdichten, wenn man sich die „Strafen“ selbst besieht, die über diejenigen Unternehmer verhängt wurden, wie das Leben und die Gesundheit ihrer Arbeiter weniger achteten, wie das ihrer Zugtiere. Trotz der „zahlreichen Fälle“, die zu Beanstandungen Anlaß gaben, wurden im Jahre 1911 nur — 54 Strafen (!) verhängt, die sich auf insgesamt 584 Mk. beliefen. Die Strafen betrugen also im Durchschnitt pro Fall 10 bis 11 Mk.

Daß die Unternehmer bei einer solchen Kontrolltätigkeit nicht im geringsten zu einer größeren Beachtung der Unfallverhütungsvorschriften veranlaßt werden, liegt klar auf der Hand. Im Gegenteil, diese „enormen Strafen“ werden nicht nur nicht abschreckend, sondern viel eher wie Prämien auf die Gesetzwidrigkeiten der Unternehmer wirken. Dafür verzieht es aber die Berufsgenossenschaft in ihrem Bericht, die Aufmerksamkeit von den eigenartigen Ursachen der Unfallgefahren auf die allein schuldigen Arbeiter abzulenkten. Sie sagt im Bericht:

„Beachtung verdient die Meinungsäußerung einiger mit der Revision betrauter Sektionsbeamten, daß die Zahl der Betriebsunfälle einen bedeutenden Rückgang erfahren würde, wenn auch die polizeilichen Organe unachtsamlich auf die Verstöße gegen die Unfallverhütungsvorschriften der Sutscher achten und sie ohne Verzug zur Anzeige bringen würden.“

Nicht die von der Berufsorganisation zutage geförderte unmenschliche Ausbeutung, nicht die von der Berufsgenossenschaft selbst festgestellten massenhaften Ueberletzungen der Arbeiterschutzbestimmungen durch die Unternehmer, tragen die Schuld daran, nein, die Fuhrleute tragen sie selbst! Auf diese muß mehr wie bisher von Schulden und Gendarmen Jagd gemacht werden.

Es ist nur gut, daß die Arbeitervertreter in den Parlamenten und die gewerkschaftliche Organisation die wahren Schuldigen auch in Zukunft dem Forum der öffentlichen Meinung vorführen werden.

Der Jahresbericht der Hamburger Hafeninspektion über das Jahr 1911.

I.

Das Blutmeer steigt!

Das ist die erste Empfindung, die uns ein flüchtiger Blick in den Bericht bringt. Und diese Empfindung wächst an zum Grauen, wenn man sich die Mühe nimmt, in diese hilflos aneinander gerathen, bürocratisch zusammengepöckelten, dürftigen Mitteilungen über Knochenbrüche, vernichtetes Familienglück, Todesfälle, kapitalistische Fahrlässigkeit und Sorglosigkeit einzudringen. Der Bericht läßt wieder recht viel zu wünschen übrig, — diesmal sogar die Nützlichkeit. — Es ereigneten sich im Jahre 1911 im Hamburger Hafen 3131 Betriebsunfälle, die sich auf 432 Betriebe verteilten. Bei diesen Betriebsunfällen verunglückten 3144 Personen.

Während der Schiffsverkehr im Hamburger Hafen von 25 414 000 Tonnen im Jahre 1910 auf 26 375 000 Tonnen im Jahre 1911 stieg, also um 3,78 Prozent, hat sich die Zahl der verunglückten Personen im Hamburger Hafen im gleichen Zeitraum von 2705 auf 3144 gesteigert, also um 430 gleich 16,23 Prozent. — Von den Unfällen sind 48 tödlich verlaufen (im Vorjahre 44) die Steigerung beträgt 9 Prozent, ist also auch bedeutend größer als die des Verkehrs. Die Hafeninspektion hat schon seit langen Jahren nicht mehr den Ehrgeiz (vorausgesetzt, daß er überhaupt je vorhanden war), die Zahl der Unfälle im Hafen zurückzubringen. Seit langen Jahren tröstet sie sich mit dem Gedanken, der auch im letzten Jahresbericht auf Seite 35 wie folgt zum Ausdruck kommt:

„Die Zunahme der Unfälle steigerte sich im Verhältnis zu der Zunahme der in den Hafenbetrieben beschäftigten Arbeiter.“

Wir haben soeben bewiesen, daß diese Behauptung mit der Wirklichkeit schlecht übereinstimmt. Die Hafeninspektion will diesen Satz dadurch beweisen, daß sie die Zahl der im Jahre 1911 beschäftigten Schauerleute mit durchschnittlich 4520*) angibt, während es im Vorjahre 4103 waren. Aber selbst wenn es ebenso zuträfe, wie es sicher unzulässig ist, von der Steigerung in der Zahl der beschäftigten Schauerleute so ipso auf den gesamten Hafenbetrieb zu schließen, so ist die Beweisführung der Hafeninspektion, nämlich daß die Zahl der Unfälle ebenso stark gestiegen ist, wie die Zahl der beschäftigten Arbeiter, nochmals vorbeizuliegen. Die Zahl der beschäftigten Schauerleute stieg um 417 (416) oder um 10,16 Prozent, während, wie wir oben nachgewiesen, die Steigerung der Unfallziffer 16,23 Prozent betrug. — Die Hafeninspektion hat dann wohl auch selbst gemerkt, daß sie mit ihrer Behauptung auf Füßland stand — einige Ziffern sollten ihr den festen Boden schaffen. Sie hat zwar auf Seite 32 des Berichtes unter: Beobachtungen über Unfälle in Hafenbetrieben, angeführt, daß die Zahl der unfall-

verletzten Personen 3144 betrug, sie weiß ferner, daß diese Ziffer für das vorhergehende Jahr 2705 war, trotzdem behauptet sie auf Seite 35 des Berichts, im Zusammenhang mit der Verschönigung der Unfallsteigerung, daß sich die „letzten Unfälle um 213, die schweren um 13 vermehrt haben. Das wären zusammen 226 Fälle, während eine einfache Subtraktion beweist, daß die Zunahme 439 betrug.

Erklärt mir, Graf Verdun...
 Frig Meiner erhebt die „Nichtigkeit“ manchmal durch die „Stärke“. Dieser „Widerungsgrund“ muß dem Bericht der Hafeninspektion verfaßt werden, der Bericht selbst weder an Richtigkeit noch an Nichtigkeit, es ist eine schlechte und rechte Bureaukratiearbeit, wobei der Ton auf das erste Objekt zu legen ist. Niemand ist vor Fehlern und Irrtümern geschützt, schon dem besten Redakteur soll es passieren, daß ihm eine Blödsinnigkeit unterliegt — allein die Veröffentlichung der Hafeninspektion trägt dokumentären Charakter, da ist doppelte Vorsicht geboten. Schon im vorjährigen Bericht fanden wir einen ähnlichen Fehler.

Nach der Verschönigung der Unfallhäufigkeit widerlegt der Bericht sich selbst, indem er wörtlich sagt:

„So vermehrten sich u. a. die Unfälle beim Weggehen von Lasten um 7, durch Herabfallen von Gegenständen um 82, durch Fall im Betrieb um 58, durch einfache Handwerkzeuge um 25, beim Verhofen von Wasserfahrzeugen um 91, durch Stürzen, Quetschung um 110 Fälle usw.“ Aber trotzdem soll die Steigerung nur 213 leichte und 13 schwere Fälle betragen. In Wirklichkeit stieg die Zahl der leichten Unfälle von 2492 im Vorjahre auf 2918 im Berichtsjahre, das sind 426, und die der schweren Unfälle um 13, von 213 auf 226.

Für eine Behörde, die eingesetzt wurde, „Leben oder (1) Gesundheit“ der Hafenarbeiter zu schützen, ist es natürlich eine vollständige Wankrotterklärung, wenn sie Genugtuung darüber empfindet, daß (wenn auch nur in der Phantasie) die Unfälle nicht stärker zunehmen, als der Verkehr. Die Hafeninspektion scheint allerdings diese traurige Feindschaft gar nicht zu empfinden, denn sonst wäre der Jubel geradezu unverständlich, in dem sie ausbricht, wenn einmal die Zahl der Unfälle zurückgeht. Das ist in diesem Jahrhundert nur in den Krisenjahren 1908 und 1909 geschehen, aber die Hafeninspektion, die jeden Arbeiter, der mehr beschäftigt wird, für eine Verschärfung der Unfallgefahr verantwortlich macht, ging über den Rückgang in der Zahl der beschäftigten Hafenarbeiten während der Krisenjahre mit edler Nonchalance hinweg und freute sich ihres blaffen, schmalwangenigen Ruhmes. Und nun halten Verkehrs- und Unfallzunahme nicht nur Schritt, sondern die Unfallziffern wachsen schneller als die Verkehrsziffern. Man braucht den Wert und Nutzen der Hafeninspektion durchaus nicht zu unterschätzen, um sich zu fragen, ob sie mehr ist, sein soll und sein will, als — weiße Salbe. Denn mit unserer Gegenüberstellung ist das Sündenregister noch nicht erschöpft. In Rücksicht muß nämlich gezogen werden, daß die Zahl der Beschäftigten nicht entfernt so stark steigt, wie die zu bewältigende Arbeit. Die Getreidearbeiter gehören zum Beispiel bald zu den Lebenswichtigkeiten Hamburgs. Die Getreidehebergesellschaft verfügte im Jahre 1911 über 15 Getreideheber und eine Paternosteranlage im Stuhwärderhafen, die S.-A.-L. besitzt drei Getreideheber, Kismissen zwei Elevatoren und die Firma Newman einen Elevator im Stuhwärderhafen. Diese Maschinen machen die Hände der Getreidearbeiter fast überflüssig. Der Jahresbericht des Hafenbetriebsvereins über das Jahr 1911 führt die Tatsache, daß noch einige Schiffe mit Handbetrieb entleert wurden, auf den Streik der Hebermannschaften zurück, und der vorliegende Bericht der Hafeninspektion verweist darauf, daß nur noch kleine Teilladungen aus Ostseeschiffen mit der Hand bearbeitet werden.

Die noch nicht auf der Höhe ihrer Leistungsfähigkeit angelangten Wintermaschinen haben schon jetzt einen Teil der Arbeiter „überflüssig“ gemacht und die selbsttätig löschenden Kohlenschiffe bedrohen ernstlich die Existenz der Kohlenarbeiter. In seinem Jahresbericht über das Jahr 1910 schreibt der Hafenbetriebsverein wörtlich: „Wenn man zurückgeht auf das Jahr 1896, aus dem eine genauere Angabe über die Anzahl der hier vorhandenen Hafenarbeiter vorliegt, so ergibt sich ebenfalls, daß die Zahl derselben im Verhältnis zum Verkehr beträchtlich abgenommen hat. Damals gab es, abgesehen von den Kohlenarbeitern, 4450 Schauerleute, die Hamburger Ein- und Ausfuhr feinstärkig (ohne Kohlen und Koks) betrug 8 520 000 Tonnen. Im Jahre 1909 erreichte derselbe Verkehr 16 340 000 Tonnen. Es müßten also 1909 nach dem Maßstabe von 1896 rund 8800 Schauerleute vorhanden gewesen sein, während es in Wirklichkeit nur 4532 waren.“ Weniger einschneidend hat die Mechanisierung der Arbeit bei den übrigen Branchen gewirkt, am wenigsten wohl bei den Kesselreinigen — diese Arbeiter werden so miserabel entlohnt, daß es rentabler scheint, dem technischen Fortschritt keine Konzessionen zu machen; nicht besser liegen die Verhältnisse der Gelegenheits- und Hilfsarbeiter. Am Mai werden die schwersten Blöcke, z. B. noch mit der Hand aufgebracht, während man sich auf Speichern und Lagerhäusern zum Aufbringen von Sackgütern schon der mechanischen Kraft bedient. Doch geschieht auch dies nur in beschränktem Maße, da es auf den Speichern häufig an Platz mangelt, wodurch die Arbeit der Speicher- und Lagerhausarbeiter sehr schwierig wird. Einen nennenswerten Zuwachs an Zahl dürften nur die Gruppen: Katarbeiter, Ewerführer, Speicherarbeiter und Schiffsräumiger gebracht haben, doch hält auch dieser Zuwachs nicht entfernt Schritt mit der Verkehrszunahme.

Alles in allem hat sich die Zahl der Hafenarbeiter seit dem Jahre 1896 um etwa 25 bis 30 Prozent vermehrt, während dagegen die Verkehrszunahme etwa 200 Prozent beträgt (von 8,5 auf 25,4 Millionen Tonnen).

Stellt man bei der Wertung der Unfallstatistik diesen relativen Rückgang in Rechnung, so muß man zugeben, daß die Hafeninspektion ihre im Gesetz festgelegte Aufgabe nicht erfüllt. Sie ist dazu auch gar nicht imstande, die Bureaukratie Tätigkeit nimmt die Beamten zu sehr in Anspruch. In den Jahresberichten über die Jahre 1902 und 1903 wird darüber noch Klage geführt, seitdem sind zwar die Klagen verschwunden, aber die Spezialisierung der „sonstigen Tätigkeit“ beweist, daß die Bureaukratie Tätigkeit nicht geringer geworden ist. Wenn die Berichte heute nicht mehr darüber klagen, nun, vielleicht sind die Beamten gleichgültig oder — klüger geworden.

Auf welche Weise die Zeit der Hafeninspektoren von der „sonstigen Tätigkeit“ in Anspruch genommen wird, läßt sich nur schätzen. Die Hafeninspektion vermittelte in zwei Fällen zwischen Unternehmern und Arbeitern und gab 481 gütliche Urteilungen ab. Sie begutachtete nicht weniger wie 1334 Anträge auf Erlaubniserteilung zur Sonn- und Festtagsarbeit und die Kontrolle dieser in den meisten Fällen überflüssigen Sonntagsarbeit wurde in 1190 Fällen geübt. In 13 Fällen wurden Arbeitsordnungen geprüft, 176 mündliche Anträge erledigt, an 167 Terminen z. teilgenommen und — als Lohn — 32 832 Schriftstücke wurden verfertigt — pro Tag 109 ...

Wird dadurch nicht „Leben oder Gesundheit“ der Hafenarbeiter recht wirksam — geschützt?

Ganz vergaß allerdings die Hafeninspektion ihre eigentliche Aufgabe auch nicht. Aber die Revisionstätigkeit beschränkte sich auf 3829 Schiffe, wovon 137 Flußschiffe waren. Demnach wurden täglich das Jahr zu 300 Tagen gerechnet, 12 bis 13 Schiffe revidiert. Im Berichtsjahre kamen in Hamburg an 17,965 Schiffe und abgaben auf 17 838 Schiffe, zusammen 35 803. Hinzu kommen noch etwa 46 000 oberelbische Schiffe — angesichts dieses Massenverkehrs ist die Zahl der besichtigten Schiffe lächerlich klein. Gewiß kann nicht jedes Schiff überholt werden, ist auch gar nicht nötig — wohl aber müßten solche Schiffe, deren Zustand als schlechter weltbekannt ist, auf alle Fälle nach jeder Reise streng überholt werden. Die S.-A.-L. ist berühmt geworden durch schlechtes Material, die Woermann-Linie macht der S.-A.-L. darin erfolgreich Konkurrenz — die Schiffe dieser und ähnlicher Gesellschaften sollte die Hafeninspektion nicht aus dem Auge lassen. Da wir aber keine Ursache haben, der Hafeninspektion ungerichte Vorwürfe zu machen, so wollen wir konstatieren, daß sie gar nicht imstande ist, auch nur die notwendigsten Revisionen vorzunehmen. Trotz Meldung von Mängeln, um sich zu fragen, ob sie Leben gefährden, ist die Hafeninspektion in einigen Fällen nicht an Bord gekommen.

Es liegen im Hamburger Hafen täglich 300 bis 350 Seeschiffe, wenn die Hafeninspektion davon nur 12 revidiert, so ist damit klar bewiesen, daß sie ihre Aufgabe nicht erfüllen kann, wenn man nicht endlich die alte Forderung der Arbeiterchaft anerkennt und

Arbeiter als Kontrolleure anstellt.

Die Tätigkeit der Sektion Industriearbeiter im 2. Quartal in Berlin.

Anknüpfend an den Tätigkeitsbericht vom ersten Quartal, der als zufriedenstellend anzusehen war und in dem der Wunsch ausgesprochen wurde, daß das zweite Quartal ein ebenso erfolgreiches werde, erstatten wir Bericht über das zweite Quartal. Die erzielten Resultate liegen jetzt übersichtlich vor. Aus ihnen ist zu entnehmen, daß das verfloßene Quartal, wenn auch nicht so erfolgreich wie das erste, so doch sehr reger für die Organisation gewesen ist. So hat die Elektrobranche zu verschiedenen Versammlungen, Werkstattbesprechungen, Vertrauensmännerkonferenzen und Verhandlungen zusammen 112. An Neuaufnahmen 328 und an Uebertritten 32.

Die Maschinen-, Eisengießerei- und Fahrstuhlbranche Versammlungen 61, Neuaufnahmen 123 und 9 Uebertritte.

Die Branche Stabeisenlager, Trägerplättchen und Konstruktionswerkstätten haben 67 Versammlungen, 191 Aufnahmen und 8 Uebertritte. Die Branche gemischte Betriebe hat 37 Versammlungen, 103 Aufnahmen und 6 Uebertritte zu verzeichnen. Die Branche Schilderannmacher bleibt zum Teil zurück, sie kann nur von 4 Versammlungen und 6 Neuaufnahmen Meldung machen. Außerdem haben Sitzungen der Sektionsleitung und mit dem Kartellen 9mal stattgefunden. Zieht man das Gesamtergebnis zusammen, so ergeben sich vom zweiten Quartal an Versammlungen, Verhandlungen und Sitzungen 290, Aufnahmen 751 und Uebertritte 55. Ein Vergleich mit dem ersten Quartal ergibt ein Defizit von 8 Versammlungen und 319 Aufnahmen. Im Statistiken der Versammlungen ist ein ziemlich gleiches, wohingegen die Zahl der Aufnahmen um fast ein Drittel zurückgegangen ist. Nun ist ja bekanntlich das zweite Quartal immer nicht so erfolgreich wie die andern, weil gerade in diese Periode eine Reihe von Feiertagen fällt, wofür den Kollegen der Lohn verloren geht und die dadurch auf die Agitation ganz beträchtlich einwirken. Lohnbewegungen und zwar Angriffsbewegungen hat die Sektion im verfloßenen Quartal vier geführt. Beteiligt waren an den Bewegungen der Betrieb Witz und Genest in Schöneberg,

Fabrikantenverein mit 12 männlichen und 5 weibl. Besordert wurde eine Aufbesserung der Löhne für die Einholer und die im Lager tätigen Kolonnen. Zugestanden wurde den männlichen eine Lohnaufbesserung von 2 M. und für die weiblichen Beschäftigten 50 Pfg. pro Woche. Im Betriebe der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft Osterstraße forderten die Hacker, Lager-, Werkstatt- und Arbeiter eine Lohn-erhöhung. Nach mehrmaligem Verhandeln durch den Arbeiterausschuß gelang es, die Direktion zu Zugeständnissen zu bewegen. Es wurde vereinbart, daß der Einstellungslohn um 2 Pfg. erhöht wird, und zwar von 40 auf 42 Pfg. pro Stunde. Außerdem wurde eine Lohnaufbesserung der niedrig bezahlten Arbeiter zugestanden, bei der circa 700 Kollegen in Veräufertigung gezogen wurden. An der Bewegung waren beteiligt: erwachsene männl. 1196, jugendl. 61 und weibl. 12, zusammen 1269.

Die Betriebe Stabeisenlager, Trägerplättchen und Konstruktionswerkstättenarbeiter leiteten eine Bewegung ein, die eine Revidierung der getroffenen vorjährigen Vereinbarungen betraf. Auch diese Bewegung ist ohne Kampf zugunsten der Beteiligten erledigt worden.

Für unsere an der Bewegung beteiligten 450 Kollegen wurde eine Verkürzung der Arbeitszeit von 56 auf wöchentlich 54 Stunden und eine 10prozentige Lohnverhöhung sowie Festsetzung des Einstellungslohnes von 43 Pfg. pro Stunde und außerdem eine Lohnzulage von 2 Pfg. pro Stunde nach dreimonatlicher Beschäftigung erreicht.

Bei der Firma Müller u. Heilmann kam es zu einem Tarifabschlusse, an dem von unserm Verbände 11 Kollegen beteiligt sind. Auch hier wurde die Arbeitszeit auf neun Stunden festgelegt, an Sonnabenden eine Stunde und an den Tagen vor den hohen Festen zwei Stunden früher Feierabend. Der Lohn bei Neueinstellungen beträgt 46 Pfg. pro Stunde und außerdem wird ab 1. Oktober 1912 eine Zulage von 1 Pfg. pro Stunde gewährt. Ueberstunden werden mit 25 Prozent Aufschlag bezahlt. In diesen Bewegungen waren insgesamt beteiligt 1747 Personen. Der durch diese Bewegungen erzielte Mehrlohn beträgt 1672,50 M. pro Woche oder 83 625,00 M. pro Jahr.

Was die sonstige Entwicklung anbetrifft, so macht die Sektion gute Fortschritte. Das Vertrauensmännerthum ist etwas besser ausgebaut und bei den Mitgliedern ist eine bessere Schulung eingetreten. Nur noch einige Betriebe sind es, die sehr schwer vorwärts zu bringen sind; aber auch hier steht zu hoffen, daß es in kommender Zeit besser wird. Besonders schlecht steht es im Betriebe M. E. G. Siedingstraße. Hier werden neben einer langen Arbeitszeit noch Einstellungslohne von 36 und 38 Pfg. pro Stunde gezahlt.

Die von den Unternehmern geschaffenen gelben Fabrikvereine machen uns auch im verfloßenen Quartal noch mancherlei zu schaffen und manche kostbare Zeit mußte zur Abwehr dieser Gebilde verwendet werden. Aber die Gefahr mit den Gelben scheint vorüber zu sein und an den Kollegen liegt es, die Agitation so intensiv zu betreiben, damit Raum für diese Arbeitergeschädlinge nicht übrig bleibt. Es ist daher mit Bestimmtheit zu hoffen, daß das laufende Quartal, wenn jeder seine Pflicht und Schuldsigkeit als Arbeiter erfüllt, weit günstiger abschneiden wird.

Es laute daher die Parole: Geschlossenheit und Zielsicherheit führen uns zum Siegel Jeder stelle seinen Mann!

Zum Streik der Arbeiter und Fuhrer aus den Fuhrerwerkzeug-Betrieben Groß-Berlin.

Der Streik unserer Kollegen aus oben genannter Branche, welcher am Montag, den 15. Juli ausbrach, ist mit einem vollen Siege auf der ganzen Linie beendet worden. Der „Vorwärts“ schrieb hierzu, der Streik, der trotz vieler Schwierigkeiten mit Ruhe und Besonnenheit durchgeführt worden ist, bringt den Arbeitern und Fuhrern bedeutende Verbesserungen in ihrem Arbeitsverhältnis. Wie aus dem Bericht in Nr. 25 des „Courier“ ersichtlich, haben unsere Kollegen nach den ersten Verhandlungen mit den Unternehmern ihre ursprünglichen Forderungen etwas abgeändert und dementsprechend eine neue Vorlage zwecks weiterer Verhandlungen mit den Fuhrerherren geschaffen. Diese Vorlage ist der Fuhrerherrenzentrale zugeföhrt worden, worauf diese noch einmal mitteilte, daß sie auf weitere Verhandlungen verzichten müsse, wenn der Transportarbeiterverband die von den Fuhrerherren geforderte vermögensrechtliche Haftung nicht übernehme. Nachdem seitens der Bezirksleitung daraufhin erwidert worden war, daß sie über diese Frage noch einmal in eine mündliche Aussprache mit den Fuhrerherren eintreten möchte, hat dann am Dienstag, den 2. Juli eine Verhandlung stattgefunden, in der zunächst über die in der neuen Vorlage enthaltenen Forderungen der Reihe nach beraten worden ist. Die Beratung zeitigte das Resultat, daß die neuen Vorschläge von den Fuhrerherren im großen und ganzen zugestanden wurden. Am Schluß der Verhandlung ist dann die Frage der vermögensrechtlichen Haftung noch einmal zur Debatte gestellt worden, wobei die Unternehmern den Vorschlag machten, daß der Verband eine bestimmte Summe Zweckhaftung festlegt, und der Fuhrerherrenzentrale das Kontrollrecht darüber zugestanden werden soll. — Unsererseits ist darauf hingewiesen worden, daß dem Verbande statutarisch die Hände gebunden seien, und daß die Reichsgewerbeordnung

Strafbestimmungen gegen Arbeiter wegen Kontraktbruch enthalten, die zu jeder Zeit in Anwendung gebracht werden können. Darüber hinauszu-gehen liege verbandsfällig keine Veranlassung vor. Im übrigen steht der Verband auf dem Standpunkt, daß ein Tarif an sich eine Fessel für die freien Arbeiterorganisationen bedeute und infolgedessen nicht darauf dringe, Tarife unter allen Umständen zum Abschluß zu bringen. Die Unternehmervertreter wollten nun noch einmal mit ihren Aufträgen sprechen und versuchen, diese für einen Abschluß des Vertrages ohne vermögensrechtliche Haftung zu gewinnen, mit der Maßgabe, daß dann am Sonntag, den 7. Juli eine weitere Verhandlung stattfindet. In Bezug auf die moralische Haftung des Verbandes zeigten wir das weitgehendste Entgegenkommen, durch Unterbreitung nachgehender Klausel, weil uns viel daran lag, die Lohnbewegung auf friedlichem Wege zu Ende zu führen.

1. Weiße vertragschließende Parteien, die Zentralfelle der Fuhrherrenvereinigungen Groß-Berlin sowie der Deutsche Transportarbeiter-Verband Groß-Berlin sind verpflichtet, ihren ganzen Einfluß zur Durchführung und Aufrechterhaltung dieses Vertrages einzusetzen und dahin zu wirken, daß keine Vertragsverletzungen stattfinden.

2. Vor Beginn und während des Verfahrens vor den vorgenannten Schlichtungsinstanzen sind Streiks, Aussperrungen oder ähnliche Maßnahmen seitens der vertragschließenden Parteien unter keinen Umständen zulässig.

Ergenannte Sympathiestreiks zur Unterstützung freier oder ausgesperrter Arbeiter, ebenso wie Sympathieaussperrungen und das Verlangen von Streikarbeit sind nicht zulässig; sie gelten als eine Verletzung dieses Vertrages und sind von beiden Kontrahenten mit allem Nachdruck zu bekämpfen.

3. Sollte dennoch in einem der Tarifgemeinschaft angehörenden Betriebe eine ungedeckte Arbeitsunterbrechung stattfinden, so verpflichtet sich der Deutsche Transportarbeiterverband Groß-Berlin seine Mitglieder weder direkt noch indirekt zu unterstützen und bei der Beschaffung neuer Arbeitskräfte den betreffenden Betrieben Schwierigkeiten nicht zu machen, wenn vorangegangene Einigungsversuche als gescheitert anzusehen sind. Derselbe Verpflichtung übernimmt die Zentralfelle der Fuhrherrenvereinigungen Groß-Berlin gegenüber ihren Mitgliedern im Falle einer unberechtigten Aussperrung von Kutschern, die etwa von einem Fuhrherrn der Tarifgemeinschaft vorgenommen werden sollte.

Bei der Verhandlung am Sonntag, den 29. Juni teilten die Vertreter der Fuhrherren mit, sie hätten sich die größte Mühe gegeben, die von uns als das weitgehendste Entgegenkommen bezeichnete Klausel zur Annahme zu bringen; es sei ihnen jedoch nicht gelungen, da die Gegnerschaft in der Majorität geblieben ist. Somit waren die Verhandlungen als gescheitert zu betrachten und blieb es den Kutschern und Arbeitern überlassen, durch Kampf das zu erringen, was ihnen auf friedlichem Wege nicht möglich war.

Am Nachmittag desselben Tages fand zunächst eine Vertrauensmännertagung statt, die zu der nun gegebenen Situation Stellung nahm. Es wurde beschlossen, der am Abend stattfindenden Versammlung der Kutscher und Arbeiter zu empfehlen, daß am Montag, den 30. Juni allen in Betracht kommenden Firmen der Vertrag, wie dieser durch die gemeinsamen Beratungen festgelegt worden war, zur Unterschrift vorzulegen ist. Überall da, wo die Unterschrift verweigert wird, ist die Arbeit ruhen zu lassen.

In Rücksicht darauf, daß die Versammlung nicht besonders gut besucht war, konnte der Beschluß der Vertrauensmännertagung leider nicht durchgeführt werden. Es wurde infolgedessen beschlossen, die Abstimmung zu vertagen. — Nachdem nun am Donnerstag, den 11. Juli die Vertrauensmänner noch einmal zusammengekommen waren, fand am Sonnabend, den 13. Juli erneut eine Versammlung statt, die sich eines außerordentlich guten Besuchs zu erfreuen hatte. Diese Versammlung faßte dann den einstimmigen Beschluß, daß am Sonntag, den 14. Juli, nachdem die Arbeit erledigt ist, die Forderungen den Firmen vorgelegt werden, und überall da, wo die Unterschrift nicht gegeben wird, am Montag die Arbeit nicht wieder aufzunehmen ist. Dieser Beschluß ist erfreulicherweise einstimmig durchgeführt worden. Bereits am ersten Streiktag, am 15. Juli, konnte festgestellt werden, daß 32 Betriebe mit 472 Kutschern und Arbeitern den Tarif unterschrieben hatten.

Darunter befanden sich die größten Firmen wie: Herling, Niendorf, Göhrle u. Co., Charlottenburg, Dirckner, Gebauer und Albert Kraag, Berlin, Montag u. Grassow in Reinickendorf und beinahe die gesamten Fuhrherren in Lichtenberg usw. Damit war der siegreiche Ausgang des Streiks bereits besiegelt. Der Verein der Fuhrherren Neuföllns hatte, wie sich erst später herausstellte, den Beschluß gefaßt, den Tarif auf keinen Fall durch Unterschrift anzuerkennen, trotzdem hatte der Vorsitzende Herr H. Neumann schon am ersten Streiktag unterschrieben. Der Bruder desselben, welcher 27 Kutscher beschäftigt und hauptsächlich für die große Eisenfirma Steffen u. Mölle fährt, hat am zweiten Streiktag seine Unterschrift gegeben. Herr H. Neumann hat sich erst nach Verhandlungen mit der Direktion von Steffen u. Mölle dazu bereit erklärt. Die Situation war auch für ihn keine günstige, denn Herr Nikolai hatte inzwischen 24 Gespanne für die Firma St. u. N. gestellt; dergleichen hatte Paul Schur 5 Gespanne für Dudenmüller beordert. Nur der außerordentlichen Solidarität unserer Kollegen von den vorgenannten Firmen und dem Eingreifen der Verbandsleitung hat es Herr Neumann zu verdanken, daß sein Geschäft nicht in die Brüche

gegangen ist. — Die Kollegen Kutscher von Schur und Nikolai haben sich durch ihre strenge Solidarität in diesem Falle durchaus allgemeine Anerkennung erworben, wenn man bedenkt, daß die Unternehmer sie mit der Entlassung usw. bedrohten. — Nachdem nun Herr Neumann unterschrieben hatte, mußte Herr Nikolai sehen, wie seine 24 Gespanne unbeschriebener Sache den Heimweg antreten mußten. Dasselbe traf auch für Schur zu. Wenn die Herren umfangreichere Maßregelungen nicht vorgenommen haben, ist dies nur auf das gute Solidaritäts- und Organisationsverhältnis in den Reihen der Kutscher zurückzuführen. Dieses Solidaritätsverhältnis war bei der ganzen Bewegung im allgemeinen gut; so haben unsere Kollegen in den Betrieben von Tabbert, Mühlensstraße und Neuföllns, als auch bei Weidner, Stralau, die Arbeit eingestellt, weil sie Streikarbeit leisten sollten. (Diese Tatsache gab Veranlassung zu Verhandlungen, die jedenfalls zu einem besonderen Tarifabschluß für die Möbelbranche führen, worüber wir später noch eingehend berichten.)

So hat sich dann die Zahl der bestreikten Firmen, welche den Tarif unterschrieben anerkennen mußten,

Ausgaben der Tageseiche.

Der Schneiderkünstler Potret hat vor einigen Tagen ein hochzeitliches einer französischen Gräfin ausgestellt, das die Kleinigkeit von 75 000 Francs gekostet hatte. Im Anschluß daran wird mitgeteilt, daß dieses Kleid bei weitem nicht die kostspieligste Toilette darstellt, die jemals für eine Dame gemacht worden ist, trotzdem man auch für den Preis dieser Robe schon ein sehr schönes Landgut mit einem prächtigen Park erwerben könnte. In erster Linie sind es die Schauspielerinnen und Tänzerinnen, die das größte Kontingent stellen. Für eine der kühnsten Schauspielerinnen gilt die Engländerin Frau Langley, deren Toilette, die sie in ihrem Glanzstück „Das Halsband der Königin“ trug, den Wert von 100 000 Mark betrug. Die Nacht, auf der sie ihre Reisen im Sommer unternimmt, ihr Kennstall haben einen Wert von Millionen. Eine Schauspielerin, von der man in Paris sehr viel spricht, Mademoiselle Delgite, hat auf ihrem Kleide einen Opalschmuck, dessen Wert die bescheidene Höhe von 1/2 Millionen Mark beträgt. Aber es sind nicht nur die Schauspielerinnen, die einen solchen Luxus treiben, es sind auch die Frauen bekannter amerikanischer Großplauder, die sich eingebildete Werte anhängen, von deren Kaufpreisen der einfache Mensch sich kaum eine Vorstellung machen kann. Die Frau des amerikanischen Silberkönigs, Frau Macie, bezahlte für ihr letztes Frühjahrskleid, das sie auf einer Gartenpartie trug, die Kleinigkeit von 300 000 Mark, und die Spitzen, die sie auf einen Abendmantel nähen ließ, kostete sie für 123 000 Mark. Das teuerste Kleid aber, das die Welt überhaupt kennt, war das, welches die hibamische Prinzessin Maigra zu ihrer Ausstattung von ihrem Vater, dem Herrscher Kiantung, bekam. Es besteht aus lauter Rubinen und hat den Wert von nahezu 8 Millionen Mark. Diesem wahnsinnigen Luxus auf der einen Seite stehen auf der anderen Seite die Frommen „göttliche Weltordnung“!

von Tag zu Tag erhöht. Die diesbezügliche Entwicklung zeigt nachstehende Tabelle.

Am	1. Streiktag	32 Firmen mit	472 Beschäftigten
"	2. "	13 "	187 "
"	3. "	23 "	237 "
"	4. "	12 "	109 "
"	5. "	4 "	115 "
"	6. "	11 "	124 "
"	7. "	8 "	68 "
"	8. "	2 "	7 "
"	9. "	1 "	10 "

und so weiter, so daß am 24. Juli zusammen 107 Firmen mit 1404 beteiligten Kutschern und Arbeitern bewilligt hatten.

Als nichtbewilligt kamen an diesem Tage nur noch 5 kleine Firmen in Frage, welche zusammen 18 Arbeiter und Kutscher beschäftigten, welche einen nennenswerten Einfluß auf die gesamte Bewegung nicht mehr ausüben können.

Die wesentlichsten Teile des abgeschlossenen Tarifs lauten:

Regelung der Arbeitszeit.

1. Sämtliche Arbeitnehmer werden ohne Fündigungsfrist eingestellt. Arbeitgeber sowohl als auch Arbeitnehmer sind jedoch verpflichtet, die Auflösung des Arbeitsverhältnisses am Abend bei Beendigung der Arbeitszeit bekanntzugeben.

2. Die Arbeitszeit beginnt:

- a) in Schwerfuhrwertbetrieben (Bausfuhrwert usw.) früh um 5 1/2 Uhr;
- b) in Betrieben mit gemischtem Fuhrwert, wie Expedition, Möbeltransport (in Vororten), Zugfuhrwert usw., früh 5 1/2 Uhr; für Arbeiter früh 6 Uhr; sie endet in allen Betrieben abends 7 Uhr, vorausgesetzt, daß das Tagespensum erledigt ist.

Das Tagespensum ist seitens der Fuhrherren bzw. deren Betriebsinspektoren so zu bemessen, daß die Beendigung der Arbeitszeit in der Regel um 7 Uhr abends erfolgen kann.

3. Aufträge, welche Arbeitgeber nach 5 Uhr nachmittags erteilen, die voraussichtlich und auch erful-

lungsgemäß bis 7 Uhr abends nicht erledigt werden können, bedingen die Verpflichtung zur Bezahlung von Überstunden mit je 60 Pf. Angefangene halbe Überstunden kommen nicht zur Berechnung.

4. Die Pausen zur Einnahme von Mahlzeiten betragen am Tage zwei Stunden und sind da abzuhalten, wo sich der Kutscher und Arbeiter gerade befinden oder wie sie die Wirtschaftslage des Betriebes bedingt.

Regelung des Lohnes.

- 1. Der Arbeitslohn beträgt für Kutscher:
 - a) in Betrieben mit gemischtem Fuhrwert (Expedition, Möbeltransport, Zugfuhrwert usw.) pro Woche 30,50 Mk.;
 - b) in Betrieben mit schwerem Fuhrwert (Bausfuhrwert usw.) pro Woche 34 Mk.;
 - c) für Stallente pro Woche 30 Mk.;
 - d) für Arbeiter pro Tag 5 Mk.

Der Lohn wird für die geleisteten Arbeitstage jeden Freitag nach Beendigung der Arbeit ausgezahlt. Die Abzüge gesetzlicher Versicherungsbeiträge muß sich der Arbeitnehmer gefallen lassen.

2. Vom 1. Juli 1913 ab werden die Lohnsätze für alle Kutschergruppen und Stallente um 1 Mk. pro Woche erhöht. Der Lohn für Arbeiter erhöht sich gleichfalls von diesem Zeitpunkt ab um 25 Pf. pro Tag.

Am 1. Juli 1914 tritt eine Lohnausbesserung in gleicher Höhe, wie vorstehend angegeben, in Kraft.

3. Die vorstehenden Lohnsätze gelten als Minimumlohn.

4. Die bei Abschluß dieses Vertrages bereits bestehenden höheren Lohnsätze bleiben in Kraft.

5. Für Überlandtouren über 25 Kilometer Entfernung von der Betriebsstätte erhalten die Kutscher ein Spesenlohn von 1,50 Mk. pro Tag.

6. Außergewöhnliche Nachtarbeit (d. h. Nachtouren) wird den Kutschern mit 1 Mk. Zuschlag pro Nacht zum Lohn vergütet.

7. Werden Kutscher oder Arbeiter in Betrieben mit gemischtem Fuhrwert zeitweise zum Fahren von Bau- und Arbeitsfuhrwert herangezogen, so erhalten sie für diese Zeit den üblichen Lohn, welchen der Tarif für Bau- und Arbeitskutscher vorsieht.

8. Obige Wochenlöhne gelten nur für volle leistungsfähige Kutscher. Für nicht voll erwerbsfähige Arbeiter und Kutscher unterliegt der Lohn einer freien Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

9. Beim Aussehen infolge Arbeitsmangel wird für das Pferdewochen 1 Mk. bezahlt.

10. Soweit es sich um die Ermittlung des Tageslohns handelt, wird die Woche zu sechs Tagen gerechnet.

Allgemeine Bestimmungen.

1. In Expeditionsbetrieben müssen auch Sonntags (vor- und nachmittags) Eilgutfahrten ausgeführt werden, jedoch erhalten die Kutscher für das Eilgutfahren am Nachmittage eine Vergütung von 2 Mk. für die Fahrt.

2. Das Wagenfahrgeld an Sonntagen, Pferdewochen und Geschirreinstellen gelten als vorbereitende Tätigkeit für die Arbeitsaufnahme am nächsten Tage und unterliegt derselbe keiner besonderen Vergütung. Diese Arbeiten sind in der Zeit von 7 bis 10 Uhr vormittags zu erledigen.

3. Für das Füttern der Pferde an den Sonntagsnachmittagen, welches von den Kutschern in abwechselnder Reihenfolge zu geschehen hat, erhalten die betreffenden Kutscher 1 Mk. vergütet.

4. Die Sonn- und Feiertagsarbeit ist so zu regeln, daß jeder Kutscher nach Möglichkeit jeden dritten Sonntag oder Feiertag völlig frei hat.

5. Alle Selbstauslagen, die sich etwa auf der Tour der Kutscher im Interesse des Betriebes notwendig machen, sind am Abend bzw. nächsten Morgen an die betreffenden Kutscher unverzüglich zurückzuführen.

6. Die Fuhrherren haben nach Möglichkeit dafür zu sorgen, daß den Kutschern und Arbeitern ein helzbarer Raum zum Trocknen etwa durchnässter Kleidung im Betriebe zur Verfügung gestellt wird; desgleichen sind den Kutschern zur Aufbewahrung von Kleidungsstücken usw. verschleißbare Spinden zur Verfügung zu stellen.

Für ausreichende Waschgelegenheit haben die Fuhrherren ganz besonders zu sorgen.

7. Der Deutsche Transportarbeiterverband (Bezirk Groß-Berlin) ist verpflichtet, mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln dafür zu sorgen, daß seine im Groß-Berliner Fuhrgewerbe beschäftigten Mitglieder ohne Ausnahme nur zu den uneingeschränkten Bedingungen dieses Vertrages tätig sein dürfen.

8. Für die Dauer dieses Vertrages sind alle einseitigen Arbeitseinstellungen, Streiks und Aussperrungen ausgeschlossen.

9. Bei etwaigen Streitigkeiten, welche sich aus diesem Vertrage ergeben könnten, ist zunächst zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer eine Einigung anzustreben unter Hinzuziehung der Verbandsleitung.

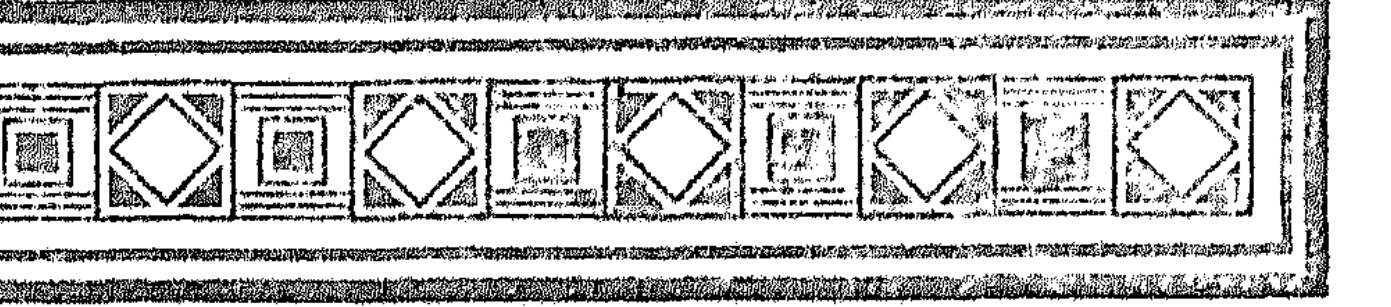
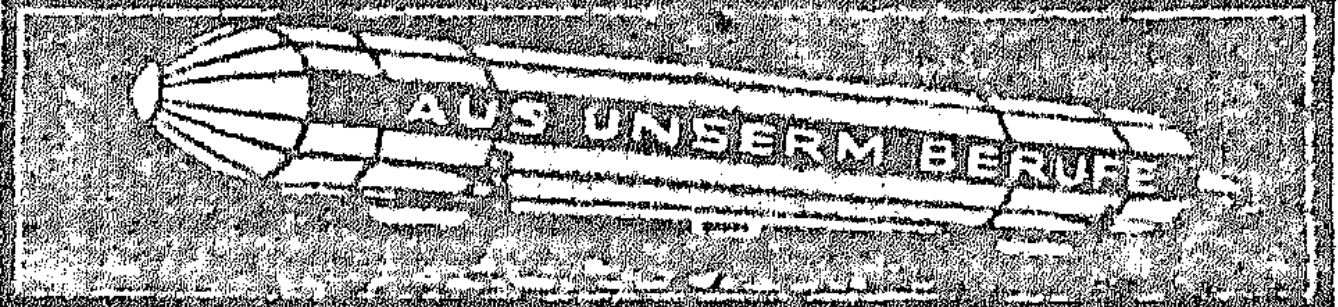
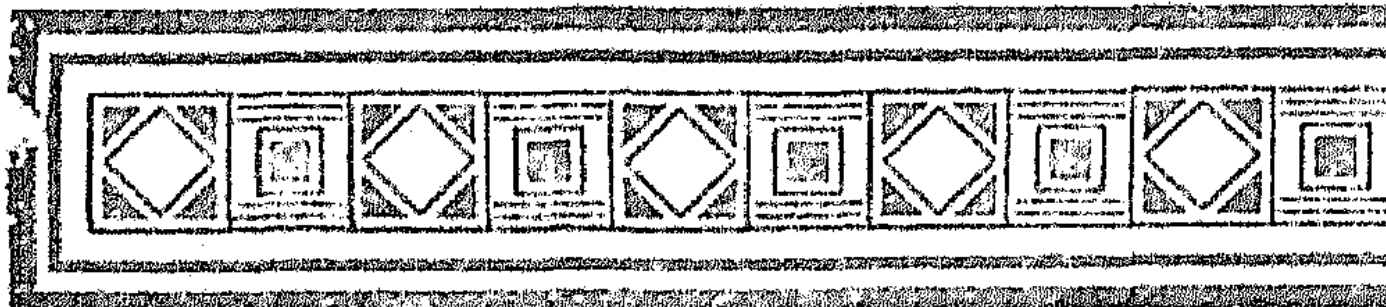
Wenn der Tarif zunächst auch noch nicht alles das gebracht hat, was seitens unserer Kollegen gefordert wurde, so sind doch andererseits Verbesserungen erzielt worden, die als nennenswert bezeichnet werden können. Der Lohn betrug bisher in den einzelnen Fuhrbetrieben 25, 26, 27, 28, 29 bis 33,50 Mk. pro Woche. Demnach sind Lohnerhöhungen von 50 Pf. bis 6 Mk. pro Woche zu verzeichnen; durchschnittlich 2,60 Mk. Dazu kommt noch, daß durch Abschluß des Tarifs 1913 als auch 1914 der Lohn um je 1 Mk. erhöht wird, so daß derselbe auf 35 und 36 Mk. steigt. Was die Arbeitszeit anbetrifft, die laut Tarif immer noch ziemlich ausgedehnt erscheint, ist zu bemerken, daß dieselbe beschränkt und bedeutend eingeschränkt worden ist und zwar um 2 Stunden pro Tag. Die Arbeitszeit war bisher unbegrenzt. Sie begann in der Regel um 5 Uhr morgens; bei einzelnen Fuhrherren auch

noch früher und dauerte bis 8, 9 und 10 Uhr abends und darüber. Eine Bezahlung der Ueberstunden konnte man nicht. Durch die Annahme des Tarifs sollen in Zukunft Ueberstunden, die nach 7 Uhr abends gemacht werden müssen, mit 60 Pf. pro Stunde bezahlt werden. Ferner haben die Kutscher jeden dritten Sonntag

ganz frei. Das Füttern der Pferde an den Sonntagsnachmittagen, als auch die zu leistenden Stallwachen an den Sonntagen sind extra zu bezahlen.

Alles in allem haben unsere Kollegen in den Schwerkraftwerksbetrieben einen schönen Erfolg erzielt, der aber nur dann für sie ein dauernder sein wird,

wenn sie die Organisation in ihren Reihen mehr wie bisher pflegen und ausbreiten. Nur durch eine straffe Organisation können die Führer dazu angehalten werden, die gemachten Zugeständnisse auch für die Zukunft durchzuführen.



Produkte der Vereinsmeierei. Ein Teil der Privatchauffeure in Oesterreich glaubte sich, genau so wie unsere „Beseren“ im Bund, einen besonderen Reichsverband für Automobilführer leisten zu müssen, da ihnen unser österreichischer Bruderverband nicht vornehm genug ist. Diese Herren haben nun einen Gesekentwurf betreffend den Dienstvertrag für Chauffeure ausgearbeitet, der beweist, wie traurig und übe es in den Köpfen dieser Vereinsmeier aussieht. Aber was das Schönste ist, sie muten dem Vorsitzenden unseres österreichischen Bruderverbandes Kollegen August Forstner zu, dieses bößhinnige Unikum im Parlament zu verteideln.

Doch lassen wir den „Gesekentwurf“ für sich selbst sprechen. Da haben wir gleich den 2. Absatz des § 1, der die Ausnahmen feststellt, auf die sich das Gesetz nicht beziehen soll. Es heißt da:

Bei (?) die im Dienste des Allerhöchsten Hofes, des Staates, der Länder und sonstiger autonomen Körperschaften, der Feuerwehren und Rettungsinstituten, sowie denjenigen Personen, welche lediglich zur Leistung von Reparaturen und Erhaltungsarbeiten sowie untergeordneten Dienstleistungen im Privatverkehr verwendet werden, sind nicht als Privatkraftfahrzeugführer anzusehen.

Also die „Allerbesten“ und die Untergeordneten sollen ausgeschlossen sein. Für diese ist wohl beachtlich, andere Extrawürste zu braten? Es kommt aber viel besser noch! Im § 2 wird bestimmt:

Art und Umfang der Dienstleistungen sowie das gebührende Entgelt (Geld- und Naturalbezüge) beruhen auf dem zwischen dem Dienstnehmer und dem Dienstgeber abgeschlossenen Dienstvertrag. Die Bestimmungen des Dienstvertrages bleiben der freien Uebereinkunft beider Teile überlassen. Ausgenommen hiervon sind die Bestimmungen der §§ 4, 7, 8, 10, Abs. 2-4, Abs. 1, 12, Abs. 1, 15, 18, 19, 20, 21.

Bedingungen (soll wohl heißen: Bedingungen? D. Ned.), welche unerlaubt, unmöglich sind, oder bestimmten Verbotsvorschriften zuwiderlaufen, sind nichtig.

Anstatt den Umfang der Dienstleistungen genau zu umschreiben, begnügen sich die famosen Ketter der Chauffeure damit zu sagen, „das bleibt der Uebereinkunft beider Teile überlassen.“

Und über die Vertragsabschlüsse selbst heißt es: „Gehören die vertragsschließenden Teile Vereinigungen von Dienstgebern und Dienstnehmern an, dann gilt als Vereinbarung der zwischen diesen Vereinigungen zustandgekommene Kollektivvertrag insoweit nicht entgegenstehende Abmachungen getroffen worden sind.“

Sie wollen also auch Verträge abschließen, insoweit nicht entgegenstehende Abmachungen getroffen sind.“ Das heißt auf gut deutsch: Sie können es durch eine muster-gültige Organisation sogar so weit bringen, einen Kollektivvertrag, sagen wir zwischen dem Automobilklub und dem Reichsverband, abzuschließen; aber — jedem Mitglied des Automobilklubs steht es nach diesem Entwurf frei, durch Sonderabmachungen den Kollektivvertrag wieder über dem Hauften zu werfen.

Dann kommen Bestimmungen, über deren Zweck in einem Schutzes für die Privatchauffeure sich kein Mensch klar sein wird. Sie lauten:

§ 3. Jeder Dienstnehmer muß mit einem Führerschein versehen sein. Ein Dienstgeber darf eine zur selbständigen Führung von Kraftfahrzeugen nicht befugte oder davon ausgeschlossene Person nicht in den Dienst aufnehmen.

§ 5. Der Dienstgeber ist berechtigt, unter Vorweisung des Erkennungszeichens der von dem Dienstnehmer zu bedienenden Kraftfahrzeuge und des Führerscheines des Dienstnehmers den letzteren binnen 24 Stunden nach Eintritt polizeilich anzu-melden und ebenso binnen 24 Stunden nach dem Austritt abzumelden.

Was das wohl mit einem Dienstvertrag zu tun hat? Der wird doch für die Chauffeure, nicht aber für die Behörden abgeschlossen!

Für ausreichenden Gehorsam der Chauffeure sorgt dann folgender Paragraph:

§ 6. Der Dienstnehmer ist verpflichtet, dem Dienstgeber zu gehorchen, seinen Dienst treu und fleißig zu versehen, die gesetzlichen Bestimmungen und behördlichen Vorschriften genau einzuhalten, die ihm aufgetragen oder der Sachlage nach erforderlichen Arbeiten oder Reparaturen an dem von ihm zu bedienenden Fahrzeuge zu verrichten und von seinem Dienstgeber und dessen Eigentum jedweden Schaden nach Kräften abzuwehren.

Im § 14 wird dann gesagt, daß ohne Mühdigung entlassen werden kann:

„... wenn er seine Dienstpflichten wiederholt gröblich verletzt, insbesondere den Befehlen des Dienstgebers beharrlich Ungehorsam und Widerstand entgegensetzt.“

Es fehlt also wirklich nur noch, daß die Herren besseren Chauffeure sich bei bestimmten Vergehen die Prügelstrafe ausbedingen. Verdient hätten sie diese ehrlieh für ihre selbst polizeiwidrigen Dummheiten. So, Kollegen, sieht eure Interessenvertretung in den Klümbündereien aus. Wir raten den Halberstädter Bundesbrüdern, diesen Gesekentwurf schleunigst abzuschreiben und die Herren Seydebrand und Kretsch mit dessen Vertretung im Reichstage zu betrauen. Denn das ist Geist von ihrem Geiste und Fleisch von ihrem Fleische. Freilich werden nur ganz vertrottelte Leute damit eine Wahrung der Arbeiterinteressen sehen.

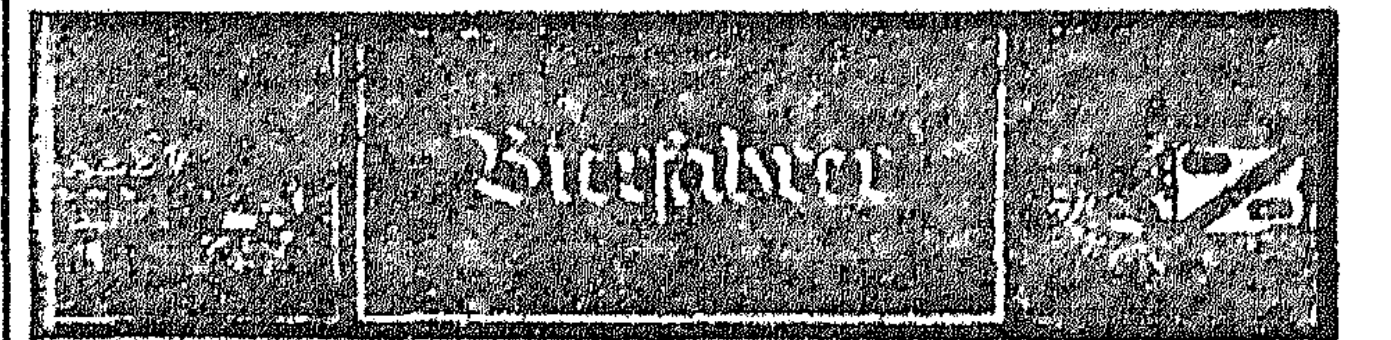
Achtung, Neu-Zittau bei Erkner bei Berlin. Wiederum müssen wir vor diesem Orte warnen, da dort die Wagen auf einer Strecke von 100 Meter (!) gezeilt und aufgeschrieben werden, wenn sie 15 Kilometer in der Stunde überschreiten.

Kattowitz. Beendigung des Kattowitzer Chauffeurstreiks. Der Streik der Droschen-Chauffeure ist aus tatsächlichen Gründen abgebrochen worden. Einstimmig ist der Streik beschlossen worden, einstimmig wurde er nach fünfzigtägiger Dauer abgebrochen. Wenn auch die Streikenden nicht als Sieger hervorgegangen, so sind sie trotzdem nicht Besiegte. Kein Mann tüchtige, erprobte, langjährige Chauffeure traten in den Streik, weil die Firma ihre minimalen Forderungen, die in der Hauptsache auf Gewährung eines festen Lohnsatzes neben der prozentualen Bezahlung, und eines bestimmten Zeitraumes für alle, auch die später eintretenden, gipfelten, ablehnten. Von diesen 10 Mann ist nur einer abtrünnig geworden. Weber Herr Fischer-Werlin noch der Geschäftsführer der Kattowitzer Gesellschaft, Herr Werth, dachten ihnen auch nur im geringsten entgegen zu kommen. Die Herren sind Feinde jedes Kollektivvertrages. Die Mittel, die die Herren anwandten, um die Streikenden unterzukriegen, waren durchaus nicht fein. Daß man durch die bürgerlichen Blätter dem Publikum sozusagen Sand in die Augen streute, indem man mitteilte, daß die Fahrer eine Durchschnittseinnahme von 150 M. die Woche hätten, war noch das anständigste. Wenn man aber nicht wie die Geschäftsführung Doppelschichten, die die Fahrer recht oft machen, sondern nur wie es richtig ist, einfache Schichten rechnet, kommt die Durchschnittseinnahme nicht über 120 M. — Das Abwürgen der Berechtigung von Herrn Fischer auf Herrn Werth — wer bei der ober-schleissischen Gesellschaft den Ausständigen gegenüber Konzeptionen machen dürfe, war schon weniger schön. Wenn aber gesagt wurde, den Fahrern wurden 2,50 bis 3,50 M. Zulage die Woche geboten, so verschleibt man hier absichtlich die Tatsachen. Nach den Vereinbarungen, die zwischen Herrn Werth und dem Arbeiter-ausschuß getroffen waren, stieß dieses Herr Fischer um. Den Ausständigen wurde mitgeteilt, Herr Fischer würde schließlich einzelnen eine Zulage von 1 bis 2 M. die Woche gewähren, aber unverbindlich. Zuletzt wurde noch von bürgerlichen Blättern mitgeteilt, der Streik sei nicht wegen Lohnunterschieden, sondern wegen der Einstellung des Fahrmehlers Witte begonnen worden. Letztere Behauptung schlägt den Tatsachen direkt ins Gesicht. Daß die Herren sämtliche Anfragen des Verbandsvorstandes und des Arbeiterausschusses heftig herbeiführung von Verhandlungen ablehnten, zeigt den Kurs, wohin die Herren zu steuern gedachten. Allem vorhergegangen wird aber die Krone aufgesetzt, als die Herren die Einladung des Herrn Oberbürgermeisters Pohlmann als Vorsitzender des Gewerbegerichts als Einigungsamt, die Einigungsverhandlungen ablehnten. Herr Werth hat es aber für notwendig erachtet, bei Herrn Oberbürgermeister Pohlmann vorzusprechen und ihm, wie bürgerliche Blätter berichten, klarzulegen, warum er nicht mit dem Verbandsvertreter verhandeln könne. Hätte Herr Werth nur den Willen gehabt, eine Einigung herbeizuführen, dann dürfte es das Einigungsamt nicht ablehnen. Aber die Sache ist einfach so: Herr Werth wollte sich nicht einigen, er wollte nicht nachgeben. Er wollte in seinem Betriebe nur Leute haben, mit denen er nach Belieben schalten kann, die er nach Gutdünken bezahlen und beschäftigen kann. Wir hoffen aber bestimmt, daß auch die Herren Werth und Fischer noch einmal den Nutzen der Tarifverträge anerkennen werden. Die Kattowitzer Chauffeure aber, die in diesem Kampfe ihren Mann gestellt haben, können jedenfalls stolz auf diese Bewegung sein, sie wird jedenfalls noch ihre Früchte tragen.

Kattowitz. Beendigung des Kattowitzer Chauffeurstreiks. Der Streik der Droschen-Chauffeure ist aus tatsächlichen Gründen abgebrochen worden. Einstimmig ist der Streik beschlossen worden, einstimmig wurde er nach fünfzigtägiger Dauer abgebrochen. Wenn auch die Streikenden nicht als Sieger hervorgegangen, so sind sie trotzdem nicht Besiegte. Kein Mann tüchtige, erprobte, langjährige Chauffeure traten in den Streik, weil die Firma ihre minimalen Forderungen, die in der Hauptsache auf Gewährung eines festen Lohnsatzes neben der prozentualen Bezahlung, und eines bestimmten Zeitraumes für alle, auch die später eintretenden, gipfelten, ablehnten. Von diesen 10 Mann ist nur einer abtrünnig geworden. Weber Herr Fischer-Werlin noch der Geschäftsführer der Kattowitzer Gesellschaft, Herr Werth, dachten ihnen auch nur im geringsten entgegen zu kommen. Die Herren sind Feinde jedes Kollektivvertrages. Die Mittel, die die Herren anwandten, um die Streikenden unterzukriegen, waren durchaus nicht fein. Daß man durch die bürgerlichen Blätter dem Publikum sozusagen Sand in die Augen streute, indem man mitteilte, daß die Fahrer eine Durchschnittseinnahme von 150 M. die Woche hätten, war noch das anständigste. Wenn man aber nicht wie die Geschäftsführung Doppelschichten, die die Fahrer recht oft machen, sondern nur wie es richtig ist, einfache Schichten rechnet, kommt die Durchschnittseinnahme nicht über 120 M. — Das Abwürgen der Berechtigung von Herrn Fischer auf Herrn Werth — wer bei der ober-schleissischen Gesellschaft den Ausständigen gegenüber Konzeptionen machen dürfe, war schon weniger schön. Wenn aber gesagt wurde, den Fahrern wurden 2,50 bis 3,50 M. Zulage die Woche geboten, so verschleibt man hier absichtlich die Tatsachen. Nach den Vereinbarungen, die zwischen Herrn Werth und dem Arbeiter-ausschuß getroffen waren, stieß dieses Herr Fischer um. Den Ausständigen wurde mitgeteilt, Herr Fischer würde schließlich einzelnen eine Zulage von 1 bis 2 M. die Woche gewähren, aber unverbindlich. Zuletzt wurde noch von bürgerlichen Blättern mitgeteilt, der Streik sei nicht wegen Lohnunterschieden, sondern wegen der Einstellung des Fahrmehlers Witte begonnen worden. Letztere Behauptung schlägt den Tatsachen direkt ins Gesicht. Daß die Herren sämtliche Anfragen des Verbandsvorstandes und des Arbeiterausschusses heftig herbeiführung von Verhandlungen ablehnten, zeigt den Kurs, wohin die Herren zu steuern gedachten. Allem vorhergegangen wird aber die Krone aufgesetzt, als die Herren die Einladung des Herrn Oberbürgermeisters Pohlmann als Vorsitzender des Gewerbegerichts als Einigungsamt, die Einigungsverhandlungen ablehnten. Herr Werth hat es aber für notwendig erachtet, bei Herrn Oberbürgermeister Pohlmann vorzusprechen und ihm, wie bürgerliche Blätter berichten, klarzulegen, warum er nicht mit dem Verbandsvertreter verhandeln könne. Hätte Herr Werth nur den Willen gehabt, eine Einigung herbeizuführen, dann dürfte es das Einigungsamt nicht ablehnen. Aber die Sache ist einfach so: Herr Werth wollte sich nicht einigen, er wollte nicht nachgeben. Er wollte in seinem Betriebe nur Leute haben, mit denen er nach Belieben schalten kann, die er nach Gutdünken bezahlen und beschäftigen kann. Wir hoffen aber bestimmt, daß auch die Herren Werth und Fischer noch einmal den Nutzen der Tarifverträge anerkennen werden. Die Kattowitzer Chauffeure aber, die in diesem Kampfe ihren Mann gestellt haben, können jedenfalls stolz auf diese Bewegung sein, sie wird jedenfalls noch ihre Früchte tragen.

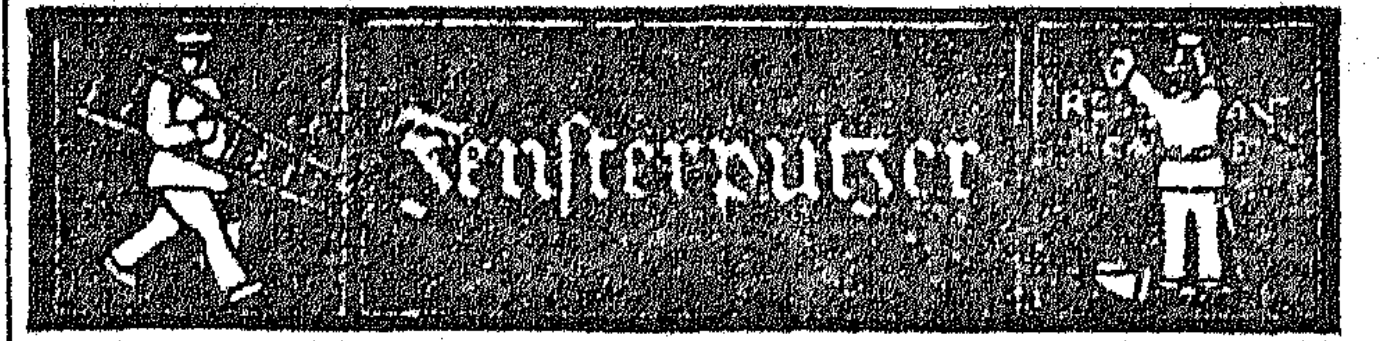
Köln a. Rh. Am 5. April ds. Jz. fuhr der Chauffeur eines Fabrikdirektors aus Grevenbroich, Josef B. von hier, gegen 10 1/2 Uhr über die Subbelrather Straße in Ehrenfeld. Er mußte dabei einen Bahnübergang passieren. Trotzdem die Schranken niedergelassen waren, fuhr er in vollem Tempo durch die Schranke hindurch. Nur dem Zufall ist es zu

verdanken, daß ein entsetzliches Unglück verhütet wurde. Denn kaum hatte das Automobil die Schranke auf der Kölner Seite durchbrochen, als auch schon ein Schnellzug heranbrauste. Der Fabrikdirektor, der seiner Angabe nach ein wenig geschlummert hatte, wurde unsanft aus seinen süßen Träumen gerissen, denn, wie er sagte, gab es plötzlich einen furchtbaren Krach, und er sah, daß das Dach des Autos verschwunden war. Der Chauffeur hatte sich wegen qualifizierter Transportgefährdung vor der Straf-kammer zu verantworten. Die Strafkammer war der Ansicht, daß der Angeklagte habe sehen müssen, daß die Schranken herabgelassen waren, wenn er die Aufmerksamkeit, zu der er vermöge seines Berufes verpflichtet war, nicht außer acht gelassen hätte. Im übrigen soll an der Schranke auch eine Signallaterne gewesen sein, was der Angeklagte aber bestritt. Das Gericht hielt den Angeklagten im Stills der Anklage für überführt und erkannte auf 100 Mark Geldstrafe.



Freiburg i. Schl. Einen schönen Erfolg haben unsere Kollegen in der hiesigen Brauerei errungen. Es wurde ein Tarif zwischen den vereinigten Brauereieten und dem Deutschen Transportarbeiterverband vereinbart, dem wir folgende wichtigste Postitionen entnehmen: Der Wochenlohn für sechs Arbeitstage, ohne Abzug der gesetzlichen Feiertage, zahlbar Freitags während der Arbeitszeit, beträgt bei der Einstellung: für Kutscher 20 M. Bei Abschluss dieses Lohnvertrages erhält mindestens jeder Arbeitnehmer eine Zulage von einer Mark wöchentlich. Der Lohn steigt bei allen Arbeitnehmern ab 20. Mai 1914 um eine Mark und ab 20. Mai 1915 um eine weitere Mark wöchentlich. Die Löhne werden dem augenblicklichen Dienstalter entsprechend aufgebessert. Sonntags-Dienstag wird den halben Tag mit 1 M., den ganzen Tag mit 2 Mark vergütet. Mit Feiertagen erhalten deutscher pro Tag 1,50 Mark, mit Uebernachten 2,50 Mark. Die bisher gezahlte Lohntieme bleibt bestehen. Alle Arbeitnehmer erhalten nach einer Beschäftigungsdauer von einem Jahr 3 Tage, für jedes weitere Jahr der Beschäftigung einen Tag mehr Urlaub bis zur Höchstdauer von einer Woche. Die bisher geleisteten Dienstjahre kommen in Anrechnung. Bei Arbeitsmangel werden die Dienstjüngsten zuerst ausgestellt und bei Bedarf zuerst wieder eingestellt. Unverschuldete Versäumnisse, bei Verurteilungen durch Militär- und Zivilbehörden, bei nachweislichen Vorkommnissen in der Familie, bis zu einem Tage, werden Lohnabzüge nicht gemacht. Bei militärischen Uebungen wird bis zu 14 Tagen die Differenz zwischen Lohn und Krankengeld gezahlt. Für genügende heizbare Wasch- und Badebelegenheit, saubere Trocken- und Umkleieräume sowie deren Instandhaltung wird arbeitgeberseitig Sorge getragen.

Streikpostenfischen ist zweckloses Auf- und Abbewegen. Beim Streik der Fensterputzer in Essen ging die Polizei mit großer Rücksichtslosigkeit gegen die Streikenden, insbesondere gegen die Streikposten vor. Am allerschneidigsten betätigte sich dabei der Hilfschutzmann Nagelmacher. Am 28. Mai morgens trieb er zwei ruhig auf- und abgehende Fensterputzer von der Straße weg, in der eine beschauliche Morgenruhe herrschte. Nur wenige Passanten waren auf der Straße zu sehen. Die Arbeitswilligen aber waren längst aus dem Betriebe heraus in die einzelnen Stadtteile an ihre Arbeit gegangen. Es bestand also durchaus kein Verkehrsbehinderung. Als der Kollege Kimmritz hinzukam und von den Streikposten hörte, daß sie fortgetrieben worden seien, übernahm er selber das Streikpostenfischen. Er ging in der menschenleeren Straße aber kaum fünf Minuten auf und ab, als er schon von dem genannten Schutzmann in hartem Tone aufgefordert wurde, „weiter“ zu gehen. Als Kimmritz hierauf nicht im geringsten reagierte, wurde er von dem Schutzmann verhaftet und zur Wache geführt. Von dort entlassen, nahm Kimmritz sofort wieder das Streikpostenfischen auf. Die Folge war ein Strafmandat von 6 M. wegen „zwecklosen Auf- und Abbewegens“. Er sollte gegen die § 1 und 2 der Oberpräsidialverordnung vom 18. Februar 1911 verstoßen haben. Das Essener Schöffengericht, bei dem gegen den Strafbefehl Berufung eingelegt worden war, bestätigte am 20. d. M. das Strafmandat mit der Begründung: der Hilfschutzmann sei der Auffassung ge-



Streikpostenfischen ist zweckloses Auf- und Abbewegen. Beim Streik der Fensterputzer in Essen ging die Polizei mit großer Rücksichtslosigkeit gegen die Streikenden, insbesondere gegen die Streikposten vor. Am allerschneidigsten betätigte sich dabei der Hilfschutzmann Nagelmacher. Am 28. Mai morgens trieb er zwei ruhig auf- und abgehende Fensterputzer von der Straße weg, in der eine beschauliche Morgenruhe herrschte. Nur wenige Passanten waren auf der Straße zu sehen. Die Arbeitswilligen aber waren längst aus dem Betriebe heraus in die einzelnen Stadtteile an ihre Arbeit gegangen. Es bestand also durchaus kein Verkehrsbehinderung. Als der Kollege Kimmritz hinzukam und von den Streikposten hörte, daß sie fortgetrieben worden seien, übernahm er selber das Streikpostenfischen. Er ging in der menschenleeren Straße aber kaum fünf Minuten auf und ab, als er schon von dem genannten Schutzmann in hartem Tone aufgefordert wurde, „weiter“ zu gehen. Als Kimmritz hierauf nicht im geringsten reagierte, wurde er von dem Schutzmann verhaftet und zur Wache geführt. Von dort entlassen, nahm Kimmritz sofort wieder das Streikpostenfischen auf. Die Folge war ein Strafmandat von 6 M. wegen „zwecklosen Auf- und Abbewegens“. Er sollte gegen die § 1 und 2 der Oberpräsidialverordnung vom 18. Februar 1911 verstoßen haben. Das Essener Schöffengericht, bei dem gegen den Strafbefehl Berufung eingelegt worden war, bestätigte am 20. d. M. das Strafmandat mit der Begründung: der Hilfschutzmann sei der Auffassung ge-

gründung: der Hilfschutzmann sei der Auffassung ge-

wesen, daß durch das Auf- und Abgehen des Verbandsangestellten die öffentliche Ruhe, Sicherheit und Ordnung gestört werden konnte. Auch eine Gefahr für die Arbeitswilligen (die, wie gesagt, längst fort waren) erblickt der Beamte in dem Verhalten.

Umsonst kritisierte der Verteidiger diese Art der Anwendung der Oberpräsidialverordnung. Der Vorsitzende stützte sich im Urteil auf die Aussage des Schutzmanns, der der Auffassung war, daß durch das Auf- und Abgehen des Beamten die öffentliche Ruhe, Sicherheit, Ordnung oder das Eigentum von Personen gefährdet sein konnte.

Als eine neue gerichtliche Debatte! Kann das Streikpostenführen nicht als Verkehrsbehinderung angesehen werden, so ist es dennoch strafbar, wenn Seine Majestät der Schutzmann das Auf- und Abgehen für zwecklos hält.



München. Ein niedliches Dreieck. In der Bahnlinie München-Lindau liegt der rein ländliche Ort Buchloe und bildet den Eisenbahnnotenpunkt nach fünf verschiedenen Richtungen. Eine außerordentlich große Zahl Reisender berührt diesen Ort, bezw. dessen Bahnhof, ohne sich um die Anlage und Einrichtung dieses Marktlebens weiter zu interessieren. Dichtet der Ort selbst wenig reizendes, um so lieblicher und zuvorkommender ist das dortige Gemeindeoberhaupt. Aus kleinen Anfängen hat sich dieser Gewaltige zum Molkereibesitzer und Käsehändler emporgearbeitet, und da es auf dem Lande mal Sitte ist, immer einen Reichen zum Bürgermeister zu erheben, so ist auch Herr Wosch zu diesem Amte gekommen. Wenn Gott ein Amt gibt,

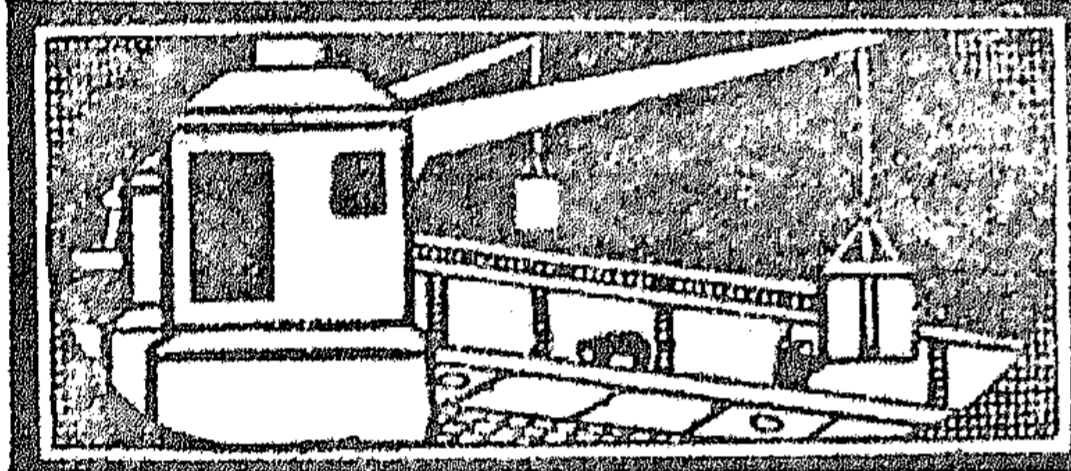
gibt er auch Verstand, sagt ein Sprichwort, und dieses trifft in diesem Falle unzweifelhaft zu.

Der Bürgermeister in Buchloe weiß ganz genau, daß Nehmen viel seliger macht als Geben, und von diesem Standpunkte aus behandelt er auch seine Arbeiter. Ein guter Gemeindevorstand muß aber auch zuvorkommend und gebildet sein, um seiner Gemeinde den guten Ruf zu erhalten, wenn sie einen solchen hat. Auch in dieser Beziehung hatten die Buchloer Bürger einen guten Tag, als sie zur Wahl ihres Oberhauptes schritten und dem Käsehändler die Regentkrone anboten. Weniger glücklich als die Buchloer sind die Arbeiter, welche zu Herrn Wosch in Stellung kommen, wie Figuren zeigen wird. Durch verschiedene Kämpfe und Tarifabschlüsse haben die Arbeiter dieser Branche ihre Arbeitszeit und auch die Lohnverhältnisse nicht unwesentlich verbessert, was besonders von München und Augsburg gesagt werden muß, und da Buchloe nur einen Büchsenhändler von diesen beiden Städten entfernt liegt und der Bürgermeister von Buchloe seine Ware zu den gleichen Preisen ein- und verkauft, glaubten auch seine Arbeiter auch ihrerseits eine kleine Besserung anstreben zu dürfen. Um den Gewaltigen nicht zu beleidigen, denn an seinem Geldbeutel ist er sehr empfindlich, brachten die Untertanen ihre Wünsche, die mehr einer Bitte als einer Forderung gleichen, sein Häubchen zu Papier, um dieselben ihrem doppelten Oberhaupt zur Kenntnis zu bringen. Still und ruhig, wie es sich für gute Untergebene geziemt, erwarteten sie geduldig die Dinge, die da kommen sollten. Und sie kamen! Am Samstag, wo die bestschickte Lohnzulage eintreten sollte, befahl Herr Wosch seinen Leuten, ins Kontor zu kommen, wo er sie als sein gebildeter Bürgermeister mit einem Haufen von Schimpfwörtern empfing, mit der üblichen Bemerkung, daß sie gehen können, wenn es ihnen nicht passe zc. Das Letztere hat dann auch der größte Teil seiner Leute getan, trotzdem einige von ihnen ein kleines Eigentum in diesem Orte haben und wohl wußten, daß sie in Buchloe keine Arbeit mehr erhal-

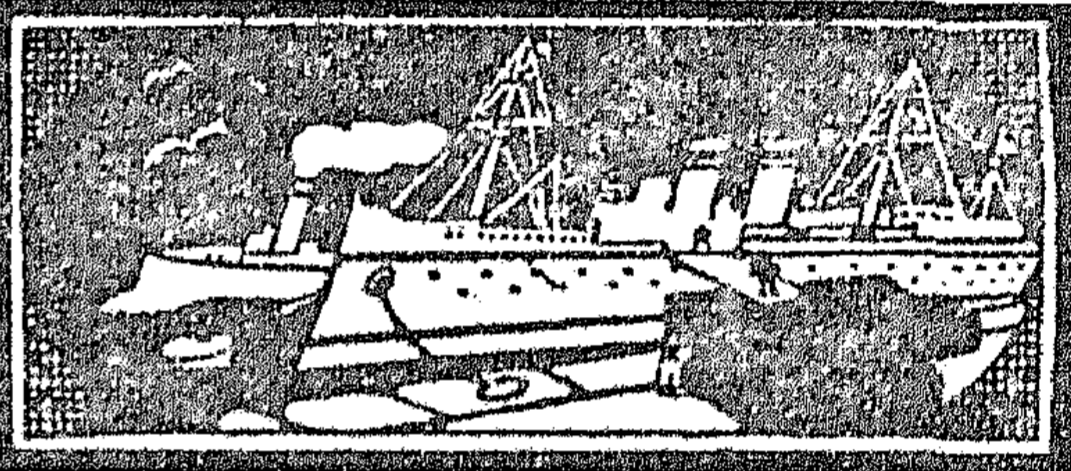
ten. Aus dieser Handlungsweise der Arbeiter kann sich jeder ein Bild machen, wie Herr Wosch mit seinen Arbeitern umgesprungen sein muß, bis sie sich zu diesem Schritte entschließen konnten. Aber auch sein Herr Sohn und sein Buchhalter stellen sich in diesem Punkte würdig an die Seite des Oberhauptes und verspricht der erstere ein guter Nachfolger seines Vaters zu werden. Nun auch die Bildung dieses Bürgermeisters zu bezweifeln, muß man an einen Fall erinnern, wo ein Arbeiter auf offenem Hofe dieses Oberhaupt der Buchloer Gemeinde derart zusammenstürzte, daß die Ausdrücke hier nicht wieder gegeben werden können. Diese Manier hatte der Arbeiter zweifellos von seinem Herrn gelernt, da auch Herr Wosch neben „Verreden“ noch eine Reihe von Hofnamen für seine Arbeiter hat, welche nur bei einem ganz Gebildeten zur Anwendung kommen.

Mehr Lohn zahlt Herr Wosch nach seiner Aussage nicht, wenn alle Sozialdemokraten zu ihm kommen, weil er sie alle miteinander nicht fürchtet. Wie können diesen seinen Mann verraten, daß alle Sozialdemokraten schon aus anderen Gründen vom Hofe des Bürgermeisters von Buchloe fernbleiben werden, obwohl kein Grund vorhanden wäre, sich vor einer derartigen geistigen Größe zu fürchten. Aber eines bringt der Bürgermeister dieses stillen Ortes, doch zustande, was manchem Sozialdemokraten nicht gelungen wäre, nämlich, er bringt seine Arbeiter zum Denken, und wenn sie an die Behandlung des Herrn Wosch denken und die heutigen Zustände im allgemeinen und die in Buchloe im besonderen betrachten, dann gibt es überzeugte Anhänger der Sozialdemokratie, die dann damit nicht zufrieden sind, selbst Sozialdemokrat zu sein, sondern die auch dafür sorgen, daß ihre Leidensgenossen sich ebenfalls der Arbeiterpartei anschließen.

So hat jedes Böse auch sein Gutes, und wenn es in Zukunft noch mehr Sozialdemokraten in Buchloe gibt, so hat der Bürgermeister unsern Dank verdient.



Hafenarbeiter



Hamburg, Branche Kohlenarbeiter (Wunterleute). Extra-Mitgliederversammlung am 18. Juli. S. berichtet über die Verhandlung der Lohnkommission mit der Hebergesellschaft. In der Diskussion wurde namentlich darauf Bezug genommen, ob wir bei Anschlägen der Räume und Wunter durch den Heber Ertragelber verlangen oder die Arbeiten für den bisherigen Satz fertig machen wollen. Nach längerer, eingehender Diskussion wurde folgender Antrag des Kollegen Schn. angenommen: „Für die Wunter und Räume, welche nicht vom Heber angeschüttet sind, weiter keinen Anschlag zu verlangen, nur für angeschüttete Wunter oder Räume, je nach Lage der Sache, einen entsprechenden Aufschlag zu fordern.“ S. teilte mit, daß die Hebergesellschaft am 1. Juli den Tarif gekündigt hat. Er mahlt der Versammlung den Vorschlag, die jetzige Lohnkommission bestehen zu lassen, da diese schon mit den ganzen Verhältnissen vertraut ist, um etwaige Verschlechterungen des Tarifs zu vermeiden. Ferner die Brancheneitung und Lohnkommission zu beauftragen, für diese Sachen einzutreten. Sodann wurde bekanntgegeben, daß ein Gang abends um 5 Uhr noch hinausgegangen ist, um zuzurückgehen, damit man am anderen Morgen gleich mit der Arbeit beginnen konnte. Desgleichen wurde moniert, daß verschiedene Kollegen die Mittagszeit nicht innehalten. Die betreffenden Kollegen wurden aufgefordert, in Zukunft den Lohnarif genau zu beachten und die Pausen streng inne zu halten. Es wurde noch darauf aufmerksam gemacht, daß die Kollegen, die zum Trimmen am Heber angenommen werden, gemäß dem Tarif nur die geschüttelten Kohlen ordnungsmäßig wegzutrimmen haben und beim Zurücken am Schiff behilflich sein müssen. Hierauf wurde vom Kollegen S. die von der Kommission in Vorschlag gebrachte Geschäftsordnung der Beschwerdekommision verlesen und von der Versammlung genehmigt. Dann verlas B. die Abrechnung über die eingesammelten Gelder für die verstorbenen Kollegen E. und W.

Risiko der Hafenarbeit. Ein unglücklicher Unglücksfall ereignete sich am letzten Sonntag an Bord des im Hamburger Hafen liegenden Kohlendampfers „Garezziello“. Dort geriet der in Altona, Langensfeldestr. 1, wohnende Kohlenarbeiter G. Th. beim Zerklümmern der Kohlen im Raum 3 zwischen den Kohlengreifer. Der Mann wurde am Unterleib schwer verletzt und mußte ins Hafenspitalshaus transportiert werden. Dort ist der im Beruf verunglückte Mann in der Nacht zum Dienstag gestorben.

Die Hamburg-Amerika-Linie gegen die Schiffsfesselreiner. Die Hamburg-Amerika-Linie ist wieder auf dem besten Wege, Streit anzufangen, indem sie, obgleich ein Tarifvertrag abgeschlossen und mit dem Hafenbetriebsverein festgelegt ist, durch Anschlag bekannt gibt, daß vom 18. Juli ab eine Lohnaberschlechterung erfolgen soll. Im Tarif heißt es: „Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit, sowie durchgearbeitete Pausen werden mit 80 Pf. pro Stunde bezahlt. Als Nachtarbeit gilt die Arbeit in der Zeit von 5 1/2 Uhr abends bis 6 Uhr morgens.“ Statt nun die 80 Pf. wie vereinbart, zu bezahlen, macht die

Hamburg-Amerika-Linie einen Abzug von 10 Pf. pro Stunde. Außerdem knappt sie an der schlechtesten, gefährlichsten und unsaubersten Arbeit, die je ein Arbeiter zu verrichten hat, noch 20 Pf. Im Lohnarif heißt es wiederum: „Für Regen der oberen Teile des Raufganges bei Ventilationsfensterung und der Stiel bei Doppelkesseln wird ein Aufschlag von 2 Mk. bezahlt.“ Es soll also nur 1,80 Mk. bezahlt werden. Die Arbeiter sind selbstverständlich hiemit nicht zufrieden und wollen Protest erheben. Die Schiffsfesselreiner dürfen keinen besonderen Vertrag abschließen und müssen bei Nichtauszahlung der tariflich festgelegten Sätze sofort Protest erheben.

Nobel wie immer benimmt sich wieder einmal die Staatsrat-Verwaltung. Der hamburgische Staat hat die Löhne der Staatsarbeiter „reguliert“. Der Erfolg des Transportarbeiterverbandes im Hamburger Hafen zwang den Staat, diesmal auch den Hafnarbeitern eine Lohnzulage zu gewähren. Wenigstens hat die Senatskommission für Angelegenheiten der Staatsarbeiter die Lohnregelung ausdrücklich auf die Hafnarbeiter ausgedehnt. Allein die Staatskommission denkt — und Herr Winter, alias Ratverwaltung, lenkt. Die Ratverwaltung kann sich unmöglich diese Gelegenheit entgehen lassen, ihr „arbeiterfeindliches“ Herz zu beweisen. Die Ratverwaltung hat bestimmt: „Die Schuppenarbeiter sind Akkordarbeiter und bekommen daher keine Lohnzulage.“ Ueber die Kranführer im Wochenlohn ließ die Ratverwaltung einfach gar nichts verlauten. Diese Arbeiter wurden ohne weiteres prompt von der Lohnzulage ausgeschlossen, obwohl ihr Lohn zuletzt im Jahre 1908 aufgebessert wurde. Die Hafnarbeiter, Zunderfahrer, Desinfektionsarbeiter und andere mußten jetzt in das in den übrigen Staatsbetrieben schon länger bestehende Tagelohn- und Wochenlohnverhältnis gestellt werden. Den Arbeitern wurde aber ihre bei der Ratverwaltung zurückgelegte Dienstzeit nicht voll auf die Lohnstala angerechnet. In allen übrigen Staatsbetrieben wurden bei Einführung der Dienstalterszulagen den Arbeitern ihre Dienstjahre auf die Lohnstala angerechnet; Arbeiter, die mindestens neun Jahre bei der Behörde, beziehungsweise in der betreffenden Lohnklasse beschäftigt waren, erhielten auch selbstverständlich sofort den Höchstlohn. Die Ratverwaltung handelt entgegen gesetzt. Für den größeren Teil der Hafnarbeiter, die Schuppenarbeiter, soll also ausgedehntenmaßen die Lohnzulage nicht in Frage kommen, die Kranführer im Wochenlohn werden stillschweigend übergangen, und die übrigen Arbeiter werden durch die Art der Durchführung der Senatsbeschlüsse stark benachteiligt.

Die Hafnarbeiter werden daraus die Lehre ziehen, daß einzig diejenige Organisation ihre Lebenslage verbessern kann, die auch die Löhne der übrigen Hafnarbeiter voranbrachte. Der Deutsche Transportarbeiterverband.

Hamburg. Arbeiter sind vogelfrei. Im „Echo“ finden wir folgende Notiz: „Auf dem Dampfer „Rubizlaw“, Kapitän Waller, ist aus dem Raum 1 ein kleines verzinktes Schutzkreuz abhanden gekommen, welches im Zwischen-

zum Schutze der Laternen angebracht wird. Der Kapitän veranlaßte, daß nachmittags 3/4 Uhr vier Schauerleute, die in dem Raum arbeiteten, sofort entlassen wurden. Außerdem hatte der Schiffsführer noch die Polizei im Kenntnis gesetzt und es wurden nun noch die vier Leute nach der Wache geführt, wo sie bis abends 8 Uhr festgehalten wurden, bis man ihre Personalien feststellte hatte. Die vier Schauerleute haben dieses Schutzkreuz überhaupt nicht gesehen, es wird schon in dem vorigen Hafen, oder während der Reise fortgenommen sein, und hier werden die Arbeiter des Viehstahls bezichtigt! Dabei ist das fehlende Objekt weiter nichts als ein aus ganz gewöhnlichem verzinktem Eisenbrat geflochtenes Gitter, wie man ein solches als Schutz vor Kellereifensern sieht; es hat vielleicht einen Wert von 2 Mk. Und deswegen macht der Kapitän des Schiffes ein solches Unwesen.“

Unseres Erachtens wird der Kreuzbesorgte Kapitän den Schauerleuten Schadenersatz leisten müssen, denn wohlwollt man, wenn jeder Mensch den andern im Polizeigewahrsam bringen kann, ohne für seine Marotte einen Grund zu haben.

Die Lohnbewegung der Helfer Hafnarbeiter kann nunmehr als abgeschlossen gelten. Nachdem sich die Arbeiter acht Tage im Auslande befanden, waren die Unternehmer geneigt, auf einer den Helfer Verhältnissen entsprechenden Basis, eine Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse einzugehen. Nachdem den Arbeitern diese Zusage gegeben, wurde auf Anraten der Organisationsleitung die Arbeit in vollem Umfange wieder aufgenommen. Am Donnerstag, den 25. Juli, fanden unter Mitwirkung des Herrn Bürgermeisters von Nehl Verhandlungen statt, die zum Abschluß eines Tarifvertrages zwischen den in Frage kommenden Unternehmern und der Organisation führten.

Die Arbeitszeit wurde im Sommer auf 9 1/2, im Winter auf 9 Stunden festgesetzt. Die erzielte Lohnzulage beträgt 1,80 bis 2,40 Mk. pro Woche. Für Überstunden werden 50 Pfennig, für Nachtarbeit 70 Pf. pro Stunde bezahlt.

Der Vertrag wurde auf 4 Jahre abgeschlossen und gilt bis zum 1. Juli 1916. Wird derselbe nicht 3 Monate vor Ablauf gekündigt, so gilt er ein weiteres Jahr.

Während der Vertragsdauer treten noch folgende allgemeinen Lohnzulagen und zwar am 1. Juli 1914 10 Pf. und am 1. Juli 1915 weitere 10 Pf. in Kraft.

Als Lohnzahlung, die in der Rhein-Hafen-Gesellschaft bisher alle 14 Tage stattfand, wurde die wöchentliche Lohnperiode festgesetzt. Ferner wurde noch für das Böchen von Steinkohlenbriketts, Schwefel, Zement usw. ein besonderer Zuschlag von 10 pCt. vereinbart.



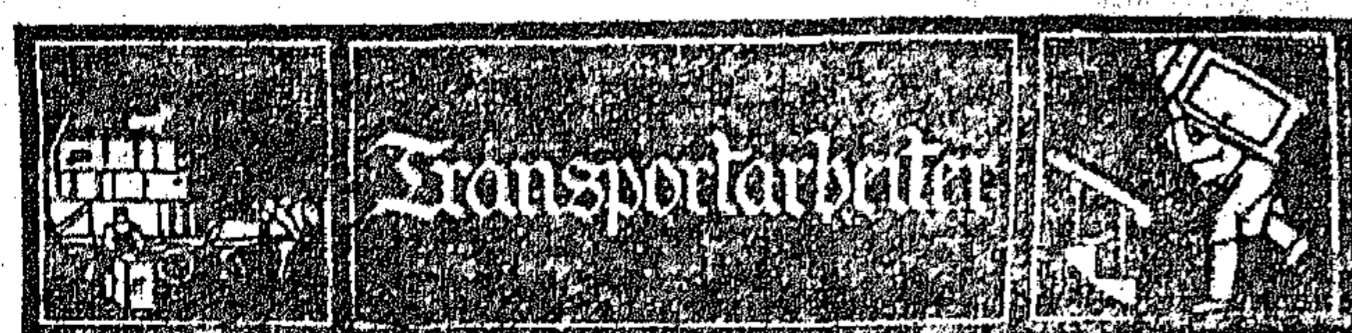
Berlin. Die Monatsversammlung der Abteilung Zentrum fand am Donnerstag, den 25. Juli statt.

Nach Verlesung des Protokolls der letzten Versammlung hielt der Sektionsleiter einen äußerst interessanten Vortrag über: „Arbeiterjugend und Jungdeutscher Bund“. Der Referent hielt die bei dieser Bewegung vorhandenen Zustände und die Praktiken der Führer Rede passieren. Die Art und Weise, welche zur „Erziehung“ der heranwachsenden Jugend angewandt wird, findet bei der arbeitenden Jugend keinen großen Anklang und die dort beliebte Erziehung veranlaßt manchen Teilnehmer zum Nachdenken. Es bedarf dann nur ein wenig Aufklärung, um die Vorkämpfer auf den richtigen Weg zu bringen. Deshalb bildet der Jungdeutscher Bund auch keine allzu große Gefahr für die Arbeiterbewegung, trotzdem sich die Echarismas der größte Mühe geben und die Regierung aus den durch Steuern angebrachten Mitteln Gelder zur Verfügung stellt. Geradezu eine Falle bedeutet die Anschaffung der Ausstrahlung beim Jungdeutscher Bund. Diese Ausstrahlung kostet etliche 20 Mk. Der Beitrag kann in Raten a 50 Pf. bezahlt werden. Der Jugendliche und auch die Eltern müssen sich aber durch Unterschrift zur Zahlung der vollen Summe verpflichten. Mit der Jugendliche aus dem „Jungdeutscher Bund“ austreten, so muß er trotzdem die volle Summe für die Ausstrahlung bezahlen, sonst droht man mit dem Gerichtsvollzieher. Der Referent forderte die Anwesenden auf, überall, wo sie mit den jugendlichen Berufskollegen zusammenkommen, aufklärend auf sie einzutreten. An den Vortrag schloß sich eine Diskussion, in welcher mehrere Kollegen ihre Erfahrungen nach dieser Richtung zur Kenntnis der Anwesenden brachten. Nachdem wurde beschlossen, die Versammlungen aus Zweckmäßigkeitsgründen jeden zweiten Donnerstag im Monat abzuhalten. Die nächste Versammlung findet am Donnerstag, den 12. September statt. — Als 1. Abteilungsleiter wurde gewählt der Kollege Willy Richter, als 2. Abteilungsleiter der Kollege Karl Lendel und als Bezirksführer die Kollegen Wilhelm Wietke und Walter Kämpfe.

Am Sonntag, den 3. August findet gemeinsam mit den Vereinen des Oden und Lichtenberg eine Nachpartie nach Rahnendorf, Waltersdorfer Schanze, Kranichsberge, Mühlendamm, Ellenhölzchen und Strausberg statt. Am 17. August soll der Botanische Garten besichtigt und am 25. August eine Wadepartie nach Wittenwerder veranstaltet werden. Nachdem noch auf die jeden Montag stattfindenden Gesangsabende aufmerksam gemacht und um zahlreiche Beteiligung ersucht worden war, erfolgte gegen 11 Uhr Schluß der gut besuchten Versammlung. Von den Bezirksführern fehlen unentschuldig die Kollegen Wecker und Grieshammer.



Braunschweig. Noch vor wenigen Jahren glaubte wohl kein Mensch, daß dem Kinematographen ein so glänzendes Geschick bevorstehen würde, wie es heute der Fall ist. Die Lichtspielpaläste sind wie die Pilze aus der Erde geschossen. Ein Mann sucht den anderen an Pracht und Ausstattung in den Schatten zu stellen, ein Zeichen, daß in dieser Branche ein Geschäft gemacht wird. In den Abendstunden der Wochentage finden die Vorstellungen vor gut besetzten Sälen statt und an den Sonntagen drängt sich das Publikum von der Eröffnung bis zur letzten Stunde an den Eingängen, um einen Platz zu erhalten. Wenn man nun aber glaubt, daß bei einem derartig guten Geschäftsgang die Arbeitsbedingungen der Angestellten entsprechend günstige sind, so wird man durch nachstehendes vom Gegenteil überzeugt. Der Monatsanfangslohn beträgt 30 Mk., durch längere Tätigkeit wird eine kleine Erhöhung erreicht. Der Dienst beginnt im Sommer, wochentags, nachmittags 5 Uhr, Sonntags 4 Uhr, im Winter, wochentags, 4 Uhr, Sonntags 3 Uhr und endet abends 11 Uhr. Einen freien Tag gibt es nicht. Im Stundenlohn beträgt das im Sommer etwa 16 Pf. und im Winter kaum 14 Pf., also im Durchschnitt 15 Pf. Man kann behaupten, daß Braunschweig mit seinen sonstigen Bühnen weit hinter anderen Städten zurückbleibt, so niedrig sind dieselben jedoch nicht, daß einem erwachsenen Manne ein Stundenlohn von 15 Pf. angeboten werden dürfte. Die Kinoangestellten haben also alle Ursache, sich ernstlich mit ihrer Lage zu befassen und sich dem Transportarbeiterverbande anzuschließen. Nur auf diese Weise ist es möglich, die Unternehmer, welche es fertig bringen, erwachsenen Männern und Frauen einen Stundenlohn von 15 Pf. anzubieten, zur Zahlung entsprechender Löhne und Gewährung auskömmlicher Arbeitsbedingungen zu veranlassen. Der Unterstützung der Braunschweiger Arbeiterschaft können sie im voraus versichert sein.



Quisburg. Ministerielle Belobigung. Nach der Beendigung des Binnenfahrersstreiks auf dem Rheinstrom hat der Arbeitgeberverband der Rheinstromschiffer der Duisburger Polizeiverwaltung eine „warme und dankbare Anerkennung“ für die wiederholte Unterstützung der Rheinstromschiffer ausgesprochen. — Jetzt nach der Beendigung des Fuhrmannsstreiks ist der Duisburger Polizei neues Heil widerfahren. Die bürgerliche Presse berichtete am 23. Juli folgendes: „Appell der Polizeibeamten. Gestern fand im Burgacker der übliche Appell der hiesigen

Polizeibeamten statt. Im Verlaufe desselben gab Herr Regierungsrat Dr. Waidner ein ministerielles Schreiben bekannt, welches eine Belobigung der Polizeibeamten für ihr Verhalten während der Streikzeit enthält. In dem Schreiben wird den Polizeibeamten Anerkennung für ihr korrektes Verhalten während des letzten Pagarbeiter-, Schiffer- und Fuhrmannsstreiks ausgesprochen.“

Durch diese „Belobigung“ werden die Polizeibeamten für die Zukunft geradezu zu vornehmlichen Vorkämpfern herangefördert. Wie haben es wahrlich herrlich weit gebracht in unserer preussisch-russischen Vaterlande. Die Belobigung ist aber ein Spiegelbild darüber, wie man in Berlin über das Sozialistengesetz der Arbeiterschaft denkt. Kollegen, merkt es euch und gebt den Handlangern des Kapitalismus die richtige Antwort auf ihr aufreizendes Vorgehen. Sonst werden wir demnach noch erleben, daß auch die Richter, die bei der Verurteilung von Streikführern nach dem Willen der Echarismas Urteile fällen, ebenfalls eine öffentliche Belobigung aus Berlin erhalten.

Freiburg i. Schl. Die Kollegen bei der Expeditionfirma Klein haben 1 Mk. Lohnzulage pro Woche erhalten. Bei der Firma Fischer hatten die Kollegen voriges Jahr 2 Mk. Lohnzulage erzielt und stehen bei der Expeditionsfirma durch ihre Einmütigkeit an erster Stelle am hiesigen Orte.

Lohnbewegung der Hanauer Kohlenarbeiter. Die Hanauer Kohlenarbeiter, die im Vergleich zu anderen Städten unter schlechten Löhnen seit Jahren dahingehert, haben sich endlich aufgelehnt und durch unseren Verband den Kohlenhändlern Forderungen auf Verbesserung der Lohnfrage unterbreitet. Die Forderungen lauten bei einer Arbeitszeit von morgens 7 bis abends 7 Uhr auf 25 Mk. Lohn für Lagerarbeiter, 27 Mark für Fuhrleute. Für Alfordausladen an der Bahn werden pro 200 Str. Kohle 4 Mk., für Stoß und Weifels 4,50 Mk. verlangt. Diese Forderungen sind als sehr bescheiden zu betrachten, umso mehr, da die bisherigen Löhne für diese Arbeiter seit 1888 noch keinerlei Verbesserung erfahren haben. Wenn man berücksichtigt, daß seit 1888 eine ganz enorme Steigerung sämtlicher Bedarfsartikel festzustellen ist, so wird jeder vernünftige Mensch begreifen, wie gerechtfertigt die Forderungen der in Frage kommenden Arbeiter, durchweg Familienväter mit 2-7 Kindern, sind. Nur der Uneinigkeit der Arbeiter konnten es die Herren Unternehmer verdanken, daß sie solange für so billigen Preis die Arbeiter ausbeuten konnten; schon manche Lunge ist bei dieser äußerst schmutzigen Arbeit geopfert worden. Die Arbeiter, die ganz bestimmt auf ein Entgegenkommen in der Lohnfrage rechnen, sind hierin sehr enttäuscht worden durch das Auftreten der „Vereinigung der Hanauer Kohlenhändler“, die zunächst die Angelegenheit zu verschleppen suchte, und letzten Endes Verhandlungen mit der Organisation gänzlich ablehnte. Nach der Art, wie das geschah, könnte man beinahe glauben, Hanau liege auf dem Monde. Die organisierten Kohlenarbeiter beschloßen darum, einmütig die Arbeit einzustellen, um die Herren Kohlenhändler darauf aufmerksam zu machen, daß der Arbeiter bei dem Verfall der Arbeitskraft auch ein Mitbestimmungsrecht zu beanspruchen hat.

Der Streik hat nach achtstägiger Dauer am 21. Juli mit Tarifabschluß seinen Abschluß gefunden. Für Lagerarbeiter und Fuhrleute wurde eine Lohnaufbesserung von 3 bis 4 Mk. erzielt. Die Alfordlöse für Kohle sind von 3 Mk. auf 3,50 Mk. für Stoß und Weifels von 4 Mk. auf 4,25 Mk. erhöht worden. Die Verhandlungen wurden zwischen der Vereinigung der Hanauer Kohlenhändler und dem deutschen Transportarbeiter-Verband geführt.

Rangen (Hessen). Wie die Herren Arbeitgeber mit ihren Fuhrleuten umspringen, wenn diese nicht organisiert sind, zeigt folgender Fall: Ein bei der Firma Beck u. Schröder, Sprendlingen, beschäftigter Fuhrmann erlitt einen Unfall, wurde ins Krankenhaus gebracht und konnte dort nur zum Teil geheilt werden, das eine Bein blieb steif. Als sich der Mann wieder zur Arbeit meldete, erklärte man, keine solche für ihn zu haben. Der Mohr hatte also keine Schuldigkeit getan, seine Gesundheit geopfert, er kam gehen. Ebenso wollte es die Firma mit einem anderen Fuhrmann machen, der eine 14tägige Waffenerübung absolvieren hatte. Sie wollte ihn ohne jede Entschädigung für diese Zeit abschließen. Dieser Kollege war aber organisiert und so konnte er mit Hilfe des Verbandes um sein Recht klagen. Und siehe da, nach zwei Terminen mußte die Firma zahlen. Daraus können die Fuhrleute wieder einmal erleben, daß der Verband für sie so notwendig ist, wie ein Stückchen Brot zur Stillung des Hungers.

Selb. Die sich bisher gut entwickelnde Zahlstelle hat in letzter Zeit stark mit Widerwärtigkeiten zu kämpfen. Die Begleitererscheinungen der Porzellanarbeitenausperrung sind leider auch an uns nicht spurlos vorübergegangen. In einer kleinen Stadt springt der Funken der Unzufriedenheit zu leicht auf andere, gar nicht in Frage kommende Arbeiter über. Wie die Porzellanarbeiter, fanden auch die Transportarbeiter plötzlich, daß der Verband nichts für sie mache. Die Transportarbeiter vergessen nur, daß der Verband leider für sie gar nichts tun kann, da die Mehrzahl von ihnen es bisher nicht für nötig hielt, sich dem Verbande anzuschließen. Die Kutscher der Firmen Rauch u. Ploß, Fröber, Reichel u. Co., Paul Müller usw. haben kein Recht, den Verband anzuklagen oder gar zu verleumden. Ihre Schuld ist es, wenn der Verband nichts für sie oder ihre Berufskollegen tun kann. Sie schwächen die Organisation und alle Vorwürfe, die sie und andere Unorganisierte gegen die Organisation schleudern, fallen doppelt und dreifach schwer auf sie zurück.

Laßt die Einmütigkeit fahren, Kollegen, kommt einmütig zu uns, zu euren Berufs-Kollegen, dann kann und dann wird der Deutsche Transportarbeiterverband eure Lebenslage verbessern. Hinein in die freie Organisation. Wieder mit den gelben Verwaltern!

Im „freien“ Ungarn muß eine Gewerkschaftsorganisation, um Rechtsbestand zu haben, erst vom einem „wohlwollenen“ Ministerium bewilligt werden. Nach der vor etwa fünf Jahren erfolgten behördlichen Auflösung des damaligen Landesverbandes der Handels- und Transportarbeiter waren unsere ungarischen Berufskollegen darauf angewiesen, sich eine Zeitung nur mit einer „freien Organisation“ zu beschaffen, um später mit einem Landesverein für Budapest allein vorlieb nehmen zu können. Jahrelang wanderten die Statuten eines Landesverbandes vom Ministerium zum hauptstädtischen Magistrat, von hier zur Bezirksvorsteherung und dann wieder aufs neue von vorne an. Man hatte schon völlig verzichtet darauf, diese Statuten in abschließender Zeit genehmigt zurückzubekommen, denn unzählige waren die Einwände, welche seitens des Ministeriums gegen dieselben erhoben wurden. Vor einigen Tagen jedoch wurden die Proponenten verständigt, daß der Leidensweg ihrer Statuten denn doch ein Ende genommen hat, indem dieselben mit der ministeriellen Genehmigungsakten versehen worden sind. Unsere ungarischen Kollegen können somit nun darangehen, einen seit langem ausgearbeiteten und seiner Verwirklichung harrenden Plan durchzuführen. Und somit bedeutet die Genehmigung dieser Statuten im Organisationsleben der ungarländischen Transport- und Verkehrsarbeiter eine entscheidende Wendung: An Stelle des bisherigen Lokalvereines wird dieser Arbeitern nun ein Landesverband als Interessensvertretung zur Verfügung stehen — also eine Organisation mit breiterer und modernerer Grundlage. — Die konstituierende Versammlung der neuen Organisation hat am 14. Juli bereits stattgefunden so daß wir die Ungarn wieder als ein neues Glied in unserer Internationale begrüßen können.

Öffentliche und Mitglieder-Versammlungen.

Berlin. Mit dem Thema: Die Krankentassen nach der Reichsversicherungsordnung, beschäftigten sich die Kollegen aus der Textilbranche in ihrer letzten Versammlung. Der Referent wies sehr treffend nach, daß die neuen Bestimmungen sehr viel mehr Verschlechterungen als Verbesserungen aufweisen. Die Versicherer selbst hat man nach Möglichkeit auszusparen versucht. Nachdem der Kollege dies an einer Reihe von Beispielen gezeigt, schilderte er die Verschiebungen zur Zentralisation und führte aus, daß schon seit Jahren eine recht rege Agitation für diese Idee im Gange ist, aber leider habe man auch noch mit eben so viel Gegnern zu rechnen. Vor allen Dingen sind es auch hier wieder die Unternehmer, die sich immer noch dagegen sträuben. Des weiteren zeigte der Kollege dann an Hand der neuen Vorschriften, wie in Zukunft die Beschwerde-Instanzen im Streitverfahren ausfallen und zusammengefaßt sein werden. Und gerade hier zeigt es sich recht traurig, wie man es fertig brachte, die Versicherungs-pflichtigen fast ganz auszuschalten, so daß man von einem Einfluß in Zukunft nicht mehr reden kann. Der Kollege Langfeld brückte in der darauf folgenden Diskussion sein Bedauern darüber aus, daß es auf dem Wege der Zentralisation nicht recht vorwärts gehen will, es wäre wünschenswert, wenn in abschließender Zeit die Idee in Wirklichkeit umgesetzt werden würde, da dann die Familien-Versicherung durchgeführt werden könnte, was von großer Bedeutung auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung wäre. Der Kollege Farwig machte in seinen Ausführungen darauf aufmerksam, daß man sich nicht etwa der irrigen Auffassung hingeben soll, daß die kleinen Verbesserungen, die uns die Vorlage brachte, etwa aus Wohlwollen oder aus sozialer Empfinden gegeben wurden, sondern lediglich im Interesse der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und damit für den Moloch Militarismus und Marinismus. In seinem Schlußwort legte der Referent noch einige Punkte klar, und forderte die Anwesenden auf, namentlich ihrerseits die Verschlechterungen, die uns die Vorlage zweifellos gebracht hat, durch einmütiges Zusammenhalten wenigstens etwas abzumildern. Namentlich gab der Kollege Leude den Bericht vom Verbandstag in Breslau. Er streifte in kurzen Zügen den Geschäfts- undassenbericht des Vorstandes, sowie des Ausschusses und der Revisionskommission, sodann die Anträge schilbernd, welche den Verbandstag in diesem Jahre in erheblicher Zahl beschäftigt haben. Eine Anzahl dieser Anträge waren zweifellos von einseitiger Bedeutung, sowohl für die Mitglieder im einzelnen, sowie für den Verband im allgemeinen. Alles in allem haben die Delegierten auch in diesem Jahre viel gutes für das weitere Gedeihen unseres Verbandes geleistet, was jedes Mitglied ohne weiteres einsehen wird. Der Kollege Dobatta gab zu, daß sich die Delegierten von edlen Motiven haben leiten lassen, er sei aber trotzdem der Ansicht, daß man auch in diesem Jahre nicht immer das treffen wird, was man damit treffen wollte. Nürnberg forderte die Kollegen noch auf, nur endlich Mann für Mann dafür einzutreten, daß unser Verband eine Kampforganisation wird, wie wir sie brauchen, schon deshalb, weil die Unternehmer uns wohlgerüstet auf der ganzen Linie gegenübersehen. Nachdem der Versammlungsleiter

Kollege Wotter noch einige geschäftliche Mitteilungen gemacht, schließt er die gut besuchte Versammlung.

Brandenburg. Am Mittwoch, den 10. Juli, fand unsere außerordentliche Generalversammlung statt. Der Kassierer gab die Abrechnung für das zweite Quartal. Kassenbestand im vorigen Quartal waren 2662,02 M. Die Einnahme für das zweite Quartal betrug 4008,37 M. An arbeitslose Mitglieder wurden gezahlt 59 M., an Kranke 325 M., an die Hauptkasse gesandt 1354,70 M. Kassenbestand 2652,62 M. Mitgliederbestand am Schluß des Quartals 255 Männliche und 47 Weibliche. Summa: 302. Kollege Wangelndorf als Revisor bestellte, daß die Bücher in vollster Ordnung befunden worden sind und beantragt, dem Kassierer Decharge zu erteilen, was einstimmig geschah. Dann gab der Vorsitzende den Vierteljahrsberichtsbericht. Wen angenommen: 28 Mitglieder. Abgereist: 19; ausgeschieden 12. Briefe sind eingegangen 34, Karte 33; ausgegangen 41 und 2 Depeschen. Versammlungen fanden 7 statt. Besprechungen 6. Dann gab der Vorsitzende bekannt, das er gezwungen in bezüglicher Verabschiedung sein Amt niederzulegen.

Der Kollege Franz Ulrich wurde als Bevollmächtigter und Stellvertreter gleichzeitig gewählt. Als Vize Ulrich wurde gewählt Kollege Wotter, als Revisor Kollege Vinski. Dann gab der Kollege Hermann Voland den Bericht vom Verbandstag. Hervorzuheben sei unter anderem, daß laut Beschluß jedes Mitglied 2 M. für unser Verbandshaus in Haten zu zahlen habe. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten trat Schluß der Versammlung ein.

Dresden. Am 17. Juli fand unsere Generalversammlung statt. Dem Geschäftsbericht entnehmen wir folgendes: Es haben im zweiten Quartal 139 Versammlungen und Sitzungen stattgefunden. Die Lohnbewegung der Last- und Expeditionsarbeiter zog diesmal weite Kreise. Die Geschäftstätigkeit verlangte mit Erfolg ebenfalls den Tariflohn und in den Vororten gelang es mit wenigen Ausnahmen gleichfalls die Verhältnisse zu regeln. Durch die Säub der Kollegen ging die Lohnbewegung der Ziegeleiarbeiter leider zum Teil verloren. Mit Erfolg erzielten die Lohnbewegungen bei den Firmen Dobric, Kunze, Hagemann und der Kühlturmsfabrik. Die Firma Wags u. Köhler lehnte es ab, einen Vertrag abzuschließen und erklärte, nur mit ihren Arbeitern selbst die Lohn- und Arbeitsverhältnisse regeln zu wollen. Der Arbeiter Th., der von der Firma als derjenige bezeichnet wurde, der seine Mitarbeiter zum Eintritt in den Verband auffordert, wurde sofort entlassen. Nur die Unorganisierten bedachte man mit Bußen, um erzieherisch zu wirken. Das Eingreifen des Verbandes veranlaßte aber dann die Firma, die Zulagen auch den Organisierten zu gewähren. Arbeitslos meldeten sich 231 Kollegen. Stellen gingen ein 281, von denen 209 besetzt werden konnten. Krank meldeten sich 258 Kollegen. Die Bibliothek wurde von 87 Kollegen benutzt, die insgesamt 219 Bücher entnommen haben. Eingänge waren 762 zu verzeichnen, denen 1112 Ausgänge gegenüberstehen. Eine Zentralbibliothek wird ins Leben treten. Die Verwaltung hat beschlossen, unseren Bücherbestand ebenfalls der neuen Zentralbibliothek einzuverleiben und den vom Kartell beschlossenen Beitrag von 10 Pf. pro Mitglied zu zahlen. Schriftliche Eingänge waren 762 zu verzeichnen, während die Ausgänge 1112 betragen. Die Mitgliederbewegung war wie folgt: Bestand am 1. 4. 1912: 5592 Mitglieder. Eingetreten, übergetreten und zugereist sind 609. Das ergibt zusammen 6201 Mitglieder. Davon sind ausgegetreten, übergetreten und verstorben 438, so daß ein Mitgliederbestand von 5763 verbleibt. Eine Eingabe an die Stgl. Polizeidirektion hatte ebenfalls Erfolg. Wir erhielten die Mitteilung, daß zunächst versuchsweise der § 50 der Verleumdungsordnung eine Aenderung dahin erfahren soll, daß Geschäftsführer, die ruhige Pferde haben, in den Straßen, in denen der Straßenhandel erlaubt ist, vor Schankwirtschaften bis zur Dauer von 20 Minuten halten können, um ihre Mahlzeiten oder eine Erfrischung einnehmen zu können. Den Kassenbericht erstattete Kollege Richter. Am 1. April war ein Kassenbestand von 40 398,70 Mark vorhanden. Für Aufnahmen gingen ein 481,50 Mark, an Beiträgen 42 763,20 M. Die Ausgaben der Lokalkasse betragen 11 936,48 M. An Unterstützungen wurden 9265 M. ausgezahlt und an die Hauptkasse 22 112,95 M. abgesandt. Der Kassenbestand betrug am 30. Juni 1912 40 647,67 M. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Zu Punkt 2 der Tagesordnung wurde der Kollege Ebert als Mitglied der Ortsverwaltung gewählt. Längere Debatten rief der Antrag der Ortsverwaltung hervor; an Stelle des vom Verbandstag beschlossenen Beitrages von 2 M. pro Mitglied, eine Sekretariatsmarke im Werte von 25 Pfennig einzuführen. Jedes Mitglied soll verpflichtet sein, pro Quartal eine solche Marke zu liefern. Der Bevollmächtigte begründet den Antrag eingehend und betont, daß es Pflicht jedes Mitgliedes sei, den Beschluß des Verbandstages zu erfüllen. Die Verwaltung sei bestrebt gewesen, den Mitgliedern die Erfüllung dieser Pflicht möglichst leicht zu machen, aber auch dafür Sorge zu tragen, daß die Ortskasse leistungsfähig bleibe. Nachdem mehrere Redner für oder gegen den Antrag gesprochen haben, wird derselbe mit großer Majorität angenommen.

Quitzburg. Am 23. Juli tagte die Generalversammlung vom zweiten Quartal. Aus den Geschäfts- und Kassenberichten ist zu entnehmen, daß es im verfloffenen Quartal vorwärts gegangen ist. Der Markenverkauf stieg um 1358 Stück und die Mitgliederzahl um circa 200. Lohnbewegungen hatten wir

drei zu verzeichnen, von denen eine ohne und zwei mit Arbeitseinstellung durchgeführt wurden. Durch die Lohnbewegungen sind für rund 280 Kollegen Lohnzulagen von 1,50 bis 4,00 M. wöchentlich erzielt worden. Teilweise ist eine Verkürzung der Arbeitszeit, Verzählung der Ueber-, Nachts- und Sonntagarbeit mit der Lohnerhöhung verbunden. Die Einnahmen schlossen mit 5740,43 M. und die Ausgaben mit 5546,48 M. ab, so daß ein Kassenbestand von 139,97 M. verbleibt. An Unterstützungen sind 8284,50 M. gezahlt worden. In der sich an die Berichte anschließenden Diskussion wurde von allen Rednern die Entwicklung freudig begrüßt. Zum Gewerkschaftshausfonds stimmte die Versammlung dem Beschluß der Gewerkschaftsvorstände, wonach jedes Mitglied bis zum 31. März 1913 einen einmaligen Beitrag von 5,00 M. zu zahlen hat, zu. Nach Erledigung einiger Verbandsangelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

Glaschorn. Mitgliederversammlung am 13. Juli. Die Abrechnung ergab: Bestand vom 1. Quartal: 152,70 M., Einnahmen 882,40 M. Nach Abzug der Ausgaben verbleibt ein Kassenbestand von 261,57 M. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Dann wurde der Kartellbericht entgegengenommen. Die Versammlungen werden in Zukunft am dritten Sonnabend im Monat abgehalten. Nach einer Ausmünsterung zu fernerer reger Agitation für den Verband trat Schluß der Versammlung ein.

Des deutschen Vaterlandes Dank.

Auf der Straße verhungert ist in Berlin der 70jährige Franz Wilhelm Druz, ein Veteran des Deutsch-Französischen Krieges. D. hatte den Feldzug 1870-71 mit Auszeichnung mitgemacht und auch an der Schlacht von Mars-la-Tour teilgenommen; er war Inhaber von vier Orden und Ehrenzeichen. Schon seit mehreren Jahren war der Greis kränzlich und konnte infolgedessen Arbeit nicht mehr verrichten. Er geriet in bittere Not und war zuletzt auch wohnungslos. Am Sonntag nachmittag passierte Druz den Platz an der Dörfelder Straße zwischen der Sächsischen und Württembergischen Straße in Wilmersdorf, als er plötzlich inmitten einer Schaar spielender Kinder besinnungslos zusammenbrach. Ein Arbeiter fing den Erkrankten in seinen Armen auf und leitete ihn heimlich, D. verstarb jedoch schon nach wenigen Augenblicken; ein hinzugerufener Arzt stellte fest, daß der Tod des alten Kriegers infolge Hungers und vollständiger Erschöpfung eingetreten war.

Wäre es ein Agrarier gewesen, er hätte nicht elend auf der Straße unkommen brauchen, für diese Sorte Staatsbürger wird gesorgt, die Verteidiger des Vaterlandes aber — ja, Wauer, das ist was Anderes!

Frankfurt a. M.

Am Montag, den 15. Juli fand unsere Generalversammlung statt, deren Besuch für eine Verwaltungsstelle wie Frankfurt a. M. mit über 1500 Mitgliedern sehr viel zu wünschen übrig läßt. Es fand am selben Abend ein Fackelzug der "Teutschen" Schützen statt. Auscheinend haben unsere Mitglieder mehr Zeit für die hurrapatriotischen Klimbim übrig, als für die Interessen des Verbandes, der doch die schärfste Lebensfrage der Kollegen haben soll. Aus dem Bericht des Geschäftsführers Bergens geht hervor, daß es an Arbeit im 2. Quartal nicht gefehlt, wohl aber sehr oft an der nötigen Mitarbeit seitens der Mitglieder. Es fanden im ganzen 92 Versammlungen und Sitzungen sowie 15 Verhandlungen mit Unternehmern statt. Die Erfolge, die auf Grund dieser regen Tätigkeit zu verzeichnen sind, können sich sehen lassen. Es wurden im 2. Quartal 253 männliche, 10 weibliche und 3 jugendliche Mitglieder neu aufgenommen, außerdem hatten wir 8 Uebertritte. Das Gros der Neuaufnahmen haben die Führer zu verzeichnen mit 142, alle anderen Gruppen haben nur geringe Zunahme. Unter den Führern wurde eine lebhaft Agitation betrieben, die schöne Früchte getragen; nur muß hierbei bemerkt werden, daß gerade in dieser Gruppe die Fluktuation außerordentlich stark und die Kollegen es sehr oft verzeihen, die neue Wohnung zu meiden, so daß mancher Kollege bei der Gelegenheit als Mitglied verloren geht. Wollen wir hoffen, daß die Führer in dieser Beziehung mehr ihrer Pflicht nachkommen. Bei den Handelshilfsarbeitern war im vergangenen Quartal trotz aller Anstrengung nicht sehr viel herauszuholen. Die Kollegen können das patriarchalische Arbeitsverhältnis immer noch nicht abwerfen, fühlen sich im Gegenteil ansehnend ganz wohl, sonst müßten sie schon längst eingesehen haben, daß so ihre Lage nicht gebessert werden kann und sie ebenfalls sich dem Verbände anschließen müssen. Bei den Chauffeuren haben wir ebenfalls einen Vorstoß unternommen, konnten aber zu keinem Resultat kommen, da es diese vorgezogen haben, einen Verein zu gründen mit den Unternehmern zusammen, anstatt sich ihrer Berufsorganisation anzuschließen. Hoffentlich kommen auch die Chauffeure noch zu sich. Die Zeitungsträgerinnen konnten sich immer noch nicht entschließen, sich dem Verbände anzuschließen, obwohl es notwendig wäre, da bei der "Vollstimme" der Tarifvertrag bis heute noch nicht durchgeführt werden konnte. Auch hier wäre es notwendig, daß es bald anders werde; ganz besonders sind es die Trägerinnen von Bodenheim, die sich weigern, Mitglieder der Organisation zu werden. Von den anderen Sektionen eribrigt es sich, noch an dieser Stelle einzugehen, da bereits im "Courier" über deren Tätigkeit zum Teil berichtet wurde. Der schriftliche Verlehr der Verwaltungsstelle ist folgender: Es gingen an Briefen, Drucksachen und Postkarten 300 Stück

ein. An Ausgängen sind 577 Stück zu verzeichnen. Schriftstücke wurden 6 angefertigt, die sich zum Teil auf Einspruch von Strafverfügungen bezogen haben. Der Arbeitsnachweis ist im vergangenen Quartal ebenfalls besser geworden. Es wurden gemeldet für fest 50, zur Aushilfe 111 Stellen. Besetzt wurden für fest 25, zur Aushilfe 107 Stellen. Auch in dieser Beziehung muß mehr geleistet werden, wenn die Kollegen jede Stelle, die frei wird, sofort dem Büro melden. Es dürfte dadurch mancher arbeitslose Kollege eher untergebracht und dem Verband eine große Summe an Unterstützung gespart werden.

Lohnbewegungen wurden 2 geführt mit 25 Beteiligten, welche zugunsten der Infragekommenen erledigt wurden. Außerdem waren 6 Kollegen bei dem Streit bei Kleyer, sowie 3 Kollegen bei der Metallarbeitersperre und einer bei dem Ausstand der Pfaffenberger beteiligt. Bei den Frankfurter Heiligungsunternehmern wurde der Versuch, einen einheitlichen Tarif für sämtliche Firmen zustande zu bringen, unternommen. Die Zustände, die die Unternehmer machen, waren unseren Kollegen zu gering und war es eben nicht möglich, etwas für die Kollegen Glasreiner herauszuholen, da die Unternehmer für eine weitere Verhandlung nicht zu haben waren, trotzdem wir schon eine Verhandlung unter dem Gewerbegerichtsvorsitzenden Dr. Hiller hatten. Nach Herrn Dr. Hiller war es nicht mehr möglich, die Unternehmer zu einer nachträglichen Verhandlung zusammenzubringen. Hoffentlich ziehen die Kollegen Glasreiner die Lehre daraus und organisieren sich besser.

Zum Kassenbericht, den der Kollege Neuf gab, ist zu bemerken, daß mit dem Wachsen der Mitgliedschaft auch der Verlauf der Marken gestiegen und der Kassenbestand, trotzdem der Gehalt für den zweiten Anhangstellen zu bestreiten ist. Die Einnahmen im 2. Quartal betragen 11 319,03 M., die Ausgaben 9231,73 M., so daß ein Kassenbestand von 2087,30 Mark am Schluß des Quartals vorhanden ist. Die Erhöhung des Kassenbestandes beträgt gegenüber dem vorigen Quartal 431,85 M. Zu dem Verlauf der Beitragsmarken, die eine wesentliche Steigerung aufweist gegenüber dem 1. Quartal, müssen es sich die Kollegen mehr wie bisher zur Pflicht machen, dem Verband regelrecht die Wochenbeiträge zu entrichten, damit sie bei Inanspruchnahme von Unterstützungen nicht zurückgewiesen werden müssen. In einzelnen Stadtteilen ist die Kasse der Beiträge gut, in manchen jedoch mangelhaft, doch dürfte dieses nicht immer allein an den Unterkassierern liegen, denn gewöhnlich heißt es, der Kassierer ist schuld, er war so lange nicht bei mir. Mein Kollege, nicht der Kassierer, sondern Ihr seid die Schuldigen! Ihr habt derartige sofort dem Büro zu melden und dürft vor allen Dingen den Wohnungswechsel nicht dabei vergessen. Also auch im Kassieren der Beiträge muß jedes Mitglied seine Pflicht erfüllen, um Ordnung ins Kassierenwesen zu bringen. Wir lassen nun den Kassenbericht und die Mitgliederbewegung folgen, damit sich auch diejenigen informieren können, die keine Zeit hatten, die Versammlung zu besuchen.

Table with financial data: Einnahmen (1655,45 M.), Ausgaben (9231,73 M.), Kassenbestand (2087,30 M.), and various contribution and expense items.

Mitgliederbewegung.

	männl.	weibl.	gabt.
Ende des 1. Quartals	1292	124	15
Aufgenommen im 2. Quartal	253	10	3
Uebergeir. aus and. Verbänden	8	—	—
Zugewirft	12	—	—
Zu Laufe des Quartals sind ausgeschieden	141	13	—
Abgereist u. and. Verwaltungsst.	38	—	1
Mitgliederbestand am Schluß des 2. Quartals	1386	121	17

Zusgesamt: 1524 Mitglieder.
Die Beitragsziffer ist: 10,67.

Aus dem obigen Bericht geht zur Genüge hervor, daß die Verwaltungsstelle sich im abgelaufenen Quartal günstig entwickelt und die Ortsverwaltung ihre volle Pflicht und Schuldigkeit getan, was auch in der Diskussion anerkannt wurde. Nur ein Kollege hielt es für notwendig, zu bemängeln, es sei für die Handelshilfsarbeiter nicht genügend Agitation betrieben worden. Der Kollege möge diesen Wunsch der Sekretionsleitung überbringen. Der Kollege Niems stellte im Namen der Revisoren den Antrag, dem Kassierer Entlastung zu erteilen, was einstimmig angenommen wurde. Den Kartellbericht gab der Kollege D., aus welchem hervorgeht, daß im Kartell Fragen, die für unsere Organisation von Bedeutung sind, nicht behandelt wurden. Den Delegierten wurde der Auftrag, dafür zu sorgen, daß der ominöse Vertrag, der im Gewerkschaftshaus besteht, so rasch wie möglich beseitigt wird. Zum Schluß wird unter „Geschäftliches“ die geplante Dampferfahrt angeschnitten, welche mangels schlechter Beteiligung nicht stattfinden kann. Der Antrag des Kollegen Reuß, an Stelle der ausgefallenen Dampferfahrt ein Sommerfest im Zoologischen Garten zu veranstalten, wurde abgelehnt. Dann schloß der Vorsitzende mit der Aufforderung an die Anwesenden, für die Zukunft mehr wie bisher für die Ausbreitung der Organisation zu arbeiten, die Versammlung. Er spricht den Wunsch aus, daß jede Section ihre Schuldigkeit tue, damit wir am Jahresschluß 2000 Mitglieder in Frankfurt a. M. zuverien können.

Frankenthal. Am Sonntag, den 7. Juli, tagte unsere Mitgliederversammlung. Kollege Schwarzmann hielt den Bericht vom Verbandstag. Hervorzuheben sei, daß jedes Mitglied nach erneuertem Beschluß binnen zwei Jahren zum Bau des Verbandshauses in Berlin 2 Mk beizutragen habe. Ferner betonte Medner, daß die Stettiner Kollegen es verstanden, Jehntausende von Mark aus der Hauptkasse herauszuholen, dabei aber noch nicht einmal eine Bauiondsmarke gestellt haben. Zum Schluß forderte Medner die Anwesenden auf, sich das Jahrbuch anzuschaffen, welches von großer Wichtigkeit und um einen geringen Preis von der Buchhandlung zu haben ist. In der Diskussion gab Kollege Wüller bekannt, daß Mitglieder vorhanden sind, welche schon mit 3 Mk. für den Bauiond belastet sind. Es seien aber auch noch welche, die ihren Pflichten noch nicht nachgekommen sind. Dann wurde daher einstimmig beschlossen, die betreffenden Mitglieder aufzufordern, das Verfallene nachzuholen, andernfalls die Beiträge bei den Unterstützungszahlungen in Abzug gebracht werden. Hierauf Schluß der Versammlung.

Gelsenkirchen. Am Sonntag den 21. Juli fand unsere Quartal-Versammlung statt, die mäßig besucht war. Den Quartalsbericht gab Kollege W., indem er die geschäftliche Tätigkeit in kurzem streifte. Es waren Eingänge zu verzeichnen: Briefe und Karten 34, Druckfachen 8, Pakete 21, Depeschen 1, Gefösendungen 2, Telephongespräche 1. Ausgänge: Briefe und Karten 63, Druckfachen 236, Pakete 2, Depeschen 1, Gefösendungen 1, Telephongespräche 5. Versammlungen fanden 3 statt. Vorstandssitzungen und sonstige Sitzungen fanden sechs statt. Es wurden vierzig Neuaufnahmen gemacht und ist somit auch im zweiten Quartal ein Fortschritt zu verzeichnen, der aber bedeutend größer sein könnte, wenn sich die Mehrheit unserer Kollegen etwas lebhafter an der Agitation und Aufklärung der indifferenten Kollegen beteiligen würde. Hoffen wir, daß die Kollegen im dritten Quartal etwas lebhafter werden. — Den Kassenbericht gab Kollege Streuch. Die gesamte Einnahme betrug 768,62 M.: Kassenbestand 91,12 M., Eintrittsgelder 1,00 M. = 40,00 M., Eintrittsgelder a 0,50 M. = 0,50 M., Wochenbeiträge a 0,50 = 630,00 M., Wochenbeiträge a 0,25 M. = 15,50 M., Bauiondsbeiträge a 0,50 M. = 3,50 M., Summa 780,62 M. Die Ausgaben betragen: für die Lokalkasse 133,34 M., Hauptkasse —, Arbeitslosen-Unterstützung 21,00 M., Krankengeld 135,00 M., Streikunterstützung 13,00 M., Summa 302,34 M. An die Hauptkasse wurde in bar abgeführt 277,28 M. Der Lokalkassenbestand beträgt 132,93 M. Die Abrechnung wurde von den Revisoren geprüft und Besche wie Verbände in bester Ordnung befunden. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Kollege Streuch ermahnte die Kollegen zum pünktlichen Beitragszahlen. Den Kartellbericht gab Kollege Hellwich. Im Punkt Verschideneß wurde das Verhalten des früheren Kollegen Walter Schütz (Fensterputzer) ins rechte Licht gerückt. Kollege W. machte dann noch auf den am 4. August stattfindenden Ausflug aufmerksam und forderte zur zahlreichen Beteiligung auf, hierauf erfolgte Schluß der schön verlaufenen Versammlung.

Salle a. S. Vor einer gut besuchten Versammlung hielt Genosse Osterburg einen Vortrag über das preussische Gemeindefeßen. Die große Aufmerksamkeit der Kollegen zeigte so recht, daß sie die Ausführungen des Referenten voll und ganz verstanden hatten. — Kollege Schlimme gab hierauf den Geschäfts- und Kassenbericht vom 2. Quartal. Aus dem hervorzuheben ist, daß die Mitgliederzahl im Wachsen begriffen ist. Eintritte und Uebertritte sind 237 zu ver-

zeichnen, ausgetreten, übergetreten und verstorben sind 135 Mitglieder. Der gesamte Mitgliederbestand am Schluß des Quartals beträgt 1680 männliche, 117 weibliche und 125 jugendliche. Die geschäftliche und agitatorische Tätigkeit war eine sehr rege, so wurden 125 Versammlungen und Sitzungen abgehalten. An schriftlichen Eingängen sind zu verzeichnen 402, an Ausgängen 472. Lohnbewegungen wurden bei 62 Firmen mit 646 Beteiligten geführt. In 7 Betrieben mit 137 Beteiligten kam es zur Arbeitseinstellung. Für 94 Mitglieder wurden in 13 Betrieben Tarifverträge abgeschlossen und für weitere 105 Beteiligte schon bestehende erneuert.

Die Arbeitsvermittlung gestaltete sich wie folgt: Arbeitslos meldeten sich 104 Kollegen. Stellen wurden 74 gemeldet, besetzt wurden 58. — Der Kassenbericht lag gedruckt vor. Einnahmen und Ausgaben balanzieren mit 21 579,67 M. In Unterstützungen sind gezahlt insgesamt 8728,75 M., davon an Streikunterstützung 5420,55 M. Der Kassenbestand beträgt 9049,90 M. Den Kartellbericht erstattete Kollege Gummert. — Auf die Wasserfahrt am 10. August mit Musik, Gesang, und italienischer Nacht mit anschließendem Ball im Volkspark wird nochmals besonders hingewiesen. Die Teilnehmerkarten sind schon jetzt von den Kassierern zu entnehmen. — Besondere Aufmerksamkeit verdient das jetzt zur Verteilung an alle Mitglieder gelangende Mitteilungsblatt. — Im laufenden Quartal steht die allgemeine Geschäftsführerbewegung bevor, deshalb muß versucht werden, auch den letzten Kollegen für die Organisation zu gewinnen. Ferner ist mit dem Verlag des Volksblattes für die Austrägerinnen ein Vertrag abgeschlossen worden. Ein Teil der Austrägerinnen hält es nicht für nötig, sich unserem Verbands als Mitglieder anzuschließen. Wir weisen darauf hin, daß alle Mitglieder im Besitze einer Kontrollkarte sind, die allmonatlich abgefordert sein muß. Es wird weiter darauf verwiesen, daß die gegenseitige Kontrolle schärfer als bisher gehandhabt werden muß. — Einige Kohlenarbeiter, die anfänglich des vorjährigen Kohlenarbeiterstreiks ausgeschlossen wurden, haben um Wiederaufnahme in den Verband nachgesucht. Die Versammlung beschloß demgemäß. — Mit dem Hinweis, in diesem Quartal nicht in der Agitation zu erlahmen und alles daran zu setzen, den letzten Verursachungsmitgliedern seiner Organisation zuzuführen, erfolgte Schluß der Versammlung.

Samburg III. Generalversammlung am 3. Juli. Seitens der zum Verbandstag nach Breslau delegierten Kollegen Michaelßen und Dahrendorf erfolgte die Berichterstattung, wobei besonders die für uns in Betracht kommenden Beschlüsse Erwähnung fanden. Da ist vor allem die obligatorische Einführung der Bauiondsmarken zu nennen, die im Betrage von 50 Pfg. resp. 25 Pfg. für Jugendliche pro Quartal zu entnehmen sind bis zur Gesamthöhe von 2 M. für Erwachsene und 1 M. für Jugendliche. Ebenfalls haben Neuzutretende diese Marken zu lösen. Ferner kommt die Erhöhung der Stanzzeit nach erfolgter Aussteuerung auf sechzig Wochen zur Durchführung. Die Berichterstattung streifte noch die weiteren Beschlüsse, die für unsere Mitgliedschaft weniger Bedeutung haben, und würdigte den Verbandstag im allgemeinen und die von der Breslauer Kollegenschaft getroffenen Veranstaltungen einer eingehenden lobenden Erwähnung. In der Diskussion sprachen Seemann, Blum, Schmidt, Pieper. Von den beiden ersten Diskussionsrednern wird der Beschluß bezüglich der Bauiondsmarken gerügt; unsere Delegierten hätten schon in Rücksicht auf unsere früheren Vereinsmitglieber und der diese schützenden Uebertrittsbestimmungen den Beschluß verhindern müssen. Diese Bedenken werden dahin beantwortet und zurückgewiesen, daß besonders die früheren Vereinsmitglieber mit dem niedrigen Betrag von 40 Pfg. in der Lage sind, dieser Pflicht nachzukommen, und schließlich sollen diese Marken auch nur innerhalb zweier Jahre vor dem nächsten Verbandstage voll entnommen sein. Eine allgemeine Zustimmung der in Frage kommenden Mitglieder wird nötigenfalls in einer Extraversammlung, derselben wohl zu erreichen sein. Bezüglich der beschlossenen Gehaltserhöhung der Beamten usw. zerstreuen Dahrendorf und Schmidt die erhobenen Bedenken. Man muß durch hinreichende Bezahlung der Beamten diese von kleinsten Sorgen freihalten; die Erhöhung ist zeitgemäß und nicht übertrieben. Der eingetretene Feuerung, die wir in allen Forderungen den Arbeitgebern gegenüber geltend machen, ist auch unseren Beamten gegenüber Rechnung getragen worden. Zum Schluß gibt Michaelßen noch einen kurzen Rückblick auf die enormen Erfolge des Verbandes und seine Leistungen während der letzten beiden Jahre. Jedes Mitglied hat nun das feintige zur weiteren Vorwärtsbewegung des Verbandes zu tun. Hierauf erstattete Loch den Bericht von der letzten Kartellsitzung. Die Versammlung stimmte der Erhöhung der Kartellbeiträge um 6 Pfg. pro Jahr und Mitglied ohne Debatte zu. Den Bericht vom Arbeitsnachweis erstattete Kollau: Es meldeten sich arbeitslos 420 Kollegen. Stellen wurden gemeldet 378 für fest, davon besetzt 299 zu Löhnen von 18 bis 30 M. pro Woche. Außerdem wurden 601 Aus- hilfsstellen besetzt. Hierzu wird bemerkt, daß unter Berücksichtigung der Zeitverhältnisse der Aushilfslohn pro Stunde unsererseits auf 75 Pfg. — mit Parre 90 Pfg., — erhöht ist. Schwierigkeiten hierbei haben sich nicht weiter ergeben. 62 Kollegen erhielten für 578 arbeitslose Tage aus der Hauptkasse 573,10 M. Unterstützung. Am Schluß des Quartals waren noch 39 arbeitslose Kollegen eingetragenen. Dem von Kollau erstatteten Kassenbericht für das zweite Quartal ist zu entnehmen: Kassenbestand am Schluß des vorigen Quartals 30 007,58 M., Einnahme 10 266,40 M., Ausgabe 9059,63 M., Kassenbestand 31 214,35 M., also mehr 1206,77 M. Die in der Ausgabe enthaltene Währungsan die Hauptkasse be-

trägt 5170,15 M. Der Mitgliederbestand ist auf 1902 angewachsen. Das günstige Resultat dieses Quartals ist besonders auf die recht niedrige Unterstützungsziffer für Kranke zurückzuführen, die nur 1005,70 M. beträgt. Dem Kassierer wurde einstimmig Decharge erteilt. Damit schloß die Versammlung.

Fauer. In der Mitgliederversammlung am 21. Juli wurde der Bericht vom Verbandstag gegeben. Eine zustimmende Resolution fand einstimmige Annahme. Beschlossen wurde, die Bauiondsmarken in Raten zu zahlen, und zwar 20 Marken a 10 Pfg. Dann gab der Kassierer den Kassenbericht. Die Gesamtsumme betrug 481,86 M. Die Ausgabe 332,44 M., bleibt ein Kassenbestand von 149,42 M. Mitglieder sind 70 männliche, 2 weibliche vorhanden. Darauf wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Dann gab der Delegierte den Kartellbericht. Beschlossen wurde, zum Gewerkschaftsfest, welches am 4. August in Boischwitz stattfindet, einen Festwagen zu stellen. Dazu wurde eine Kommission gewählt, welche die Dekoration des Wagens übernimmt. Die Kollegen werden nochmals ersucht, sich alle zu beteiligen, da es gilt, die bürgerlichen Veranstaltungen, die so häufig in Fauer stattfinden, weit in den Hintergrund zu stellen. Dann wurde die Versammlung mit dem Appell geschlossen, immer so zahlreich zu erscheinen.

Kiel. Die hiesige Verwaltungsstelle hielt am 17. Juli ihre Generalversammlung ab. Dem vom Vorsitzenden erstatteten Geschäftsbericht vom 2. Quartal 1912 entnehmen wir folgendes: Außer anderen Schriftsätzen wurden fünf Eingaben an Behörden angefertigt, darunter zwei an den Kieler Polizeipräsidenten. Bei der einen dieser Eingaben handelte es sich um die Bestrafung von Kutschern, die ihre Kohlenwagen leer auf der Straße hinstellen lassen, bei der anderen um das Nachsuchen der Droschkentischer, um die Erlaubnis zum Tragen von Strohhüten während der heißen Jahreszeit. Bei der darauf erfolgten Unterredung des Polizeipräsidenten mit dem Vorsitzenden der hiesigen Zahlstelle bezogte der Präsident einiges Entgegenkommen bei der ersten Angelegenheit. Bezüglich der zweiten vertrat er dagegen den irigen Standpunkt, daß er ohne die Zustimmung der Droschkentischer in dieser Beziehung nichts zu unternehmen vermöge. — Die Agitation wurde auch im zweiten Quartal lebhaft betrieben. Während der Zeit fanden 48 Versammlungen und 75 Besprechungen statt. Zahlreiche Differenzen wurden durch die gringe Tarifreue der Unternehmer herbeigeführt. Die Streitigkeiten fanden teils durch Schiedsprüche ihre Erledigung. Die Lohnbewegung der Kieler Droschkentischer wurde durch den Abschluß eines Tarifvertrages zufriedenstellend beigelegt. Die Ortsverwaltung erledigte in neun Sitzungen 136 Angelegenheiten, darunter 20 Anträge auf Gewährung von Notfallunterstützung, von denen 16 stattgegeben wurde. Rechtschutz wurde sechs Mitgliedern gewährt, darunter in zwei Fällen, die für die Kieler Kieler von großer Bedeutung sind. Im ersten Fall handelt es sich um einen Kutscher, der einen Strafbefehl über 5 Mark erhalten hatte, weil das Firmenschild an der Seite des Wagens beim Abladen verdeckt worden war. Der Heitendorfer Wundarzt glaubte, es genüge nicht, wenn der Name der Firma, der das Fuhrwerk gehört, hinten am Wagen zu lesen ist. Das Schöffengericht stellte sich auf den Standpunkt, daß nicht jede kurze Verdeckung des Firmenschildes zu bestrafen sei; um so mehr, wenn, wie in diesem Fall, der Name der Firma hinten am Wagen stand. Im zweiten Falle hatte der Kutscher Th. einen Strafbefehl über 3 M. erhalten, weil er einen Kohlenwagen leer hatte auf der Straße stehen lassen. Im schriftlichen Urteil des Schöffengerichts heißt es: „Nach § 17 der Straßenpolizeiverordnung ist es strikt und ohne Ausnahme verboten, einen unbespannten Wagen nach der Entladung auf der Straße stehen zu lassen. Das hätte der Angeklagte, der als Führer des Wagens angesehen werden muß, verhindern können, indem er mit den Pferden dahließ. Zugabegeben wird allerdings, daß die strenge Durchführung der obigen Bestimmung für die Geschäftslente schwere Unzulänglichkeiten im Gefolge haben kann und im vorliegenden Falle auch tatsächlich gehabt haben würde. Es bedarf keiner Ausführung, daß bei genauer Befolgung der Gesetzesvorschriften ein erheblicher Teil der Zeit und Arbeitskraft den Kutscher unnötig vergeudet würde. Deshalb hat sich auch wie dem Gericht übrigens bekannt, in viel allgemeiner die von dem Angeklagten befolgte Praxis herausgebildet. Da diese aber, so lange eine polizeiliche Erlaubnis hierzu nicht erteilt ist, jener Gesetzesbestimmung widerspricht, so war der Angeklagte wie gesehen zu verurteilen.“ — Befolgt also der Kutscher die Vorschriften, so schädigt er seinen Unternehmer und wird entlassen. Befolgt er sie nicht, so wird er bestraft von Polizei wegen. Was soll er nun eigentlich machen? Hoffentlich hält der Polizeipräsident sein dem Bevollmächtigten gegebenes Wort und legt bei der Verhängung von Geldstrafen Wert darauf, ob der Wagen ein Verkehrsmittel bildet oder nicht. — Die Mitgliederzahl stieg auf 3450. Aus dem Kassenbericht sei hervorzuheben, daß verausgabt wurden: für Arbeitslosenunterstützung 6315,85 M., Krankenunterstützung 4011,55 M., Besoldigungsbeihilfe 485 M., Notfallunterstützung 130 M., Rechtschutz 120,29 M., Streikunterstützung 645,96 M., Gemäßregelunterstützung 69,50 M., Reiseunterstützung 64 M. Die Kassenverhältnisse können als sehr günstig bezeichnet werden. — Nach kurzer Diskussion wurde dem Kassierer und dem Vorstand Entlastung erteilt. Zum Schluß wurde noch auf die am 11. August stattfindende Fahrt nach Flensburg hingewiesen und ein Zuschuß für die Veranstaltung bewilligt.

Abfr. Am Dienstag, den 16. Juli fand unsere Generalversammlung statt, welche leider einen recht

schlechten Besuch aufwies, wozu die augenblicklich herrschende tropische Hitze auch nicht wenig beigetragen haben mag. Nach der Durchsicht des Protokolls gab Störzege selbst den Stassenbericht. Derselbe gestaltete sich folgendermaßen:

Einnahmen: Bestand vom vorigen Quartal 1 757,70 Mt. 414 Beitrittsgebühren a 1 Mt. 414,- " 1 " a 50 Pf. (jügl.) 17,50 " 35 " a 50 Pf. (wbl.) 17,50 " 18625 Wochenbeiträge a 50 Pf. 9 312,50 " 1670 " a 25 Pf. (wbl.) 417,50 " 759 " a 40 Pf. 303,60 " 18625 Brtl. Zuschußbeiträge a 10 Pf. 1 862,50 " 759 " a 10 Pf. 75,90 " 717 Beitr. zum Baufonds a 10 Pf. 71,70 " 314 " a 25 Pf. 78,50 " Sonstige Einnahmen 112,37 " Zusammen 14 424,77 Mt.

Ausgaben: Für örtliche Zuschuhunterstützung an Kranke (11 Fälle) 11,- Mt. Für örtl. Beerdigungsbeihilfe (3 Fälle) 19,- " " Streifenunterstützung (3 Fälle) 428,60 " " Rechtschulosten (2 Fälle) 2,- " " Heifenunterstützung (31 Fälle) 81,50 " Verwaltungsausgaben: a) persönliche (Gehalt, Entschädig., Prozente usw.) 2 297,88 " b) sächliche (Materialien, Miete, Telefon usw.) 216,95 " Für Versammlungen, Annoncen, Referate, Druckfachen usw. 517,30 " Für Bibliotheksbücher und Zeitschriften 32,33 " " Kartell- und Sekretariatsbeiträge 777,50 " " Porto, Telegramme usw. 89,89 " Sonstige Ausgaben 6,85 " An die Hauptkasse abgeführt 8 095,99 " Stassenbestand am Schlusse des Quartals 1 847,98 " Zusammen 14 424,77 Mt.

An die Hauptkasse abzuführen: 50 pSt. der Beitrittsgebühren a 1 Mt. 207,- Mt. 100 " " a 50 Pf. 18,- " 75 " " Wochenbeiträge a 50 Pf. 6 934,37 " 75 " " a 40 Pf. 227,70 " 75 " " a 25 Pf. 313,12 " Beitrag zu den Baukosten für Mitglieder 196,20 " Ablieferung zum Baufonds 149,60 " Von der Hauptkasse erhalten 1 000,- " 9 095,99 Mt.

Die Hauptkasse erhielt: In bar direkt 55,69 Mt. In Quittungen: Für Erwerbslosenunterstützung 423,75 " Krankenunterstützung 1 953,10 " Streifenunterstützung 6 107,25 " Gemäßigtenunterstützung 51,- " Extranunterstützung 20,- " Beerdigungsbeihilfe 250,- " Rechtschulosten 140,60 " sonstige Ausgaben 84,60 " 9 095,99 Mt.

Außerdem in bar an die Buchhandlung Mitgliederbewegung. Bestand am Ende des vorigen Quartals 1667 männl. 141 weibl. 4 jugdl. Im Laufe des Quartals sind aufgenommen 414 35 1 Im Laufe des Quartals aus and. Verbänden übergetreten 21 - - Im Laufe des Quartals aus and. Verwaltungsst. zugereist 9 - - Zusammen 2111 176 5 Im Laufe des Quartals sind ausgeschieden 266 27 1 Im Laufe des Quartals nach and. Verwaltungsst. abgereist 36 - - Bleibt ein Mitgliederbestand von 1809 149 4 Gesamt-Mitgliederbestand: 1962.

Erklärer führte Kollege Held an, daß der Markenunfall sich gegen das Vorquartal um 1696 gehoben habe, aber trotzdem lasse er im Vergleich zur Mitgliederzahl als auch im Hinblick auf die große Anzahl der Neuaufnahmen zu wünschen übrig. Zimmerlin hätten wir abermals einen ansehnlichen Fortschritt gemacht, indem, wie schon angeführt, die Mitgliederzahl 1962 erreicht hat. Es sei Pflicht aller Mitglieder, nichts zu unterlassen, was zur Hebung unseres Markenumsatzes sowie der Stassenverhältnisse im allgemeinen beitrage. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer Entlastung erteilt.

Hierauf nahm Kollege Niel das Wort zum Bericht über den Verbandstag in Breslau, nachdem zuvor ein Antrag, infolge der reichhaltigen Tagesordnung den Geschäftsbericht vom 2. Quartal abzusehen, angenommen worden war. Einleitend wies er darauf hin, daß unsere Verbandstage den großen Kriegskrat darstellen, der abgehalten werde, um neue Waffen für die Zukunft zur Bekämpfung des Kapitalismus zu schmieden. Daß man uns seitens der bürgerlichen Gesellschaft nicht mit offenen Armen empfangen, beweise der Umstand, daß man uns in Breslau versucht habe, das Tagungslokal abzutreiben. Neben Halle habe auch Breslau den traurigen Ruhm, als Stätte der erbärmlichsten Bekämpfung der Klassenbewußten Arbeiter-schaft zu gelten. Der Redner gab hierauf einen Überblick über die Entwicklung unseres Verbandes, der die bürgerliche Gesellschaft mit recht gemischten Gefühlen gegenüberstehe. Daß wir auf dem rechten Wege sind, beweise der Vorentwurf zum neuen Strafgesetzbuch,

in welcher die Stoffkraft des Transportarbeiterverbandes in bester Weise zum Ausdruck komme. — Schon hätten wir die Zahl von 200 000 Mitkämpfern längst überschritten und würden wohl alle von dem Wunsche befreit sein, bis zum nächsten Verbandstage, welcher in sechs Monaten, 300 000 Kämpfer unter unserer Fahne zu sammeln. In der großen Zahl der abgehaltenen Versammlungen zeigte sich ein frisch pulserendes Leben. Leider zeige sich ein nach nicht zu beklagender Mißstand, daß von den neuvernommenen Mitgliedern durchgängig die Hälfte wieder verloren gehe. Es müsse alles aufgegeben werden, die Funktionen möglichst einzudämmen. Da nach der Gewerbezahlung 1 100 000 Verbandsangehörige in Frage kämen, hätten wir also noch gar keine Ursache, auf weiteren Vorbeeren auszurufen. Verschiedene Konferenzen seien auch bereits in Aussicht genommen. An Kosten für Lohnbewegungen habe der Verband in den letzten zwei Jahren die Summe von 1 52 000 Mt. verausgabt. Nach dem Bericht des Kassierers habe sich der Stassenbestand auf 1 24 246,90 Mt. gehoben, jedoch müßten wir unbedingt auf die weitere Stärkung unserer Kriegskasse bedacht sein. Eine Beitragserhöhung habe der Verbandstag abgelehnt und statt dessen eine längere Strengezeit zum Bezuge der Unterstützungen angenommen.

Die Referate der Kollegen Müller und Schumann über: „Die sozialpolitischen Aufgaben des Verbandes“ bezw. „Das Koalitionsrecht der Transport- und Verkehrsarbeiter im Vorentwurf zum neuen Strafgesetzbuch“ würden in Broschürenform erscheinen, um dieselben möglichst allen Mitgliedern zugänglich zu machen. Redner referierte seine 14 stündigen Ausführungen dahin, daß der Verbandstag auf alle Fälle die Arbeit geleistet habe, die notwendig sei, um der Verleumdung den Platz an der Sonne erkämpfen zu können, der ihr auf Grund ihrer Naturalrechte zukäme. Hierauf wurde eine siebenköpfige Kommission für das diesjährige Stiftungsfest gewählt. Nachdem noch einige geschäftliche Angelegenheiten ihre Erledigung gefunden hatten, wurde die Versammlung geschlossen.

Königsberg i. Pr. Am Sonntag, den 14. Juli fand unsere Generalversammlung statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte man das Andenken der verstorbenen Mitglieder H. Kleinfeld, A. Dietrich, M. Spigies, C. Hofmeister, E. Sekund durch Erheben von den Plätzen. Aus dem vom Kollegen Werner gegebenen Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß unser Mitgliederbestand sich von 2 358 auf 2 721 erhöht, mithin um 363 Mitglieder zugenommen hat. Neuaufgenommen wurden 597; 16 traten aus anderen Verbänden zu uns über, während 4 Mitglieder zurücktraten. An Abgängen waren 254 zu verzeichnen, von denen 91 zum Bauarbeiterverband übertraten, 26 nach anderen Verwaltungsstellen abtraten, 24 wegen Streikbruch ausgeschieden und 5 verstorben sind. Der Rest mußte wegen räumlicher Mängel gestrichen werden. Die Konjunktur war fast in allen Berufen eine gute, und für die Agitation günstig. Die Hafenarbeiter hatten noch stark unter den Nachwehen des englischen Bergarbeiterstreiks zu leiden.

An Versammlungen wurden im vorigen Quartal 126 abgehalten, sowie 65 Vespredungen. Zur Belebung der Agitation und zur Aufklärung über die Ursachen des Straßenbahnstreiks wurden mehr als eine Viertelmillion Flugblätter und Zirkulare verteilt. Die Tätigkeit der Ortsverwaltung wurde ebenfalls recht oft in Anspruch genommen, da die vielen Lohnbewegungen eine eingehende Vespredung notwendig machten. An Posteingängen waren 661 Einträge und an Ausgängen 1658 Sendungen zu verzeichnen. An den Lohnbewegungen waren die Straßenbahner, die Holzplatanarbeiter, die Expeditionsarbeiter, Taxameterführer und Autoführer beteiligt. An den Bewegungen waren 1043 Kollegen beteiligt, welche sich eine Lohnserhöhung von zusammen 22 270 Mt. pro Woche oder 117 660 Mt. pro Jahr erkämpften. Das macht auf den einzelnen Beteiligten 2,20 Mt. pro Woche. Diese Bewegungen konnten Lohnaufbesserungen im Wege friedlicher Verhandlung erzielt werden, während 607 Kollegen erst mittels Arbeitsseinstellung ihre Forderungen durchsetzen konnten. Die Streiks verursachten eine Ausgabe von 22 959,13 Mt. Andere Verufe, wie die Feuerpumper, Pflanz- und Müllarbeiter, wie die Getreidebäcker des Raibahnhofs, bereiteten für das kommende Quartal eine Lohnbewegung vor. Kollege Werner schloß seinen Bericht mit dem Wunsch, daß die Entwicklung unserer Mitgliedschaft so anhalten und unser Wunsch, die 3000 Mitglieder zu erreichen, möglichst bald in Erfüllung gehen möge.

Der Stassenbericht, welcher vom Kollegen Genaud gegeben wurde, zeigt der gesteigerten Mitgliederzahl entsprechend, ebenfalls eine gesunde Entwicklung. Die Einnahmen betragen einschließlich eines Vorschusses von der Hauptkasse 37 443,48 Mt., wovon 30 565,35 Mt. in bar und Belegen der Hauptkasse zugeführt wurden. Beilagen wurden 30 607 umgesetzt. An Unterstützung für Kranke wurden 3086,40 Mt. und für Arbeitslose 1606,05 Mt. ausbezahlt. Für Rechtschulosten, Beerdigungsbeihilfe wurde noch die Summe von 568,60 Pf. verausgabt. Dem Kassierer wurde einstimmig Decharge erteilt.

Der Parteibericht wurde vom Kollegen Genaud gegeben, welcher eingehend über die Jugendbewegung und die Presse berichtete. Er erwähnte die Anwesenheit, die Beschlüsse des Kartells in dieser Beziehung zu befolgen. Die alsdann vorgenommene Wahl des Festauschusses ergab die Wahl der Kollegen A. Deth, H. Deborath, C. Rosenbaum, H. Genaud und Hühnerlein. — Unter Verbandsangelegenheiten wurde der Ausschluß von 24 Mitgliedern beschlossen, welche beim verfallenen Straßenbahnstreik Streikbruch verübt haben. Nach einem Schlußwort schloß alsdann die gut besuchte Versammlung.

Langensalza. Unter schwierigen Verhältnissen gelang es uns, am 16. Juni 1911 die hiesige Zahlstelle mit 14 Mann zu gründen. Durch tüchtige unermüdete Agitation der Mitglieder zählen wir heute nahezu 50 Angehörige, und wenn jedes Mitglied fleißig agitiert, so muß unsere Zahlstelle im nächsten Geschäftsjahr um das Doppelte gewachsen sein. Im 2. Quartal 1912 wurden 3 Mitgliederbesammlungen abgehalten, welche nur mittelmäßig besucht waren. Es denken noch viele Kollegen, wenn sie ihren Wochenbeitrag zahlen, so haben sie ihrer Pflicht genügt; dies ist jedoch nicht der Fall; ein tüchtiges Mitglied muß jede Versammlung besuchen, damit es auch in jeder Sache gewerkschaftlich unterrichtet wird und es seine Interessen vertreten kann. Am Sonntagabend den 13. Juli wurde die Monatsversammlung abgehalten. Für den Kassierer D. Käse, welcher leider erkrankt ist, wurde Kollege M. Meyer gewählt. Aufgenommen wurden im letzten Quartal 7 Mitglieder. Diskutiert wurde über Kollegen B. Wiltner, welcher im Betriebe des Bahnspeditors B. Schmidt als Fahrer beschäftigt war und ohne Grund und Ursache gekündigt wurde mit dem Bemerkten, daß die Firma keine Arbeit für ihn habe. Man muß doch glauben, daß diese Kündigung nicht aus Arbeitsmangel erfolgte, sondern aus der Furcht vor der Organisation hervorgegangen ist! Hat doch der Herr Schmidt geäußert: „Ich bin Kgl. Bahnspediteur und meine Leute sind im Verband, das paßt nicht zusammen!“ Kollege Wiltner hat aber am andern Tage anderweitig Arbeit gefunden. Darum, Kollegen, laßt Euch nicht hänge machen von solchen Leuten, die den Verband hassen, steht fest zur Organisation und zahlt Eure Beiträge, besucht die Versammlungen, dann werden auch für Euch bald bessere Zeiten kommen.

Dörschburg. Am 20. Juli fand unsere Generalversammlung statt. Zunächst wurde der Stassenbericht gegeben. Der Stassenbestand betrug am Schlusse des 1. Quartals 1912: 643,78 Mt., wozu eine Einnahme im Laufe des 2. Quartals von 1239 Mt. kommt, so daß am Schlusse des 2. Quartals eine Einnahme von 1907,68 Mt. vorhanden war. Hieron erhielt die Hauptkasse in bar und Quittungen 864,40 Mt., so daß am Orte ein Bestand von 703,45 Mt. verblieb. Anschließend daran wurde der Bericht von der „Kultus“ gegeben, die mit einer Einnahme von 46,25 Mt. abschließt. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Der Mitgliederbestand beträgt 203. Ueber das Zirkular, welches vom Hauptvorstand eingegangen war betreffs der faktualischen Unterstützungsrichtungen, ergab sich eine lebhaftere Debatte, indem einzelne Funktionäre gegen den Inhalt des Zirkulars protestierten. Der Bevollmächtigte wies mit Recht darauf hin, daß es zunächst Pflicht der Funktionäre sei, mit gutem Beispiel voranzugehen, damit würden auch hier am Orte die Kollegen diese Unterstützungsart mehr Beachtung schenken. Dann wurde der Kartellbericht gegeben und ohne Diskussion eingehend. Des Weiteren wurde noch auf das Jahrbuch 1911 hingewiesen und betont, daß es im eigenen Interesse der Kollegen liege, sich dieses Buch anzuschaffen. Nachdem trat Schluß der Versammlung ein.

Hofst. Unsere Mitgliederbesammlungen fanden am 20. Juli statt. Der Kassierer gab die Abrechnung vom 2. Quartal:

Einnahmen: Stassenbestand vom vorigen Quartal 1191,55 Mt. 56 Aufnahmen a 1 Mt. 56,- " 1 Aufnahme a 50 Pf. 17,50 " 7095 Wochenbeiträge a 50 Pf. 3 502,50 " 94 " a 25 Pf. (jügl.) 23,50 " 39 " a 25 Pf. (wbl.) 9,75 " 6 Baufondsmarken a 50 Pf. 3,- " 12 Extramarien a 50 Pf. 6,- " Zinsen 5,75 " Zusammen 4798,55 Mt.

Ausgaben: Zuschuhunterst. an Arbeitslose (1 Fall) 1,- Mt. Extranunterstützung (4 Fälle) 36,- " Heifenunterstützung (3 Fälle) 6,- " Verwaltungsausgaben: a) persönliche: Gehalt, Entschädigung, Prozente zc. 331,64 " b) sächliche: Materialien, Miete, Telefon zc. 8,96 " Versammlungen, Referate, Annoncen, Druckfachen zc. 52,15 " Kartell, Sekretariat 244,- " Porto, Telegramme 26,22 " Festfazit 8,80 " Sonstige Ausgaben, u. a. Franzspende 5,- " Hauptkasse erhielt 2715,42 " Zusammen 3435,35 Mt.

Stassenbestand am 1. 7. 1912 1363,20 Mt. Mitgliederbewegung. Bestand am Schlusse des vorigen Quartals 610 Neu aufgenommen 57 Aus anderen Verbänden übergetreten 3 Aus anderen Verwaltungsstellen zugereist 3 Zusammen 673 Ausgeschieden 28 Nach anderen Verwaltungsstellen abgereist 8 Bestand am 1. 7. 1912 642

Dem Kassierer wurde Decharge erteilt. Alsdann brachte Kollege Pieger die Abrechnung unseres Stiftungsfestes. Es ergab eine Einnahme von 128,30 Mt. und eine Ausgabe von 181,30 Mt., demnach ein Defizit von 53,- Mt. Leider ist hier wieder die so schlechte Beteiligung der Mitglieder schuld. Zum Kartelldelegierten an Stelle des ausgeschiedenen Kollegen Eubler wurde Kollege D. Wöhe gewählt. Im Verschiedenen wurden noch einige interne Angelegenheiten erledigt. Zum Schluß möchten wir die Kollegen noch dringend bitten, sich mehr für den Ver-

Das Jahrbuch des Verbandes für das Jahr 1911 ist soeben erschienen

Broschierte Exemplare kosten für Mitglieder 60 Pf., gebd. 1,20 Mk. Bestellungen nehmen die Ortsverwaltungen entgegen. Das Jahrbuch 1911 ist mit der denkbar größten Sorgfalt zusammengestellt, es gewährt uns durch sein beigegebenes Tabellenwerk einen Ueberblick über die Organisationsentwicklung unseres Verbandes. Es ist deshalb ein unentbehrliches Handbuch für alle agitatorisch tätigen Kollegen. Jeder Kollege, der sich für seine Organisation und deren Leistungen interessiert, muß dieses Jahrbuch lesen.

Verbandskollegen!
Der Beitrag für die 32. Woche ist fällig.

Sammlungsbesuch zu interessieren, denn man sieht nur immer fast ein und dieselben Kollegen, die ihrer Pflicht nachkommen. Weiter möchten wir unsere Kollegen bitten, auch zu agitieren, um dem Verbande neue Mitglieder zuzuführen. Wir wollen nicht nur das Erreichte festhalten, sondern auch dafür sorgen, daß die Organisation ausgebaut und gestärkt wird, so daß wir zukünftigen Kämpfen ruhig ins Auge schauen können.

Sagan. In unserer am 21. Juli abgehaltenen Mitgliederversammlung wurde die Abrechnung vom 2. Quartal gegeben. Dieselbe bilanziert in Ein- und Ausgabe einschließlich 52,52 Mk. Wasserbestand auf 297,80 Mk. Hieraus gab der Verwaltungsrat den Halbjahresbericht und ist folgende daraus zu entnehmen: Es wurden vom 1. Januar bis 1. Juli 16 Versammlungen abgehalten, hiervon 3 mit auswärtigen Kollegen; Betriebsbesprechungen fanden 6 statt, außerdem 11 Sitzungen der örtlichen Verwaltung. An Eingängen waren vorhanden: 41 Briefe und Karten, 15 Drucksachen, 23 Pakete; an Ausgängen sind 71 Briefe und Karten, 7 Drucksachen, 1 Lepeche und 2 Geldsendungen zu verzeichnen. Die Mitgliederbewegung war folgende: Bestand am 1. Januar 1912: 24 männl. und 1 weibl.; im Laufe des Halbjahres wurden neu aufgenommen 28 männl., 1 weibl., übergetreten aus anderen Verbänden 5 männl., von auswärts zugereist 3 männliche; ausgetreten sind 7 männliche, nach anderen Orten abgereist 3 Mitglieder; mithin ein Bestand am 1. Juli von 50 männlichen und 2 weiblichen Mitgliedern. Wenn auch ein guter Erfolg betreffs Mitgliederzunahme zu verzeichnen ist, so ist doch ein großes Herz von Unorganisierten vorhanden, und bedarf es der Mitarbeit aller Kollegen, um diese von der Notwendigkeit der Organisation zu überzeugen, um endlich die miserablen Arbeitsverhältnisse, unter welchen die hiesigen Kollegen arbeiten müssen, zu beseitigen. Löhne von 12 bis 15 Mark sind hier keine Seltenheit; überhaupt werden über 20 Mk. nur im Konsumverein bezahlt, alle anderen Arbeiter erhalten weniger, trotz einer Arbeitszeit von 12 bis 18 Stunden täglich. Am niedrigsten werden die Kollegen Drochtemücker bezahlt, denn Wochenlöhne von 4,50 und 5 Mk. bei freier Kost und Logis sind an der Tagesordnung, und sind diese Kollegen lediglich nur auf Trinkgelder angewiesen. Trotzdem hatten sie es noch nicht für nötig, sich zu organisieren; nur für den Haushälter- und Stütchen-Arbeitsverein sind sie zu haben. Es bedarf der Hilfe aller Kollegen, um auch im zweiten Halbjahr die Mitgliederzahl zu verdoppeln. Außerdem wurde noch beschlossen, zur nächsten Mitgliederversammlung die Beitragserhöhung resp. Erhebung aus der dritten in die erste Beitragsklasse mit auf die Tagesordnung zu setzen und darüber Beschluß zu fassen. Die regelmäßigen Versammlungen finden jetzt jeden dritten Sonntag im Monat statt und wollen die Kollegen dieses beachten. Dann wurde die Versammlung geschlossen.

ALLGEMEINE ÜBERSICHT

Berlin. Bericht über den Arbeitsnachweis der Berliner Verwaltung für das 2. Quartal 1912.

Arbeitslos waren nach Branchen	Gemeldete Stellen (M-fest) (a. Ausschüß)	Befetzte Stellen (M-fest) (a. Ausschüß)	Befetzte Stellen (M-fest) (a. Ausschüß)	Befetzte Stellen (M-fest) (a. Ausschüß)	
Hausdiener u. Bader	1314	1235	2032	797	2022
Kutscher u. Mitfahrer	778	308	102	179	86
Spedit. u. Lagerarb.	1483	161	1167	119	1128
Weinleckerarbeiter	32	15	—	9	—
Mineralwasserarbeiter	27	21	3	14	3
Leitergerüstbauer	78	9	132	4	69
Fensterreiniger	278	100	1163	100	1046
Kraftwagenführer	230	117	—	60	—
Kauf- u. Arbeitsbursch.	718	638	29	436	27
Arbeiterinn. Bacterinn.	26	18	16	3	4
	4958	2622	4634	1721	4385
		7256		6106	

Arbeitslos blieben am Schluß des 2. Quartals 841 Kollegen. 1780 unterstützungsberechtigte arbeitslose Kollegen erhielten für 80 776 Tage 41 200,35 Mk. Arbeitslosenunterstützung.
50 jugendliche Kollegen erhielten für 466 Tage 244,06 Mk.
18 weibliche Mitglieder erhielten für 354 Tage 218 80 Mk.

Insgesamt wurden an 1848 Kollegen und Kolleginnen für 31 696 Tage = 41 663,20 Mk. ausgezahlt.

An 118 auf der Durchreise befindliche Kollegen wurden 183,20 Mk. Reiseunterstützung gezahlt.

Zugereist sind 194 Kollegen.

Abgereist sind 244 Kollegen.

Meerane. Ehre von der Ortsverwaltung aufgenommenen Mitgliederstatistik ergab folgendes Resultat: Von 114 Befragten waren 60 Mitglieder des Konsumvereins „Haushalt“, 2 im Wirtschaftsverein, 52 nicht genossenschaftlich organisiert. Ist das Resultat betr. Genossenschaft ein schlechtes, so muß man die Zahl der politisch Organisierten als eine klägliche bezeichnen, denn es waren dies nur 15 Kollegen. Die Zahl der Leser der Volksstimme ist größer geworden, aber hier gibt es noch zu bessern, denn es lesen nur 28 Kollegen die Volksstimme, wohingegen 70 Mitglieder die Meeraner Zeitung oder das Tageblatt lesen. 16 halten überhaupt keine Tagespresse. Im weiteren wurden von den Kollegen abnominiert: „Nach Feierabend“ 36mal (wohl nur wegen der Verzögerung), „Praktischer Wegweiser“ 2mal, „Gemüthliche Sache“ 1mal, „Kriminalzeitung“ 2mal, „Kosmos“ 1mal, „Der wahre Jacob“ 2mal, „In freien Stunden“ 1mal. Die gemeinsame Arbeiterbibliothek benutzten nur 5 Kollegen. Kollegen, wir können Euch nur den guten Rat geben, wenn Ihr vorwärtskommen wollt, Mitglieder des Konsumvereins „Haushalt“ zu werden, die jetzige teure Zeit drängt geradezu mit Gewalt dazu. Dann ist es notwendig, sich politisch zu betätigen und Leser der Volksstimme zu werden; dafür heraus aus den Arbeiterwohnungen mit den bürgerlichen Zeitungen, welche uns in unseren Bestrebungen immer unsträubel zwischen die Beine werfen. Wenn alle Kollegen dieses befolgen, kommen wir noch besser vorwärts als bisher. Drum frisch ans Werk, arbeiten wir für uns, nicht für unsere Feinde.

Im Zeitalter des Verkehrs. Mit Blumen und Girlanden geschmückt, nahm die letzte Postkutsche am ersten Sonntag im April 1912, ehe sie nach Lobenstein fuhr, feierlich Abschied von Schleiz. Wehmüthig blies der Schwager auf seinem Horn: „Nun leb wohl, du kleine Gasse“. An allen Fenstern und auf der Straße zeigte sich die Einwohnerschaft, um das letzte Mal den Tönen zu lauschen, die Postillon Schau seinem Horn entlockte, und um zugleich mit einem leichten Nicken von dem Beförderungsmittel aus mittelalterlicher Zeit Abschied zu nehmen, dem auch folgender an der Postkutsche angebrachter Klein treffend Ausdruck gab:

Das Alte stirzt — es ändern sich die Zeiten,
Statt Rosen fährt man morgen mit Benzoll
Wir schmühten festlich dich, die weil du scheidest,
Du alte Postkutsch: „Lebe wohl!“

Bekanntmachung

betr. Wahl zur Generalversammlung der Unterstützungs-kasse des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine in Magdeburg am 13. und 14. September 1912.

Nachstehend geben wir die Namen bekannt, die uns seitens der Mitglieder der Unterstützungs-kasse für die Generalversammlung als Delegierte und Erfah-männer in Vorschlag gebracht worden sind:

Ort	Name des Delegierten	Name des Erfahm.
Verband bayerischer Konsumvereine		
München	Scheibenschlag, Max	Staar, Josef
Verband der Konsumvereine der Provinz Brandenburg und der angrenzenden Provinzen und Staaten		
Berlin	Wast, Wilhelm	Klabbe, Hermann
Breslau	Richter, Johann	
Königsberg	Losch, Bernhard	
Luckenwalde	Sändig, Alfred	Saberkorn, Hermann
Stettin	Peters, Julius	

Großeinlaufgesellschaft und Verlagsanstalt des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine

Hamburg Ohrs, Paul Koff, Marie

Verband mitteldeutscher Konsumvereine

Magdeburg Böttger, Wilhelm Dippe, Otto

Verband nordwestdeutscher Konsumvereine

Bremerhaven Reinhard, Karl, (Geestemünde) Groth, Johannes (Geestemünde)

Hamburg Wof, S. Schent, G.

Hamburg Müller, W.

Kiel Landre, Richard Stender, Wilhelm

Lübeck Dittbener, Wilh. Groth, G.

Rüstingen Winkelvoß, Theodor

Verband der Konsum- und Produktivgenossenschaften in Rheinland und Westfalen

Barmen Dösch, Fritz Braun, Hermann

Düsseldorf Ramps, Peter Stoffels, Heinrich

Essen Swert, Emil Montkowski, Joh.

Gelsenkirchen Becker, Hermann Müller, Theodor

Lüdenscheid Weigel, Georg Schmidt, Ernst

Ohligskupke, Theodor Christmann, W.

Verband sächsischer Konsumvereine

Chemnitz Pegolt, Max Haupt, Paul

Dresden Schumann, Hugo Herrmann, Paul

Leipzig Wölbner, Gustav Witzig, Bruno

Verband süddeutscher Konsumvereine

Es obliegt der Mahnung sind uns Vorschläge nicht gemacht worden.

Verband Thüringer Konsumvereine

Erfurt Höpold, Rudolf Kornpe, Karl

Gera Trögel, Ernst Korn, Hermann

Verband württembergischer Konsumvereine

Stuttgart Hörmle, August Ziefer, Johann

Zur Beachtung!

Wir empfehlen bei der Wahl auf die einzelnen Revisionen Rücksicht nehmen zu wollen.

Es sind 11 Delegierte und 11 Erfahmänner zu wählen.

Die Stimmzettel, die den Kollegen seitens der Kassenverwaltung zugestellt werden, müssen bis zum 15. August d. J. in Händen der Wahlleitung sein.

Alles weitere siehe in den statutarischen Bestimmungen der Unterstützungs-kasse und im Wahlreglement.

Der Verbandsvorstand.

Mitteilungen des Verbands-Vorstandes.

Abhandeln gekommen sind die Verbandsbücher nachstehend genannter Mitglieder:

In Berlin: Paul Dehle, Spt.-Nr. 429534, eingetr. 9. 8. 10; Artur Henke, Spt.-Nr. 427062, eingetr. 11. 5. 12; Paul Karbstein, Spt.-Nr. 81777, eingetr. 10. 5. 12; Kurt Krause, Spt.-Nr. 426493, eingetret. 23. 11. 11; Richard Kretschmer, Spt.-Nr. 70724, eingetr. 6. 3. 11; Georg Krüger, Spt.-Nr. 426509, eingetr. 4. 12. 11; Emil Moldenhauer, Spt.-Nr. 78429, eingetr. 13. 7. 11; Willy Schlauf, Spt.-Nr. 25304, eingetr. 6. 7. 06; Hermann Scholz, Spt.-Nr. 56677, eingetr. 29. 8. 11.

Falls diese Bücher vorgezeigt werden, sind sie anzuhalten und an die Adresse des Unterzeichneten einzusenden.

Aus dem Verbands ausgeschlossen wurden auf Grund § 3 Absatz 7a und b des Verbandsstatuts nachstehend genannte Mitglieder:

In Hagen i. W.: Hans Hahn, Spt.-Nr. 263890; Leopold Kising, Spt.-Nr. 263837; Karl Goldstein, Spt.-Nr. 233888; Heinrich Sanderbrink, Spt.-Nr. 263920.

In Skatowitz: Ludwig Duda, Spt.-Nr. 265589; Joseph Gebr, Spt.-Nr. 265563; Artur Kunze, Spt.-Nr. 265585; Josef Poala, Spt.-Nr. 265568; Johann Sowa, Spt.-Nr. 265591.

In Königsberg i. Pr.: Julius Reich, Spt.-Nr. 185569.

In Leipzig: Max Paul Dammert, Spt.-Nr. 96630; Friedrich Lehmann, Spt.-Nr. 90952.

In Schwerin: Wilhelm Welling, Spt.-Nr. 367613.

Das Mitglied Servatius Schmidt, Spt.-Nr. 235031, in Koblenz, ist von dort abgereist, ohne seinen Verpflichtungen dem Verbands gegenüber zu erfüllen. Falls sich Schmidt meldet, ist ihm das Mitgliedsbuch abzunehmen und mit Angabe seiner derzeitigen Adresse an den Unterzeichneten einzusenden.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

J. A.: Oswald Schumann, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21, Hof 1 Tr.

NB. Alle den Verband und die Agitation betreffenden Schriftstücke sind an obige Adresse zu richten. Alle Gelder sind an den Hauptkassierer, Kollegen Carl Käßler, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21, Hof 1 Tr., einzusenden.

Bekanntmachung.

In unserer Hauptkassenabteilung ist die Stelle eines Sekretärs zu besetzen. Es wird hierbei nur auf eine erste, mit allen einschlägigen Arbeiten gründlich vertraute Kraft, respektiert.

Bedingung: dreijährige Zugehörigkeit zur gewerkschaftlichen Organisation. Verbandsangehörige können sich mitbewerben.

Handschriftliche Offerten sind unter Beifügung einer ausführlichen Arbeit über die Aufgaben eines Gewerkschaftsangeestellten bis 15. August an den unterzeichneten Vorstand einzureichen.

Der Verbandsvorstand.

J. A.: D. Schumann.

Verantwortl. Redakteur: Roman Störzer, Berlin.

Verlagsanstalt „Courier“, G. m. b. H.

Druck: Maurer & Dimmick, Berlin, Köpenickerstr. 36/38.

Delegierte zur örtlichen General-Versammlung der Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Am Donnerstag, den 22. August 1912, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 14/15, großer Saal,

Ordentliche General-Versammlung

Tagesordnung: 1. Mitteilungen. — 2. Geschäfts-, Kassen- und Arbeitsnachweisbericht für das 2. Quartal 1912. — 3. Wahl von 8 Mitgliedern zum Verbandsvorstand und Wahl von 4 Revisoren für die Hauptkasse. — 4. Erledigung eventuell eingegangener Anträge. — 5. Geschäftliches.

Ein zahlreiches Erscheinen der Delegierten ist erforderlich. Legitimationskarte sowie Mitgliedsbuch sind mitzubringen und zwecks Kontrolle resp. Abstempelung am Eingang zum Versammlungslokal vorzuzeigen.

Ohne Karte und Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Wer über 8 Wochen mit seinen Beiträgen im Rückstande ist, hat ebenfalls keinen Zutritt.

Die Bezirksverwaltung.

Achtung!

Bekanntmachung.

Achtung!

Wir machen hierdurch bekannt, daß das Verbandsjahrbuch für 1911 erschienen ist und an die Verbandsmitglieder zum Vorzugspreise von 50 Pf. abgegeben wird.

Das Jahrbuch für 1911 ist mit der denkbar größten Sorgfalt zusammengestellt; es umfaßt 326 Druckseiten und gewährt den Mitgliedern durch sein außerordentlich leicht übersichtliches Tabellenwerk einen vollständigen Überblick über alle Verbandsverhältnisse. Hochinteressant sind die Tabellen betreffend Feststellung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse unserer Berufskollegen in den verschiedenen Städten und Gauen Deutschlands, als auch die ausgezeichnete tabellarische Übersicht und graphische Darstellung am Schluß des Jahrbuches, die über die Entwicklung des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes für die Zeit von 1897 bis 1911, d. h. während 16 Jahre des Bestehens desselben, nach jeder Richtung hin leichten und klaren Aufschluß gibt. Im Interesse der Aufklärung empfehlen wir unseren Koll. ginnen und Kollegen, soweit sie es nur irgend möglich machen können, sich ein solches Jahrbuch recht bald zuzulegen.

Daselbe ist erhältlich in den Verbandsbüros Engelufer 14-15, Michaelkirchplatz 2, Alte Leipziger Straße 1 und Charlottenburg, Köpenickerstr. 3 sowie bei den angestellten Kollegen Beitragskassierern.

Die Bezirksverwaltung. J. A.; A. Werner.

Freitag, den 11. August 1912,

Großes Volks-Sommerfest

In den herrlich gelegenen Gesamtträumen der

Brauerei Friedrichshain (früher Lips), am Königstor.

Großes Garten-Konzert, Gesangsvorträge, Spezialitäten allerersten Ranges, Volksbelustigungen verschiedener Art, Kaffeekochen, Sackelpolonaise

Jedes Kind erhält am Eingang des Gartens eine Stocklaterne gratis.

Im Riesensaal: GROSSER BALL.

Entree im Vorverkauf 20 Pfennige. Kassen-Eröffnung 1 Uhr. Programm gratis. Billets an der Kasse 25 Pfennige.

Bei ungünstiger Witterung bieten die Riesenschuhhallen ausreichenden Schutz.

Eintrittskarten sind bei den Eintassierern, Vertrauensleuten, Betriebskassierern Zahlstellen und in den Bureaus zu haben. Da in ausreichender Weise für angenehme Unterhaltung gesorgt ist, auch große Unkosten nicht gescheut wurden, wird erwartet, daß die verehrlichen Mitglieder mit ihren Verwandten und Bekannten sich auch wirklich zahlreich einfinden. Sorgt für Massenbesuch.

Das Komitee.

Sektion I.

Handelsarbeiter.

Sonntagsruhe.

Kollegen! Es wird alle Sonntage von einem großen Teil Handelshilfsarbeiter, Arbeit in der gesetzlich verbotenen Zeit von 10-12 Uhr vormittags verlangt. Auch der Sonntag Nachmittag wird oft in unerhörter Weise durch Arbeit verkürzt.

Unter dem Druck des Arbeitsverhältnisses ist der Einzelne machtlos der Ausbeutung des Unternehmertums ausgesetzt.

Tellet deshalb rechtzeitig eurer Organisation mit, wo berartige Übertretungen stattfinden, damit die unterzeichnete Kommission einschreiten kann.

Überwachungskommission der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe.

Alte Leipzigerstr. 1. Telefon: Amt I, 2632, 9330.

NB. Daselbst sind auch die Mitglieder der Kommission in den einzelnen Stadtteilen zu erfahren.

Achtung! Holzindustrie! Achtung!
Kollegen, Packer, Hausdiener, Kutscher usw. aus Tischlereien, Vergoldereien und Möbelgeschäften Berlins und Umgegend.

Donnerstag, den 8. August 1912, abends 8 Uhr,

Große Branchen-Versammlung

im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Arbeitsnachweis 2.
Tagesordnung: 1. Vortrag des Koll. S. Schulke über Kapital und Arbeit. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten.

Kollegen! In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung ist vollständiges Erscheinen Ehrenpflicht. Die Verbandsbücher sind zur Versammlung mitzubringen. Vertrauensmänner müssen aus allen, auch den kleinsten Betrieben gemeldet werden, damit zu jeder Zeit und Gelegenheit eine Verbindung zwischen den Berufskollegen und der Branchenleitung besteht. Die Delegierten sind besonders eingeladen.

Die Branchenleitung.

Engros-Konfektion.

Hausdiener und Packer aus der Damen-, Herren-, Pelz-, Kinder- und Blusenkonfektion Hut-, Mützen-, Putzfedern-, künstliche Blumenbranche!

Montag, den 5. August 1912, abends 8 1/2 Uhr,

Branchen-Versammlung

im Arbeitsnachweislokal, Alte Leipziger Straße 1.

Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Bericht vom Verbandstag. 3. Branchenangelegenheiten.

Kein Trinkzwang!

In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung erwartet das Erscheinen sämtlicher Berufskollegen

Die Branchenleitung.

Fahrstuhlführer und Portiers.

Mittwoch, den 7. August 1912, abends 8 1/2 Uhr, bet Wegener, Seibelfstr. 80.

Branchen-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Ingenieurs Herrn R. Woldt über Sicherheitsvorschriften und Unfallgefahren bei elektrischen Aufzügen. 2. Berichterstattung vom Verbandstag. 3. Diskussion. 4. Verschiedenes.

Kollegen! Da die Tagesordnung eine sehr wichtige ist, ist es unbedingte Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen. Es müßte überhaupt Pflicht eines jeden organisierten Kollegen sein, sich einmal im Monat in der Versammlung sehen zu lassen. Wir ersuchen daher alle Berufskollegen die Versammlungen zu besuchen.

Die Branchenleitung.

Kollegen aus der Herren-, Damen- und Uniformbranche, sowie alle in Ladengeschäften tätigen Hausdiener, Packer, Radfahrer und Jugendliche!

Mittwoch, den 21. August 1912, abends 8 1/2 Uhr,

Verlammlung

im Arbeitsnachweislokal, Alte Leipzigerstr. 1.

Unser Familienausflug findet am Sonntag, den 25. August statt.

Treffpunkt: 1 1/2 Uhr am Bahnhof Sadowa. Kaffeekochen beim Kollegen Graaf, Restaurant Jägerheim, Kaulsdorf-Süd.

Zahlreiche Beteiligung der Kollegen nebst Angehörigen erwartet

Die Branchenleitung.

Sektion II.

Transportarbeiter.

Betriebsvertrauensleute und Mitglieder der einzelnen Branchenleitungen.

In letzterer Zeit sind vielfach Kollegen aus ihren Ämtern als Betriebsvertrauensleute ausgeschieden, ohne ihrer Branchenleitung, bezw. der Sektion II hiervon Mitteilung gemacht zu haben. Wir richten deshalb an alle unsere Funktionäre das dringende Ersuchen, beim Ausscheiden aus ihren Ämtern, sowie bei jeder Wohnungsveränderung ihren Branchenleitern oder der

unterzeichneten Sektionsleitung hiervon sofort Mitteilung zu machen. Die Mitteilung kann schriftlich am besten durch Postkarte erfolgen. Hierbei muß die Betriebsstätte sowie die Branchenzugehörigkeit, ob Rollkutscher, Geschäftskutscher, Kellerarbeiter usw. mit angegeben werden. Ferner bitten wir dringend, beim Ausscheiden aus dem Amte als Verbandsfunktionär um sofortige Rückgabe der grünen Legitimationskarte. Alle derartigen Meldungen sind im Zimmer 33, Engelufer 15, abzugeben.

Die Sektionsleitung. J. A.: Albert Utke.

Krankenfürsorge! Im Interesse unserer Mitglieder eruchen wir, bei schriftlichen Krankmeldungen immer die Nr. des Verbandsbuches, die Branche, Eintrittsdatum und Wohnung anzugeben, damit an den Auszahlungstagen (um eine geregelte Abfertigung herbeizuführen) die Kollegen oder deren Frauen nicht so lange warten brauchen.

Kellerarbeiter und Kutscher aus den Grossdestillationen, Wein- und Biersandgeschäften, wie den Mineralwasser- und Essigfabriken. Am **Mittwoch, den 28. August 1912** abds. 7 Uhr finden

3 Bezirksversammlungen

statt und zwar, für die im Zentrum gelegenen in den Lokalen von Fröhlich, Taubenstr. 42 und Regul, Bischofstr. 12. Für die Betriebe der nördlichen **Friedrichs- und Drankenburgervorstadt** im Lokal von Bruder, Schlegelstr. 9. Tagesordnung für alle drei Versammlungen: 1. Vortrag über: „Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in unserer Branche“. 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. Kollegen, agitiert für einen guten Besuch dieser Versammlungen.

Die Branchenleitung.

Achtung! Rollkutscher, Begleiter, Stalleute und Bodenarbeiter aus allen Speditionsbetrieben Berlins! **Sonntag, den 18. August 1912, vormittags 10 Uhr:**

Grosse Versammlung

bei **Anton Becker**, Weberstr. 17. Tagesordnung: 1. Bericht vom Verbandstag 1912. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Kollegen! In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht aller Kollegen, vollständig und recht pünktlich in der Versammlung zu erscheinen. Mitgliedsbuch ist mitzubringen und am Eingang vorzulegen! Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt! Wer mit seinen Beiträgen länger als acht Wochen rückständig ist, hat ebenfalls keinen Zutritt. Niemand darf fehlen.

Die Branchenleitung. J. A.: Feig Berner.

Jugend-Abteilung.

Versammlungen.

Abteilung Sichtenberg am **Sonntag, den 10. August, abends 9 Uhr**, im Lokal von Trompa, Frankfurter Allee 181.

Tagesordnung: 1. Verlesung des Protokolls. 2. Jungdeutschlandbund und Arbeiterjugend. 3. Berufliches und Abteilungsangelegenheiten.

Zu jedem Punkte freie Aussprache.

Zahlreiches Erscheinen erwartet

Die Abteilungsleitung.

Abteilung Schöneberg am **Sonntag, den 10. August, abends 9 Uhr**, im Lokal von Stock, Kolonnenstr. 45.

Tagesordnung: 1. Bericht vom Verbandstag in Breslau. Referent: Kollege A. Perlmann. 2. Wahl von Bezirksführern. 3. Berufliches.

Vollständiges Erscheinen der jugendlichen Transportarbeiter Schönebergs erwartet

Die Abteilungsleitung.

Sonntag, den 17. August 1912, abends 9 Uhr, im „Arbeitsnachweisaal“, Alte Leipziger Straße 1

Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung: 1. Tätigkeitsbericht der Sektionsleitung im 1. Halbjahr 1912 inkl. Klassen- und Arbeitsnachweisbericht. 2. Besprechung unserer Winterveranstaltungen. 3. Verschiedenes Angelegenheiten.

Zu dieser Versammlung haben nur jugendliche Kollegen Zutritt, und werden dieselben ersucht, die Mitgliedsbücher zur Kontrolle mitzubringen.

Ferner laden wir die jugendlichen Transportarbeiter ein, am **Sonntag, den 18. August, am**

Besuch des Botanischen Gartens in Dahlem

teilzunehmen. — Die Teilnehmer treffen sich **bis 2 Uhr nachmittags vor dem Botanischen Garten am Eingang in der Schloßstraße**. Fahrgelegenheiten: Vom Potsdamer Platz mit der Wanneseebahn bis Bahnhof Botanischer Garten und die Straßenbahnlinien 59, V, D, E, F, W. Fahrgehalt insgesamt 20—40 Pf.

Vom **16. bis 25. August** findet im „**Deutschen Wirtschaftshaus**“, Neudönn, Bergstraße 136-137, eine **Ausstellung des Vereins für Aquarier u. Terrarienkunde „Trianea“** statt, deren Besuch wir unseren jugendlichen Kollegen sowie ihren Freunden und Bekannten sehr empfehlen.

Die Ausstellung ist geöffnet von 9 Uhr vorm. bis 9 Uhr abends. Eintrittskarten erhalten unsere Mitglieder im Bureau der Jugendsektion und von den Abteilungsleitern zu dem sehr ermäßigten Preis von 10 Pf.

Zahlreiche Beteiligung der jugendlichen Transportarbeiter an vorstehenden Veranstaltungen erwartet

Die Sektionsleitung.

Für die jugendlichen Transportarbeiter und -arbeiterinnen der **Abteilungen Schönhauser Vorstadt I und II, Prenzlauer Vorstadt und Pantow** finden regelmäßig an jedem **Mittwoch, abends von 7—9 Uhr**, auf dem **Exerzierplatz an der Giesewalderstraße**

Spielabende

statt. Die Kollegen treffen sich an unserem Plakat

Jugendsektion D. C. U.

Es steht allen jugendlichen Transportarbeitern und -arbeiterinnen frei, sich an diesen Spielabenden zu beteiligen.

Die Abteilungsleitungen.

Gesangs-Übungen

Die jugendlichen Transportarbeiter und -arbeiterinnen finden jeden **Montag, abends von 9—11 Uhr** im Lokal von **Thimm, Tilsiterstr. 79**, statt. Sangeslustige Mitglieder sind jederzeit willkommen.

Sektion IV.

An alle Kraftwagenführer!

Der **Stellen-Nachweis für Chauffeure** wird vom 1. August an von der **Alten Leipziger Straße nach dem Arbeitsnachweis, Engelufer 15, Hof links 3 Tr. verlegt**. Die **Stellenaussage und die Abstempelung der Karten** erfolgt von 9 bis 11 Uhr vormittags daselbst. Zu diesem Zweck haben sich die arbeitslosen Kollegen während der angegebenen Zeit möglichst im **Arbeitslosenraum** aufzuhalten.

Pflicht aller Kollegen ist es, alle ihnen bekannt werdenden Stellen an den Arbeitsnachweis oder dessen Filialen zu melden. Telefon: Amt Moritzplatz 1996, 3348.

Kollegen! Gedent **Gurer** stellunglosen **Verbandsmitglieder** und arbeitet gegen das sogenannte **„Stellenverschleichen“**.

Die Sektionsleitung.

Geschäfts- und Lastwagen-Chauffeure.

Unsere **Branchen-Versammlungen** finden von jetzt ab **jeden Sonntag nach dem 15. im Monat vormittags 9 1/2 Uhr** in „**Schulzes Brachkäse**“, Münzstr. 17, Eingang Königsgraben statt.

Nächste Versammlung, Sonntag, den 18. August.

Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Berufsfragen.

Kege Beteiligung erwartet

Die Branchenleitung.

Droschken- und Kraftdroschkenführer, Geschäftswagen- u. Privat-Chauffeure, Wagenwärter etc.

Am **Donnerstag, den 15. August 1912, abends 8 1/2 Uhr**, in den „**Müllerkäse**“, Kaiser-Wilhelmstraße 118,

Sektions-Versammlung

Tagesordnung: 1. Bericht vom Verbandstag in Breslau. 2. Diskussion. 3. Wahl der Kandidaten als Beisitzer in den **Verbandsvorstand**. 4. Anträge und Berufsfragen.

Am **Eingang des Saales** legitimiert das **Mitgliedsbuch**.

Die Sektionsleitung.

Privat-Chauffeure.

Am **Donnerstag, den 8. August 1912, abends 9 Uhr**, findet in **Charlottenburg bei Wernicke, Wismarstr. 38**, eine

gemeinsame Versammlung

der **Berliner und Charlottenburger Kollegen** statt.

Wichtige Tagesordnung!

Ein zahlreiches Erscheinen erwartet

Die Branchenleitung.

Berliner Lokales.

Am **15. Juni d. J.**, abends **11 1/2 Uhr**, fand zwischen einem weißen Privatkraftwagen und einem anderen **M. F. G.** an der Behrenstraße und Mauerstraße eine Zusammenstoß statt. Kollegen, welche zur Zeit am **Metropolpalast** hielten und dies gesehen haben, werden gebeten, sich **Engelufer 15, 2 Treppen, Zimmer 31**, zu melden.

Eine **Chauffeurmütze**, Nr. 2231, ist in der **Siedingenstraße** gefunden worden. Abzuholen bei **Schönhof, Siedingenstraße 22-23**.

Besondere Anzeigen weisen uns darauf hin, daß jetzt zur **Abwechslung** die **Polizei** dem **„Scharf rechtsfahren“** ihr ganzes Augenmerk zuwendet. Wir ersuchen alle **Berufs Kollegen** im **Straßenverkehr**, dies zu beachten.

Sektion V.

Industriearbeiter.

Packer-, Lager-, Hilfs-, Hof- und Transportarbeiter sowie Einholer, Bezieher, Bierträger, Kran- und Fahrstuhlführer A. E. G. Brunnen- und Voltastrasse.

Abteilungs-Versammlungen

mit **äußerst wichtiger Tages-Ordnung** finden statt:

Für **Gf. I** am **Dienstag, den 6. August, abends 6 1/2 Uhr**, im Lokal von **Mikloweit, Voltastr. 39**.

Für **Gf. II, III, IV, VII u. VIII** am **Donnerstag, den 8. August, abends 6 1/2 Uhr**, im Lokal von **Mikloweit, Voltastr. 39**.

Für **Maschinenlager** am **Montag, den 12. August, abends 6 1/2 Uhr**, im Lokal von **Mikloweit, Voltastr. 39**.

Für **Hf. 1, 2 u. 3** am **Dienstag, den 13. August, abends 6 1/2 Uhr**, im Lokal von **Mikloweit, Voltastr. 39**.

Für **Bf. 1 u. 2, Gf. 4-Lager und W. H. A.** am **Donnerstag, den 15. August, abends 6 1/2 Uhr**, im Lokal von **Mikloweit, Voltastr. 39**.

Für **Wf.** am **Montag, den 19. August, abends 6 1/2 Uhr**, im Lokal von **Mikloweit, Voltastr. 39**.

Für **Zf.** am **Mittwoch, den 21. August, abends 6 1/2 Uhr**, im Lokal von **Mikloweit, Voltastr. 39**.

Für **Tischlerei-, Kesselhaus-, Schmiedeläger sowie Hausverwaltung, Bierträger, Fahrstuhlführer und Jugendliche** am **Donnerstag, den 22. August, abends 6 1/2 Uhr**, im Lokal von **Mikloweit, Voltastr. 39**.

Zu vorstehenden Versammlungen ist das **Verbandsbuch** zwecks Kontrolle mitzubringen.

Achtung! Wählt Vertrauensleute!

In verschiedenen Betrieben besteht immer noch der **unselbige Mißstand**, daß die Kollegen der **Wahl von Vertrauensleuten** allzu wenig Interesse entgegenbringen. Hier ist **Abhilfe** zu schaffen und es liegt auch im **Interesse der Kollegen** selbst, wenn stets **Vertrauensleute** vorhanden sind.

Laut den gefaßten **Beschlüssen** der **Vertrauensleute- und Mitglieder-Versammlungen** sind die **Kollegen** von **Betrieben resp. Abteilungen**, in denen **drei Verbandskollegen** tätig sind, verpflichtet, aus ihrer **Mitte** einen zu bestimmen, der das **Amt des Vertrauensmannes** ausübt. Bei einem **Wechsel** ist eine **Erfahrungswahl** sofort vorzunehmen. **Name und Wohnung** des **Gewählten** ist der **Sektionsleitung** umgehend mitzutellen.

Es wird erwartet, daß in **allen Betrieben** und **Abteilungen**, wo **Vertrauensleute** noch nicht gewählt sind, diesem **Hinweise** Rechnung getragen wird, um das **Berufamt** recht schnell nachzuholen.

Die **Sektionsleitung**. J. A.: Karl Fromke, Engel-Ufer 15, 2 Treppen.

Adlershof.

Die für **August** fällige **Monatsversammlung** fällt aus.

Die **Bezirksleitung**. J. A.: A. Förster.

Bezirk Alt-Grünitz, **Sonntag, den 11. August, früh 10 Uhr**, bei **Frau Joch, Köpenickerstr.**

Bezirksversammlung

Tagesordnung: 1. Rechte und Pflichten der Mitglieder nach den am 1. Juli in Kraft getretenen Statutenänderungen Erläuterungen durch **Koll. Ernst Nürnberg**. 2. Diskussion. 3. Berichte. 4. Verschiedenes. Zahlreichen Besuch erwartet

Die **Agitationskommission**.

Verantwortlicher Redakteur: **Franz Kettig**, Berlin. Verlagsanstalt „**Courier**“, G. m. b. H. Druck: **Maurer & Dimmick**, Berlin, Köpenickerstr. 36/38.